

ROTFUCHS

BEGRÜNDET VON DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dank Euch, Ihr Grenzsoldaten!

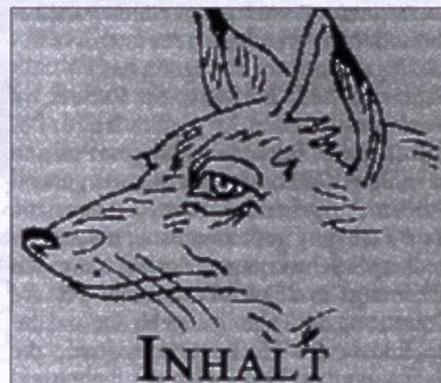
Während andere das Kainsmal von Wahrheitsmördern tragen und beim Klassenfeind Abbitte für die Sicherung der DDR-Staatsgrenze um Westberlin am 13. August 1961 tun, widmen wir die Titelseite dieser kommunistischen Zeitung jenen, die 40 Jahre lang den sozialistischen deutschen Staat tapfer und in vorderster Linie verteidigt haben. Als Kampfgruppen der Arbeiterklasse die Frontstadt des Imperialismus im zwölften Jahr der DDR endlich abriegelten, traten sie in letzter Minute die schon glimmende Lunte eines weltweiten Konfliktes aus. Der bewaffnete Sozialismus brachte damit eine tödliche Gefahr für ganz Europa und den Weltfrieden unter Kontrolle.

Die Angehörigen der Grenztruppen der DDR haben ihr Leben nicht gesont. 25 von ihnen fielen auf Kampfposten an der Staatsgrenze, wurden von Banditen heimtückisch ermordet. Die Täter flüchteten in die BRD, wo sie mit Blumensträußen empfangen wur-

den. In keinem Fall wurde den Auslieferungssuchen der DDR-Behörden entsprochen.

Nachdem das Kapital, das vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands seine Macht und sein Eigentum verloren hatte, durch eine Konterrevolution auch im Osten wieder zum Zuge gekommen war, rechnete sein Staat mit Angehörigen der sozialistischen Streitkräfte brutal ab. Allein bis zum 31. 12. 2000 fanden 178 Grenzerprozesse statt.

Die Bourgeoisie und ihre Medien haben die Beschützer des Sozialismus stets dämonisiert und verketzert. In diesen Chor stimmen leider auch Leute ein, die sich gestern noch ganz anders gaben. Wir aber, die wir uns weder gehäutet noch unsere Gesinnung chamäleonhaft den neuen Verhältnissen angepaßt haben, entbieten den Kämpfern des 13. August 1961, den Verteidigern des Sozialismus, unseren revolutionären Gruß. **K. S.**



Dank Euch, Ihr Grenzsoldaten	S. 1
„... sie haben jedes Recht dazu“	S. 2
Berliner Romanze	S. 2
Historisches Erfordernis: Eine starke KP	S. 3
Epoche – Revolution – Konterrevolution (1)	S. 4
Gegen aalglatte Konzepte	S. 5
Der Zeitfaktor	S. 6
Die zugeknöpften Ingenieure	S. 7
Über Illusionen und Realitäten	S. 8
Dortmunder Impressionen	S. 9
Diskussion über eine „provokante These“	S. 9
Betrübliches und Ermutigendes	S. 10
Einwurf aus Teterow/Neubrandenburg	S. 11
„Implosion“ oder Konterrevolution	S. 12
Der Angeklagte als Ankläger	S. 13
Im August, im August blühen die Rosen...	S. 13
Marxismus und Zionismus	S. 14
Rat holen bei Dimitroff	S. 15
Die Herren Generale ...	S. 16
Als Marx-Engels-Forscher in China	S. 17
SIP und KP. Den Bann brechen	S. 18
Urlaub in Kolumbien (!)	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Termine & Anzeigen	S. 24



Wie USA-Senator Fulbright 1961 die „Mauer“ empfahl

„... sie haben jedes Recht dazu“

Anfang August 1961 sah ich im Fernsehen der BRD eine Sendung mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im USA-Senat, J. William Fulbright, der jahrzehntlang bedeutenden Einfluß auf den internationalen Kurs der Vereinigten Staaten ausübte.

Angesichts der Gefahren, die aufgrund der „Politik am Rande des Krieges“ in Mitteleuropa entstanden waren, brachte der Senator seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß die Russen und die Ostdeutschen die Grenze noch immer nicht geschlossen hätten. Fulbright sagte das am 30. Juli (!) im amerikanischen Fernsehen. Das westdeutsche Fernsehen strahlte seine Erklärung mehrere Tage vor dem 13. August aus. Jahrzehnte später konnte man im „Spiegel“ (Heft 52/1993) den Wortlaut lesen: „Die Wahrheit ist doch, und davon gehe ich aus, daß die Russen sowieso jederzeit die Grenze zumachen können. Ich meine, wir geben da nicht allzu viel auf...“, denn wenn sie die Grenze abriegeln wollen, könnten sie das schon nächste Woche tun – und sogar, ohne vertragsbrüchig zu werden. Ich verstehe nicht, weshalb die Ostdeutschen ihre Grenze nicht schon längst zugemacht haben, denn ich glaube, sie haben jedes Recht dazu.“

Mir erschien das 1961 fast wie ein „Befehl“ der USA an die UdSSR und die Staaten des

Warschauer Vertrages, nun endlich das Unvermeidliche zu tun, um die Lage in Europa nicht außer Kontrolle geraten zu lassen und bei der „Politik am Rande des Krieges“ besagten Rand nicht, angestoßen durch irgendeinen Zwischenfall, zu überschreiten.

Die Lage in Berlin war seit der Spaltung durch die Einführung der westdeutschen Währung immer gespannt gewesen – Frontstadtpolitik. Berlin, die billigste Atombombe, mit der man die Sowjetunion in die Luft sprengen könne, und so weiter.

Anfang 1961 wurde alles noch gefährlicher. Ich erinnere mich, daß eine Westberliner Zeitung schrieb, 1960 sei das afrikanische Jahr gewesen (viele Kolonien, so auch Belgisch-Kongo, waren formell selbständig geworden), 1961 aber werde das Jahr Berlins sein. Es wurden gewaltige Summen genannt, mit denen Westberlin zum „Schaufenster der freien Welt“ herausgeputzt und die Ostberliner sowie die Bewohner der DDR überhaupt demoralisiert werden sollten. Diese Mittel gibt es seit einigen Jahren bekanntlich nicht mehr, weshalb die Zahl der Arbeits- und Obdachlosen, der geschlossenen Betriebe, Theater usw. auch in Westberlin enorm gestiegen ist und der Senat, Jahrzehnte daran gewöhnt, von Bonn Geld zu bekommen, ratlos vor der Pleite steht. Damals aber übte Westberlin große Anziehungskraft aus. Es

gab immer mehr Grenzgänger, Ostberliner, die sich im Westen DM verdienten. Andere gingen für immer weg, teils angelockt durch das „Schaufenster“ des „Wirtschaftswunders“, das praktisch keine Arbeitslosigkeit kannte, teils, weil sie den bevorstehenden Krieg fürchteten, bei dem sie nicht zum dritten Male auf der Seite der Verlierer stehen wollten; denn daß die Amis gewinnen würden, schien ihnen sicher.

Mit der Schließung der Grenze stabilisierte sich nicht nur die DDR, sondern die Lage in Europa. Und es deutete sich der Übergang von der Politik des „Roll Back bis hinter den Ural“ zu einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ an, die bekanntlich für den Imperialismus erfolgreich verlief.

Am 30. Juni 2001 berichtete der Berliner „Tagesspiegel“ über einen Vortrag zum 13. August, den der damalige RIAS-Direktor und Dolmetscher Kennedys, R. H. Lochner, tags zuvor gehalten hatte. Auf der Veranstaltung wurde von Zuhörern „die Frage erhoben, ob die Alliierten vom bevorstehenden Bau der Mauer gewußt, ob sie ihn gar billigend in Kauf genommen hätten“. Über Lochners Antwort schweigt sich die Zeitung aus. Die Frage zeigt jedoch, daß die zitierten Äußerungen Fulbrights den Fragestellern offensichtlich unbekannt waren.

Walter Florath

Zum Theaterdonner um Gregor Gysis Hauptstadt-Kandidatur

Berliner Romanze

Gysi ante portas! Der „Medienstar“ (früher nannte man Politiker der Linken Arbeiterführer!) ist im Anmarsch. Er hat seinen Hut in den Ring geworfen und hofft – nicht ohne Grund – auf weltweite Publizität. Die einen bezeichnen das als „Herausforderung durch einen Post-Kommunisten“, die anderen als eine „ungeheuerliche Provokation in der Stadt der Mauer“, die Dritten als „historische Chance für die Linke“.

Lassen wir den Theaterdonner um Deutschlands profiliertesten Selbstdarsteller beiseite und wenden wir uns den Tatsachen zu. Aus meiner Sicht ist die Kandidatur Gregor Gysis für die deutsche Bourgeoisie – gegenwärtig politisch vertreten durch die sozialdemokratische Variante kapitalistischer Machtverwaltung – ein Geschenk des Himmels. Natürlich empfinden die rechten und paraschistoiden Kräfte



in CDU und CSU allein die Tatsache, daß ein früheres SED-Mitglied (davon gab es 2,3 Millionen!) nach dem Lorbeer des Regierenden Bürgermeisters der deutschen Hauptstadt greift, als einen für sie unerträglichen Vorgang. Dennoch wissen die Klügeren selbst unter ihnen, daß der Populist Gregor Gysi erstens alles andere als ein Kommunist und zweitens wohl kaum anzunehmen ist, daß er als Maire in das Rote Rathaus einziehen dürfte, auch wenn ihm durchaus ein anderer lukrativer Posten im Senat der Metropole zufallen könnte. Die deutsche Sozialdemokratie – Hauptbegünstigte des Gysischen Rettungsmanövers für die in Bedrängnis geratene Berliner Verwaltungsspitze – zielt sich zwar noch etwas, kann aber ihre Freude über das Auftauchen des neuen Koalitionärs nur schlecht verhehlen.

Was bei einem erfolgreichen Abschneiden der Pau'schen Berliner PDS – vor allem auch im Westen der Stadt – ins Haus steht, hat Helmut Holter, der Lieblingssozialdemokrat des Schweriner SPD-Regierungschefs Harald Ringstorff, freilich vorgeführt. Es bleibt alles ganz anders. Mit anderen Worten: An den bestehenden Machtverhältnissen ändert sich weder en gros noch en detail auch nur das Geringste. Von „sozialer Gerechtigkeit – der schwärmerischen Parole aller rechten PDS-Führer – ganz zu schweigen. Gregor Gysis Kandidatur ist – ebenso wie Holters peinlicher Auftritt in Mecklenburg-Vorpommern – nur eine Mischung aus Lockspeise und Rettungsanker, um die bürgerliche Herrschaft zu festigen. Natürlich war das Debakel des Senats der großen Koalition eine Niederlage für die seit

Jahren in Berlin marodisierende Diebgenmannschaft, in der die selben SPD-Politiker eine üble Rolle gespielt haben, die jetzt als „Retter der Stadt“ das große Wort schwingen. Kann von diesen Leuten irgendein substantieller Wandel erwartet werden? Wird die Sozialdemokratie, die sich vermutlich an der Spitze des Senats behaupten dürfte, auch nur um eine Minischattierung dadurch röter, daß Gregor Gysi ihr seinen Safran beimischt?

Sicher gibt es im Zusammenhang mit der Kandidatur des brillanten und eloquenten Showmannes, der seine Zunge in Bundestagsdebatten und Talkshows aller Art erfolgreich gewetzt hat, auch manche Illusionen. Nicht wenige ehrliche Sozialisten, die auf die Magie des Meisters fixiert sind und „Gregor“ immer noch wie eine Ikone verehren, hegen offensichtlich die Vorstellung, mit seinem Aufstieg in die Hierarchie der bürgerlichen Verwaltungsstruktur und deren „Sachzwänge“ einem gewaltigen Sieg der Linken den Boden bereiten zu können. Demagogen sind dafür bekannt, daß sie eine große Klientel besitzen. Der namhafte Schweriner Künstler Karlheinz Effenberger, der Holter täglich ertragen muß, reagierte auf seine Weise. Er zeichnete Gysi für den „RotFuchs“ so, wie er ihn sieht: „Ich bin stolz, kein Kommunist zu sein“.

Wir wollen Gysi nicht die Ehre abschneiden: Antifaschist ist er allemal. Doch er ist zugleich der Dirigent des Orchesters, das statt der alten Weisen der Arbeiterbewegung das rosarote Flötenkonzert der Sozialdemokratie spielt. Wandel von dort zu erwarten, führt in die Irre.

Klaus Steiniger

Wie kann das Vakuum links von der PDS gefüllt werden?

Historisches Erfordernis: Eine starke KP!

Unbestritten ist, daß es die Kommunisten in beiden Teilen der BRD gibt. Nach zeitweiliger Mutlosigkeit und Resignation haben sie sich auch im politischen Leben des Ostens zurückgemeldet. Die Herrschenden und ihre Medien sehen sie vorerst als marginale Erscheinung, nehmen sie einfach nicht zur Kenntnis, schweigen sie tot. Oder sie mißbrauchen die Bezeichnung „Kommunist“ – wie gegenwärtig im Berliner Wahlkampf – für Horror-Szenarien und als roten Bürger-schreck. Wenn hier von Kommunisten die Rede ist, dann meine ich jene Aufrechten in Ost und West, die der Konterrevolution widerstanden. Sie blieben ihren Idealen und ihrer Überzeugung treu. Trotz Haß und Hohn gingen sie nicht in Sack und Asche. Sie wahrten ihren Stolz und sehen keinen Grund, sich für in schweren Kämpfen vollbrachte geschichtliche Leistungen zu entschuldigen.

Im Osten ist die Zahl der Kommunisten weit größer als Mitgliederstatistiken einzelner Parteien ausweisen. Da sind die Genossen der DKP, der KPD, viele Mitglieder der PDS (weit mehr als der kommunistischen Plattform angehören) und eine große Zahl heute Parteilooser, die in der DDR auf allen Ebenen Verantwortung trugen. Und da sind als Sympathiepotential Ungezählte unter den jetzt 30- bis 50jährigen, die den Sozialismus mitgestalteten oder am Anfang ihrer eigenen politischen Bewußtwerdung noch erlebten. Diese Vielfalt und Breite ist eine historische Besonderheit, die ihre Ursache darin findet, daß es auf deutschem Boden fast ein halbes Jahrhundert lang eine zunächst antifaschistisch-demokratische, dann sozialistische Gesellschaftsordnung gab. Sie hat tiefere Spuren bei vielen Menschen hinterlassen, als mancher einzugestehen bereit ist. Noch sind die Träger dieser Ideologie aufgesplittert, noch kann von einer einflußreichen kommunistischen Kraft nicht gesprochen werden, die in der Lage ist, massenwirksam in die Entwicklung im Lande einzugreifen. Aber es gerät etwas in Bewegung.

Betrachtet man die heutige politische Landschaft, dann stellt man fest, daß sich eine Verschiebung vollzieht. Alle drängen zur „Mitte“. Links von der PDS vergrößert sich das politische Vakuum. Das könnte nur durch eine große und einheitliche kommunistische Partei, die am Marxismus-Leninismus festhält, ausgefüllt werden. Klaus Steiniger stellte dazu im „RotFuchs“ vom Juli 2000 („Neue 20-Prozent-Partei?“) fest: „Das Reservoir für eine große Partei links von SPD und PDS ist offensichtlich vorhanden.“

Nun beobachten wir ein neues Moment: Die Möglichkeit wird immer mehr zur Notwendigkeit. Die verheerenden Entwicklungen in der kapitalistischen Gesellschaft spitzen alle Widersprüche zu. Immer öfter wird in Diskussionen betont, daß unter diesen Bedingungen eine starke KP gebraucht wird. Die neuen Erfordernisse werden nicht wenigen Menschen zunehmend bewußt. Es ist eine wichtige Erfahrung, daß es im politischen Kampf darauf ankommt, reale Veränderungen zu erkennen und – ohne zu weit vorzupreschen – die sich auftuenden Möglichkeiten nicht zu verpassen. Ich habe wiederholt

Der Schriftsteller
Erich Köhler und
die „11 Forderungen“
der Gruppe Nordost



davon gesprochen, daß der Wille zur Einheit der Kommunisten reifen muß. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Gefahr gegenwärtig darin besteht, durch mangelnde Bereitschaft und Zielstrebigkeit vor allem von Führungskräften in Nachtrab zu geraten. Diese Gefahr ist real.

Wie stellt sich die Lage dar? Noch gelingt es der Parteispitze der PDS, mit sozialistisch getönter Phraseologie und parlamentarischen Scheingefechten die Masse der Mitglieder zu binden. Aber an

der Basis rumort es. Viele Genossen weigern sich, die auf den Nachweis der „Regierungsfähigkeit“ abzielenden unwürdigen Entschuldigungs-Kotaus zu akzeptieren und nicht wenigen dämmert – besonders nach dem Programm-Entwurf -, daß die Vorstellung, auf diesem Wege zum Sozialismus gelangen zu wollen, dem Wunsch gleichkommt, von einem Apfelbaum Kokosnüsse zu ernten. Die Austritte mehren sich. In der kommunistischen Plattform ist die Diskussion über die Frage, wie es weitergehen soll, in vollem Gange. Man spürt den Gegensatz zum Kurs der Führungsspitze noch deutlicher und erkennt, daß man diesen bestenfalls be-, aber nicht verhindern kann. Doch als „Beleg“ für angebliche Pluralität will man nicht herhalten. Auch an der DKP-Basis vernimmt man, besonders im Osten, kritische Stimmen. Der Umgang des Parteivorstandes mit der Berliner Gruppe Nordost und der kommunistischen Zeitung „RotFuchs“, die brüske Ablehnung der „11 Forderungen“, hinter denen etliche Grundorganisationen im Osten nach wie vor stehen, die Abqualifizierung der aus Nordost kommenden These von der neuen kommunistischen Legierung aus zwei qualitativ unterschiedlichen Erfahrungsströmen (Aufbau des Sozialismus/Widerstand gegen den Kapitalismus) wird von vielen Genossen nicht verstanden. Auch die negative Haltung Heinz Stehrs zu Gesprächen mit der KPD-Führung findet keine Akzeptanz.

Bei zahlreichen persönlichen Kontakten, die ich in den letzten Wochen hatte, zeigte sich, daß viele Kommunisten mit und ohne Parteibuch nach einer klaren Orientierung suchen. Immer wieder wurde die Frage aufgeworfen, warum es nicht möglich ist, Kurs auf eine einheitliche kommunistische Partei zu neh-

men, in der allein eine Chance gesehen wird, zu einer einflußreicheren politischen Kraft zu werden. Wird das Vakuum links von der PDS nicht aufgefüllt, überläßt man dieser zur Sozialdemokratie driftenden Partei das Feld, dann kann das auf die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse, auf die Herausbildung eines neuen Klassenbewußtseins, auf die Neuformierung der Klasse als historisches Subjekt, auf den künftigen Kampf für den Sozialismus hemmende, wenn nicht für lange Zeit sogar hindernde Auswirkungen haben. Konkrete Schritte zum Zusammenschluß der Kommunisten und zur Bündelung aller linken Kräfte sind nötig!

Für die Einheit der Kommunisten gibt es eine entscheidende Voraussetzung: Sie muß auf der revolutionären Grundlage des Marxismus-Leninismus hergestellt werden. Persönliche Rivalitäten und Platzkämpfe dürfen hier keine Rolle spielen. Keiner der Akteure sollte in diesem Prozeß die Meinungsführerschaft für sich beanspruchen oder von einer „Alleinvertretungsmaßnahme“ ausgehen. Es wird Klärungsbedarf in vielen Fragen geben. Kommunisten aber sollten die Probleme im konstruktiven und solidarischen Meinungsstreit lösen.

Der ganze Prozeß müßte von unten nach oben verlaufen und zunächst seine Basis in der Aktionseinheit aller Beteiligten finden. Dafür liefern gemeinsam handelnde Kommunisten aus DKP, KPD und KPF in Brandenburg und Thüringen – in Sachsen-Anhalt wirken DKP und KPD zusammen – bereits inspirierende Beispiele. Aber dieser Vorgang erfordert auch die Dialektik von oben und unten. Es ist Sache der Vorstände, die Grundpositionen für ein Zusammengehen zu formulieren. Die Erfahrungen der Einheitsbewegungen von 1946 und der späteren Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei im Osten sollten dabei produktiv genutzt werden.

Eines möchte ich hier noch unterstreichen: Der „RotFuchs“ – das zeigt sein dreieinhalb-jähriges außergewöhnlich erfolgreiches Wirken – ist ein unverzichtbares Periodikum für die weitere Bündelung aller Linken, für die Auseinandersetzung mit Revisionismus und Reformismus und für die Einigung der Kommunisten. Ihm kommt in Zukunft noch größeres Gewicht zu.

Dieter Itzerott

Epoche – Revolution – Konterrevolution (1)

Auch wenn in den vergangenen Jahren mehr scherzhaft über die Charakterisierung der Epoche gesprochen wurde („weltweiter Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus – und zurück“), so scheint mir eine Befassung mit dieser Frage für die Programmentwicklung von zentraler Bedeutung. Die Bestimmung des Charakters der Epoche war und ist für die kommunistische Bewegung, für kommunistische Parteien deshalb von entscheidender Bedeutung, weil

– sie mit der Charakterisierung der Haupttendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung im Weltmaßstab eine entscheidende Grundlage für die Strategieentwicklung der Kommunistinnen und Kommunisten (sowohl weltweit als auch in den einzelnen Regionen und Nationen) ist,

– sie gleichzeitig zur Einordnung anderer Fragen und Kämpfe in diese Strategie dient (z. B. Kampf gegen Neokolonialismus),

– sie zur Klärung von Hauptakteuren, sowohl positiv als auch negativ, damit aber auch zur Bestimmung möglicher Partner, auch in bestimmten Abschnitten des Kampfes, dient.

Nicht zu Unrecht stand deshalb der Charakterisierung der Epoche in den Programmdokumenten der DKP immer ein zentraler Platz zu. Zu fragen ist deshalb, welche Epochebestimmung heute zu treffen ist, bzw. ob unsere bisherige den Inhalt unserer Epoche noch trifft. Wir definierten die Epoche als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Gegen diesen Epochebegriff wird angeführt, daß dies die Niederlagen, die Vernichtung des Sozialismus in seiner staatlichen Ausprägung in Europa nicht erfassen würde bzw. die Niederlagen selbst diesen Epochebegriff ad absurdum geführt hätten.

Aus meiner Sicht ist dies aber doch eine Diskussion auf der Erscheinungsebene, die am Wesen vorbeigeht. Möglich ist auch, daß sie das Ergebnis einer etwas mechanistischen oder z. T. sogar

falschen Herangehensweise ist, wie die kommunistische Bewegung sie z. T. auch tatsächlich hatte. Zu verweisen ist hier vor allem auf die völlig illusorische These „vom unwiderrufflichen Sieg des Sozialismus“, wie sie im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts für die damals existierenden sozialistischen Länder Europas vertreten wurde. Dieser falsche Umgang sollte aber nicht dazu führen, neben dieser falschen These auch gleich noch unbesehen die Epochefrage mit über Bord zu werfen.

Für die Epochefrage halte ich vielmehr folgende Ausgangspunkte für entscheidend:

* Allen anfangs der 90er Jahre auch bei Linken vorhandenen Illusionen zum Trotz zeigt sich eine steigende Bedeutung der drastischen Aussage „Sozialismus oder Barbarei“, wobei Barbarei heute durchaus mit Untergang oder Katastrophe für die Menschheit übersetzt werden kann. Nicht zuletzt trifft dies die sogenannten globalen Probleme, die vor allem auch Ende der 80er Jahre manchen fragen ließen, ob der Epochebegriff noch korrekt ist. Heute tritt der Klassencharakter dieser Fragen um ein Vielfaches deutlicher zutage.

* In der Frage Krieg und Frieden genügt hier sicherlich der Verweis auf die fast permanent wachsende

Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen in allen Erdteilen. Die Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus, die Pläne für die Umstrukturierung der Bundeswehr seien hier nur erwähnt.

* Die Gefahr der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist alles andere als nur eine Gefahr. Die Verantwortung der Profitmacherei zeigt sich nicht zuletzt an den sogenannten Klimagipfeln und der perversen Schacherei um CO₂-Ausstoßquoten.

* Die mörderische Unterentwicklung und Verschärfung der internationalen Ausbeutung hat sich nach der Niederlage des europäischen Sozialismus und der damit einhergehenden drastischen Veränderung des Kräfteverhältnisses massiv verschärft.

– Bei aller Niederlage müssen wir aufpassen, die Entwicklung der Welt nicht mit einer eurozentristischen Brille zu begutachten. Bei allem im Einzelfall Diskussionswürdigen verteidigen Kuba, Vietnam, China und die KDVR ihren sozialistischen Weg, existiert der Sozialismus in staatlicher Form, obwohl das internationale Kräfteverhältnis sich grundsätzlich negativ gewandelt hat.

Aus diesem Grunde komme ich zu dem Schluß, daß es einen riesigen Rückschlag, eine tiefe Niederlage gab, sich am Charakter der Epoche aber nichts Grundsätzliches geändert hat; dies hängt auch mit der Bewertung zusammen, die m. E. nach wie vor der Oktoberrevolution als großer, diese Epoche einleitender Zäsur zukommt. Gegen diese Bedeutung wird angeführt, daß die Sowjetunion als zentrales Ergebnis der Oktoberrevolution nicht mehr existiert, die Rekapitalisierung der Länder der ehemaligen Sowjetunion mit den dramatischsten Auswüchsen durchgesetzt wird. Aus meiner Sicht schmälert dies aber nicht die Bedeutung der Oktoberrevolution als epochestiftender Zäsur.

– War die Pariser Commune ein „Wetterleuchten“ der Revolution, so war die Oktoberrevolution der erste langfristig gelungene Versuch, sozialistische Verhältnisse in staatlicher Form zu etablieren.

– Die Oktoberrevolution ist ein Stück des geschichtlichen Beweises der Notwendigkeit und Richtigkeit der Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin, die dieser angesichts der Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus vornahm.

– Errungenschaften im Gefolge der Oktoberrevolution leben durchaus fort. Dazu zählen die verbliebenen sozialistischen Länder, die es ohne die Oktoberrevolution, die Sowjetunion nicht gegeben hätte, genauso wie verbliebene Identifikationen mit Errungenschaften im Bewußtsein der Menschen in den ehemals sozialistischen Ländern. Dazu zählen auch Errungenschaften für die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und verbliebene (objektiv oder subjektiv) Fortschritte im Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, die dem veränderten Kräfteverhältnis geschuldet waren. Dazu zählt zumindest auch die wachzuhalten- de Erinnerung daran, daß der Imperialismus hinsichtlich der ihm innewohnenden Aggressivität über Jahrzehnte zumindest gezügelt war.

– Der entscheidende positive Bezug auf die Oktoberrevolution hat für Kommunisten

aber auch eine immense innere Bedeutung. Nicht umsonst versuchen (übrigens seit Jahrzehnten, wie ich mich an den Geschichtsunterricht der 70er Jahre erinnere) bürgerliche oder pseudolinke Historiker immer wieder, ihre Legitimation in Zweifel zu ziehen oder sie gar in Widerspruch zum Marxismus zu bringen. Gerade dies wird aber dadurch lüggengestraft, daß sie auch in der Sowjetunion der Beginn einer, bei allen Rückschlägen und trotz der Niederlage, 70jährigen Geschichte war, was zumindest für die moderne Geschichte der Menschheit alles andere als ein Wimpernschlag ist.

Dies führt mich dann auch zu einer Antwort, wie die Staaten des „realen Sozialismus“ denn im Rückblick hinsichtlich der erreichten gesellschaftlichen Formation zu bewerten sind. Ohne Zweifel, es war Sozialismus. Ich möchte dies hier weder ökonomisch noch vom gesellschaftlichen Überbau her ausargumentieren, plädiere aber dafür, es in aller Differenziertheit, bei Betrachtung vorhandener nationaler Unterschiede und solcher in den verschiedenen Entwicklungsphasen zu tun. Fakt ist für mich, ein wie immer geartetes Zwischenstadium wäre angesichts der vorhandenen Systemkonfrontation über diese Zeitdauer gar nicht überlebensfähig gewesen, weder von den äußeren Bedingungen noch von der Identifikation der Menschen her.

Gerade diese Identifikation wird allerdings, auch in der DKP, immer wieder bemüht, aber leider verkürzt, ausschließlich das Scheitern betrachtend. Richtig ist, in dieser Phase war die Bereitschaft, die Gesellschaft zu verteidigen, folglich auch die Identifikation der Menschen, der Klasse nicht mehr ausreichend gegeben – angesichts der Zeiträume muß sie aber in anderen Phasen vorhanden gewesen sein.

Dies betrifft übrigens auch eine andere durchaus vertretene These. Gelegentlich wird argumentiert, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU, nach 1956, alles nur noch auf die Niederlage zulief oder gar, wie einige Sektierer behaupten, der Kapitalismus restauriert wurde. Dies halte ich genauso für zu kurz, mechanistisch. Damit will ich natürlich nicht die kritische Aufarbeitung von Voluntarismus (Überholen der USA, Aufbau des Kommunismus), von Illusionen über den Imperialismus (bis hin zur Friedensfähigkeit) in dieser Phase geringschätzen – dies wäre genauso falsch, wie aus den Deformationen und Verbrechen unter Stalin zu schlußfolgern, daß die Sowjetunion in dieser Zeit nicht (mehr) sozialistisch gewesen wäre. Richtig ist auch, dieser Sozialismus war in allen seinen Phasen alles andere als vollkommen, sonst wäre er letztendlich nicht auf diese Art und Weise besiegt gewesen. Andererseits sollten wir auch hier durchaus selbstbewußter argumentieren, denn wenn ein unvollkommener Sozialismus hinsichtlich der Frage Krieg und Frieden, der Vorteile für die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder, der internationalen Ausbeutungsverhältnisse das erreichen kann, was er erreicht hat, was leistet dann erst ein mehr vollkommener!

Patrik Köbele ist Bezirksvorsitzender der DKP Ruhr-Westfalen und Mitglied der Programmkommission. Er gehört dem PV der DKP an.

Gegen aalglatte Konzepte

„Über die ersten Schritte des Sozialismus haben wir möglicherweise noch eine Vorstellung. Weil es historische Erfahrungen gibt, die wir verallgemeinern können. Aber wie die spätere Entwicklung aussehen wird, darüber könnten wir nur noch spekulieren.“ Diese Aussage der stellvertretenden Parteivorsitzenden Nina Hager in der Programmdebatte am 3. März 2001 läßt hoffen, daß sich die „Sozialismus-Vorstellungen der DKP“ doch noch in einen Beitrag nach Vorgaben des wissenschaftlichen Sozialismus verwandeln lassen und die unsinnigen Spekulationen aufhören.

Zur Verallgemeinerung historischer Erfahrungen möchte ich hier ein paar Gedanken beitragen.

Die Erkenntnis von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest und in den Randglossen zum Gothaer Programm (MEW 19/28), daß zwischen Kapitalismus und Kommunismus eine Periode der revolutionären Umwandlung liegt, ist durch die Praxis zwischen 1917 und 1985 in mehrfacher Hinsicht bestätigt worden. Fest steht erstens, daß man die sozialistische Revolution und die anschließende revolutionäre Umwälzungszeit nicht mit dem Sozialismus (I. Stufe des Kommunismus) verwechseln darf; zweitens, daß diese Periode sehr lange währt, jedenfalls viel länger, als wir ursprünglich angenommen hatten; drittens, daß sie erst mit der weltweiten Entmachtung des Imperialismus enden wird. Auch die II. Parteikonferenz der SED beschloß 1952 den „Beginn des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“, nicht aber den Sozialismus selbst. Die spätere und voreilige Verkündung eines „entfalteten Sozialismus“ sorgte für Verwirrung, weil die praktisch erreichten Ergebnisse mit den hohen Ansprüchen an eine sozialistische Gesellschaft kollidierten. Das hat offensichtlich bei vielen Menschen Zweifel am Sieg der Revolution hervorgerufen.

Zu den unbestreitbaren historischen Erfahrungen gehören die in der revolutionären Praxis unabdingbaren Schritte: Restlose Enteignung der Banken und Versicherungen und damit Entmachtung des Finanzkapitals; Enteignung der Großindustrie und genossenschaftliche Organisation der Arbeit auf dem Lande; Sicherung gleicher Bildungschancen für alle Bürger, Entwicklung eines dem Recht der Bourgeoisie haushoch überlegenen, für jedermann verständlichen Rechtswesens und Zertrümmerung des Staates der Ausbeuterklassen.

So unvollkommen die Herausbildung der sozialistischen Demokratie auch noch gewesen sein mag, können wir heute nach bald 11 Jahren praktischer BRD-Erfahrung feststellen, daß sie dem bürgerlichen Parlamentarismus selbst in dieser Form meilenweit voraus war. Auch die Notwendigkeit der führenden Rolle einer kommunistischen Partei hat sich als richtig erwiesen, wenn auch deren Verwirklichung durch eine aufgeblähte Massenpartei mit einem administrativen Führungsapparat zu Recht in Zweifel gezogen werden muß. Als unerläßlich erwies sich die Unterdrückungsfunktion des Staates, um die dem Sozialismus feindlichen Kräfte - und davon gab es nicht wenige - niederzuhalten. Jene

im Innern und die von außen. Es gibt eine Fülle von Beweisen dafür, daß das Ministerium für Staatsicherheit keineswegs einem Phantom nachjagte, sondern eine unverzichtbare Arbeit für den Schutz des Sozialismus leistete.

Besonders wichtig war die Ausstattung des Staates mit starken kulturell-erzieherischen, gesellschaftlich-organisatorischen und ökonomischen Funktionen. Es erwies sich als gefährlicher Irrtum, bereits während der Übergangsperiode - unter den Bedingungen der Existenz des Imperialismus - zu Formen der „Selbstverwaltung“ der Produktion übergehen zu wollen. Die Einführung selbstregulierender Wirtschaftsformen ist offensichtlich abhängig vom Reifegrad des Bewußtseins der beteiligten Arbeiter und Leiter sowie von der Ausschaltung des politischen und ökonomischen Einflusses gegnerischer Kräfte. Auch der Zeitpunkt und die Form der Umwandlung von Kleinbetrieben und des Handwerks in sozialistische Unternehmungen ist erfahrungsgemäß von Land zu Land verschieden und kann weder verallgemeinert noch „vorhergesehen“ werden.

Die bisher in der Geschichte der Menschheit einmalige Leistung einiger Völker, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden zu haben, muß Ausgangspunkt der Programmatik einer kommunistischen Partei ohne Wenn und Aber sein! Genauso verlangt das Nachdenken über eine künftige sozialistische Revolution die exakte Analyse der in der Übergangsperiode aufgetretenen und noch nicht gelösten Widersprüche. Jede aalglatte, traumhafte Vorstellung vom Sozialismus der Zukunft oder die Reduktion der Probleme des realen Sozialismus auf subjektive Fehler irritiert und lähmt revolutionäre Kräfte. Zum Beispiel ist der Widerspruch zwischen unerläßlicher zentraler Planung gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse und dem objektiv wirkenden Wertgesetz nur in sehr langer Zeit und Schritt für Schritt lösbar. Auch politisch notwendige Abweichungen von ihm, z. B. Subventionen oder

Preisgarantien, können offensichtlich nur für relativ kurze Zeit aufrechterhalten werden. Der Widerspruch zwischen der Gewährleistung des Arbeitsplatzes für alle und der Durchsetzung des Leistungslohnes kann eben nicht durch Verkündung oder „Systeme“ oder administrative Maßnahmen gelöst werden, sondern erst mit der Entwicklung des Bewußtseins aller daran Beteiligten, der Arbeiter wie der Leiter. Die Erfahrung lehrt aber auch, daß gerade die Entwicklung des Bewußtseins ein komplizierter, langwieriger, von vielen Umständen abhängiger und auch mit Rückschlägen verbundener Prozeß ist, gerade auch unter Bedingungen der Einwirkung eines raffinierten Gegners. Der Widerspruch zwischen dem konkreten Preis einer Ware und ihrer abstrakten Wertgröße (die bekanntlich noch niemand gemessen hat), ist auch nicht durch kluge Köpfe zu lösen; er verschwindet erst mit der Warenproduktion selbst. Und davon waren wir bekanntlich noch sehr weit entfernt.

Die pauschalen Hinweise „auf Fehler, Deformationen und sogar Verbrechen“, die Nina Hager in ihrer Rede vom 3. März 2001 gab, führen zu keinen Ergebnissen; sie sind subjektiv und gehören nicht in eine Programmatik. Wer die Periode von 1917 bis 1985 als revolutionären Prozeß zum Sozialismus und als unermüdlichen Kampf gegen den Imperialismus leugnet, negiert natürlich auch den Ablauf einer Konterrevolution und deren vorläufigen Sieg. Ich stimme N. H. zu, daß der Sieg der Konterrevolution (sie selbst lehnt diesen Begriff offenbar ab) „eben nicht daran festzumachen ist, daß sich einzelne falsch verhalten, geirrt, absolutistisch verhalten bzw. bereichert“ hätten. Ursache unserer Niederlage ist auch nicht Verrat - obgleich er schließlich umfassend mitgewirkt hat -, sondern das seit den 70er Jahren grundlegend zu Ungunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis in der Welt. Dessen Teilaspekte sind noch viel gründlicher zu untersuchen, um zu gültigen Schlußfolgerungen zu gelangen.

Norbert Pauligg



Der Zeitfaktor

Als Italien-Historiker habe ich mich kürzlich des 825. Jahrestages der Schlacht bei Legnano erinnert, in der am 29. Mai 1176 in der Nähe von Mailand das Ritterheer Kaiser Barbarossas vom Fußvolk des Lombardischen Städtebundes besiegt wurde. Mehr als ein militärisches war es ein politisches Ereignis, das in seiner Bedeutung weit in die Zukunft reichte. Auf dem Höhepunkt ihrer Macht erlitt die Feudalordnung ihre erste Niederlage, zugefügt vom städtischen Bürgertum, dem Träger der kommenden neuen Gesellschaftsformation, die im Schoße der alten heranzuwuchs. Obwohl es noch Jahrhunderte dauerte, bis die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft errichtete, wirkte fortan das Bürgertum, das heißt „die Klasse, in der die Fortentwicklung der Produktion und des Verkehrs, der Bildung, der sozialen und politischen Institutionen sich verkörpert fand“ (Engels), entscheidend auf den Prozeß der sozialökonomischen Entwicklung ein, wurden die weitgehend unabhängigen Städte als „Glanzpunkt des Mittelalters“ (Marx) innerhalb der Feudalgesellschaft zum vorwärtsweisenden Element des Geschichtsprozesses. Die von ihnen hervorgebrachten Ware-Geld-Beziehungen drängten die bis dahin vorherrschende Naturalwirtschaft zurück. Sprache, Literatur und Wissenschaften erlebten eine Blütezeit. Erste Universitäten entstanden, die Dichtkunst gedieh. Die großen Epiker Walter von der Vogelweide (Die politischen Lieder), Wolfram von Eschenbach (Parzival), Hartmann von der Aue (Der arme Heinrich) und Gottfried von Straßburg (Tristan und Isolde) ergriffen bewußt Partei in den Auseinandersetzungen jener Periode, indem sie gegen die feudale kirchlich-religiöse Auffassung des Daseins Werke schufen, die nicht nur ihre Zeitgenossen beeinflussten, sondern alle nachfolgende deutschsprachige Literatur und so frühe Grundlagen für den langwierigen Weg der Formierung der Nation legten.

An dieser Tatsache ändert auch nichts, daß es der herrschenden Feudalklasse noch mehrere Jahrhunderte gelang, darunter am längsten in Deutschland, wichtige Positionen in Wirtschaft und Staat zu behaupten und mit neuen Machtmitteln sogar zu festigen, wenn auch auf Kosten der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen in Stadt und Land und im Gegensatz zur erforderlichen Produktivkraftentwicklung und Nationwerdung. Vor allem mißlang in Deutschland der Aufbau eines zentralen Königsstaates und damit die Überwindung der politischen Zersplitterung. So spitzten sich alle Widersprüche zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise zu, die im deutschen Bauernkrieg erstmals offen ausbrach. Diese frühbürgerliche Revolution löste die Konflikte nicht, trieb aber den historischen Prozeß voran. Der Fortgang der Geschichte – über das Scheitern an diesen Aufgaben im 30jährigen Krieg und in der bürgerlichen Revolution von 1848/49 bis zur „Lösung“ durch Bismarcks „Revolution von oben“ – ist bekannt.

Diesen Prozeß zu analysieren, vermittelt aufschlußreiche Erkenntnisse über seine geschichtlichen Dimensionen, die auch als Zeitfaktor bezeichnet werden. Denn angefan-

gen von seinen frühen Erscheinungsformen in Gestalt der sozialökonomischen Entwicklung der Städte, die wie in Norditalien beispielsweise auch in Süddeutschland vor sich ging, brauchte der Kapitalismus, bis er sich in Europa als neue Gesellschaftsordnung gegenüber dem Feudalismus endgültig durchsetzte, etwa vier bis sechs Jahrhunderte. Der lange Weg der bürgerlichen Klasse zur politischen Macht war von Niederlagen und Rückschlägen, Fehlentwicklungen, Kapitulationen und Kompromissen gezeichnet. Daß er für die aufsteigende Bourgeoisie weniger mit Problemen gepflastert war als für den ihres bereits im 19. Jahrhundert die historische Bühne betretenden Totengräbers (Marx/Engels), die Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution, ergab sich vor allem aus der grundlegenden Tatsache, daß es beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus um die Ablösung einer alten Ausbeuterordnung durch eine neue ging. Ohne die progressiven Aspekte des Beginns des bürgerlichen Zeitalters zu vergessen, ist ebenso hervorzuheben, daß, wie Marx sagte, „das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend“ zur Welt kam und heute noch so weiter existiert. Seine Interessenvertreter, ob regierend oder in der „Opposition“, samt ihrem Politologenanhang haben also nicht das mindeste Recht, darüber zu richten, welche Opfer die bisherigen sozialistischen Revolutionen gefordert haben, welche Irrtümer dabei begangen wurden, mit welchen Defiziten die erstmals bestehenden sozialistischen Gesellschaftsordnungen existierten.

Wohl aber stehen Kommunisten und revolutionäre Sozialisten, die an dem ersten Anlauf im vergangenen Jahrhundert teilnahmen, vor der Aufgabe, sich einer entsprechenden Analyse zu stellen, die über ein Jahrzehnt nach

der Niederlage – von beachtenswerten Aspekten, die vielfach im „RotFuchs“ publiziert wurden, abgesehen – nun endlich komplex in Angriff genommen werden müßte. Die Analytiker werden zwangsläufig auf den erwähnten Zeitfaktor stoßen und darauf, daß er nicht nur von Chruschtschow sträflich vernachlässigt wurde, eingeschlossen die Überschätzung der eigenen Kräfte, die Unterschätzung der Potenzen der alten Gesellschaftsordnung und die voluntaristische These von der Unumkehrbarkeit des Erreichten zu Lebzeiten des Imperialismus.

Historische Analysen hätten eigentlich offenbaren müssen, daß der Aufbau nicht in einigen Jahrzehnten bewältigt und voreilig als siegreich verlaufen deklariert werden konnte. Es hätte sich dabei herausgestellt, daß ein Jahrhundertwerk oder ein wahrscheinlich über diesen Zeitraum hinausgehender Prozeß zu bewältigen war. Daraus wird heute wohl zu schlußfolgern sein, daß ein neuer sozialistischer Anlauf zeitlich schwer vorzusagen ist, es sich bei der „Wartephase“ höchstwahrscheinlich um Jahrzehnte handeln wird, die in revolutionärer Geduld bei der Sammlung, Schulung und Formierung der Kräfte durchzustehen sind. Ob uns die vom absteigenden Kapitalismus ausgehende Barbarei auf allen Gebieten allerdings diese Zeit läßt, erscheint zumindest fraglich.

Bei der Einordnung des ersten sozialistischen Anlaufs in den Jahrhunderte währenden Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten wird man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß für das vergangene Jahrhundert indes nicht die Niederlage des Sozialismus charakteristisch war, sondern die des Kapitals, die ihm von seinem Totengräber, der die Zukunft bestimmenden Arbeiterklasse, zugefügt wurde. **Gerhard Feldbauer**



Die zugeknöpften Ingenieure

Besonders schwer war es, mit den Ingenieuren ins Gespräch zu kommen. Mit einem, zu dem ich allmählich ein gewisses Vertrauensverhältnis hergestellt hatte, sprach ich einmal ganz direkt, um zu sehen, wie er reagieren würde, und um danach meinen Umgang mit den Ingenieuren einzurichten. „Warum arbeiten Sie eigentlich nicht richtig?“ Er erschrak. Damals lag der Vorwurf, Sabotage zu treiben, in der Luft. Teils gab es wirklich Schädlingstätigkeit, teils hatten viele unserer leitenden Genossen noch nicht genug Sachkenntnis und Erfahrung, um zu unterscheiden, ob bei einer Neuentwicklung ein schwer vermeidbarer Irrtum passiert war oder ob uns jemand hatte reinlegen wollen.

„Wie meinen Sie das? Ich tue meine Pflicht, Sie können mir nichts vorwerfen!“ „So meine ich das nicht. Ich bin davon überzeugt, daß Sie korrekt arbeiten. Aber mehr eben auch nicht, darum geht es. Sie tun, wozu Sie verpflichtet sind. Und das ist, meine ich, nicht genug. Sie gehen nicht an Ihre Grenzen, Sie schwitzen nicht bei der Arbeit. Sie verstehen mich? Niemand kann Ihnen was, aber so kommen wir doch nicht vorwärts!“ „Wenn Sie das so sehen, muß ich einräumen: da ist was dran.“ „Ja, aber warum? Lohnt es sich nicht, mehr zu tun?“ „Möglich. Nein, ich will das gar nicht bestreiten. Da gibt es vieles, was dafür spricht. Aber, verstehen Sie, man weiß nicht, wie es mal kommt.“ „Sie denken, es könnte auch mal wieder anders kommen?“ „Ja“. „Es kommt nicht wieder anders.“ „Das sagen Sie, das haben andere auch gesagt. Ich war in der NSDAP. Als die Russen kamen ... ach, lassen wir das. Gebranntes Kind scheut's Feuer. Wenn es noch mal anders kommt, bin ich wieder der Dumme.“

„Was hatten Sie denn auszustehen? Hat Ihnen ein Russe die Uhr geklaut? Mußten Sie Trümmer schippen? Wie lange? Was, meinen Sie, haben die verloren, die gegen Hitler kämpften? Und Trümmer haben 1945 nicht nur Nazis geschippt, übrigens Trümmer, für die nicht die Kommunisten verantwortlich waren. Es war die Hinterlassenschaft des Tausendjährigen Reiches.“ „Das seh ich ja alles ein ...“ „Aber? Ach ja, wenn's mal anders kommt ...!“ „Ja!“ „Ich kann verstehen, daß Sie da unsicher sind. So einfach ist es ja wirklich nicht, wir gehen keinen leichten Weg. Doch bitte bedenken Sie: Hitler stand bei Stalingrad, heute weht die Rote Fahne auf dem Brandenburger Tor! Auch wenn wir noch in Trümmern sitzen – dort bleibt sie. Je früher Sie sich entscheiden, um so besser für uns alle ...“

Damit war die Skepsis des Ingenieurs nicht weggeblasen. Aber solche Gespräche führten zu der Meinung, daß man mit dem Parteisekretär reden könne.

In der Parteileitung diskutierten wir über den hohen Ausschuß. „Also, wenn man dett sieht, überall noch die Bombentrichter, die kaputten Werkstraßen, den Schrott und den Dreck – wie willste da dem Arbeiter klar machen, dett er ordentlich arbeiten muß?“ Hermann Seiler regte sich auf. Er kam am meisten im Betrieb herum und kannte jedes Loch im Betonboden der Werkhallen. „Gut“, sagte ich, „beim Nationalen Aufbauwerk gehen wir nicht mehr zum Entrümmern in die Stali-

nallee. Wir machen unser NAW im Betrieb!“ Nach Feierabend griffen sich die Genossen Schaufeln und Schubkarren und brachten die Straße zwischen Mechanischer Werkstatt und Tischlerei in Ordnung. Spöttische Bemerkungen derer, die an uns vorbei nach Hause trabten, manchmal mit leicht gehässigem Unterton. In der folgenden Woche hatten wir Zuschauer. Dann, der erste, in barschem Ton: „Wenn ick keene Schaufel habe, kann ick ooch nich mitmachen!“ Ausreichend Schaufeln wurden beschafft. Der Betrieb bekam ein ordentliches Aussehen. Ohne daß es jemand angeregt hatte, entwickelte sich eine Art Wetteifer, welcher Meisterbereich wohl am schönsten sei. Die Eiskalten gewannen. In einem glasüberdeckten Hof zwischen zwei Werkhallen legten sie ein richtiges Treibhaus an!

Nur sehr schwer kamen wir im Betrieb voran. Da war die zusammengewürfelte Belegschaft. Neben eingesessenen Metallarbeitern Leute von überall her. Eine völlig neue Produktion, fehlendes oder mangelhaftes Material, unzureichende Meßwerkzeuge, für eine Qualitätsproduktion unentbehrlich. Und ein Technischer Direktor, der den Betrieb als Experimentierfeld betrachtete. Den Genossen Rohde interessierte so etwas Profanes wie Planerfüllung überhaupt nicht. Er wollte Sternkompressoren bauen, ausprobieren, verbessern.

Den Ingenieur Hrcncir konnte man mit Terminen und Plantreue schon gar nicht beeindruckten. Ihn beschäftigten nur zwei Dinge: Die Technik an sich und Istanbul. „Istanbul ist schön!“ erzählte er mir mit leuchtenden Augen. Seine Frau war Türkin.

Hrcncir hatte auf einer U-Boot-Werft gearbeitet, Prototypen eingefahren, dort seine Erfahrungen mit Druckanlagen gesammelt, war besessen von seinen Maschinen. Wenn wir dachten, eine Anlage sei nach erfolgreichem Probelauf endlich abnahmebereit, hatte Kollege Hrcncir immer noch was zu verbessern. „Wir kommen wieder in Verzug“, mahnte ich ihn. „Ach was, hier noch ein Ventilchen und da noch ein Ventilchen, das dauert einen Tag“, sagte er mit nögigem Tonfall. Er stammte aus Brno, hatte dort an der Technischen Hochschule studiert. Er kannte ebensowenig wie seine Götter – die Maschinen – nationale Vorurteile. Ob Tschech, Deutscher, Slowak oder Russ, sie waren ihm alle gleich. Er liebte allein Flansche, Ventile, Manometer und seine türkische Frau.

Hrcncir grinste mich an: „Früher konnte man so ein Ventilchen in der nächsten Eisenwarenhandlung kaufen!“ Ich verzichtete auf die Belehrung, daß er mit seinen modernsten U-Booten einiges dazu beigetragen hatte, daß es heute schwer war, Ventile oder Stahl für Druckrohre zu bekommen. Es hätte nichts gebracht. Und: Man konnte mit ihm auskommen. Er arbeitete 20 Stunden hintereinander, wenn ein Versuch gefahren wurde, ging früh um vier und war um sieben wieder da.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 6. Folge wir hier veröffentlichten, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1956“, GNN Verlag 1999, entnommen.)

Die SPD spricht zur PDS

Ihr sollt den Kapitalismus loben,
denn wir sind oben!

Als Mehrheitsbeschaffer und Stimmenfänger,
brauchen wir euch,
aber nicht länger!

Shareholder value und Globalisierung,
Investitionen und Privatisierung -
Recht wollt ihr und Emanzipation?
Das haben wir doch alles schon!

Befreit euch endlich vom Kommunismus,
lobt uns, lobt den Kapitalismus!
Entschuldigt euch für die DDR!
Das Kapital sei euer Herr!

Kommt auf den Knien angeknorren,
sühnt endlich für das, was ihr verbrochen!
40 Jahre habt ihr uns um den Profit geprellt,
jetzt wollen wir endlich an unser Geld!

Eure Entschuldigung ist nicht genug,
sie ist nichts als ein Wahlbetrug:
Ihr müßt euch endlich offen bekennen,
und die Dinge beim Namen nennen:

Mauerschützen und Totschläger sitzen zu Recht,
euer Staat war eben gar zu schlecht.
Unsere Gerechtigkeit sollt ihr loben!
Denn wir sitzen oben.

Befreit euch doch endlich von dem Bösen!
Könnt ihr euch nicht selbst auflösen?
Oder habt ihr gedacht, ihr könntet regieren?
Ihr sollt eure alten Genossen verlieren.

Schwört endlich ab der linken Partei,
damit ist es in Deutschland jetzt vorbei.
Nach rechts führt der Weg, an den rechten Rand.
Das ist euch wohl inzwischen bekannt.

Doch vorerst erfüllt uns noch eine Bitte:
Wählt mit uns die rechte Mitte.
Schröder und Fischer sollt ihr ehren,
die werden euch das Rechte lehren.

Wir lieben Verrat, aber nicht die Verräter.
Lobt uns und verdammt eure

antifaschistischen Väter!

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Wortmeldung eines Neubürgers aus Baden-Württemberg

Über Illusionen und Realitäten

1947 geboren, habe ich die DDR von Anfang bis Ende erlebt. Ich bin in einem Lande aufgewachsen, das wir als sozialistisch verstanden und empfanden. Ich habe in ihm sehr viel gelernt und gearbeitet. Die DDR ist mir Heimat und Vaterland gewesen. Ich habe gern in ihr gelebt. Nahezu 25 Jahre gehörte ich der Partei an und sah auch in ihren letzten und schwersten Stunden keine Veranlassung, sie fluchtartig zu verlassen. Der Begriff Partei war für mich zu jeder Zeit die Überzeugung vom Marxismus-Leninismus; das waren jene Kommunisten, die diese Überzeugung auch vorgelebt haben. Bis zuletzt hatte ich ein tiefes Vertrauen zur Partei, und es war immer die Hoffnung in mir, sie werde die entstandene schwere Krise letztlich überwinden können. Die Ereignisse von 1989 und der Folgezeit haben tiefe Spuren in mir hinterlassen. Viel Nachdenklichkeit, mancher Zweifel und viele Fragen sind aufgekommen, die mir bis heute unaufhörlich im Kopfe kreisen.

Seit 1992 lebe ich mit meiner Familie in Baden-Württemberg. Über den Kontakt zu Kommunisten der DKP, für die ich große Hochachtung empfinde, habe ich eine neue politische Heimat gefunden. Vor dem Hintergrund der jüngsten Auseinandersetzungen in unserer Partei, die mich in Ton und Sprache befremden, kommen neue Zweifel in mir auf. (...)

Wenn es denn schon so ist, daß auch unter uns Kommunisten eine 40jährige getrennte Geschichte nicht konfliktfrei zu bewältigen ist - wir hätten es eigentlich wissen müssen -, so sollten wir zumindest Formen der Auseinandersetzung finden, die unseren Prinzipien von Kritik und Selbstkritik weitgehend entsprechen. (...)

Was haben wir eigentlich all die Jahre voneinander gewußt? Diese Frage stellt sich mir mitunter, wenn ich manche Ansichten wahrnehme, von denen der Konflikt begleitet wird. Es erscheint mir häufig sehr auffällig, daß es unter Kommunisten der Alt-Bundesländer überwiegend idealisierte Vorstellungen von der und über die DDR, die Partei und die Bevölkerung gegeben haben muß. Das könnte einiges erklären, was heute Ausdruck findet in fragwürdigen Bewertungen der Geschichte des Sozialismus in der DDR und der konterrevolutionären Veränderung. Für die Entstehung eines idealisierten Bildes der DDR tragen sicher funktionäre in Partei und Staat eine nicht geringe Mitverantwortung.

Gern haben wir uns bekanntlich selbst die feste Verbundenheit zwischen Partei, Klasse und Masse eingeredet und sind von einem hohen sozialistischen Bewußtsein in der Bevölkerung ausgegangen. Mehr noch, wenn allein die über zwei Millionen Parteimitglieder in der DDR 1989 zu ihrem Staat gestanden hätten, dann wäre der Verlauf ein anderer gewesen. Ich unterschätze in keiner Weise die damaligen Einflüsse von außen durch die massiven Hetzkampagnen. Die Hauptursache darin zu sehen, halte ich nicht für gerechtfertigt.

Wie kommen Menschen zu sozialistischem Bewußtsein? War es denn tatsächlich der Wille *d e s V o l k e s* im Osten Deutschlands nach 1945 bzw. 1952, den Sozialismus zu errichten? Sind die Erwartungen der Menschen über all die Jahre nicht eigentlich weni-

ger am Sozialismus als an Frieden, sozialer Sicherheit und einem hohen Lebensniveau orientiert gewesen? Soweit der Sozialismus die Erwartungen erfüllen konnte, da war das gut. Wo er es nicht vermochte, gab es keine Akzeptanz, keine Rücksicht auf den Sozialismus und etwaige Entwicklungsprobleme. Die Vergleiche mit der westlichen Konsumwelt waren immer gegenwärtig und mit Bewußtsein nicht zu verdrängen. Ist es etwa nicht eine Erkenntnis unserer Vordenker, wonach die sozialistische Gesellschaft mit den Menschen zu errichten und zu gestalten ist, die durch und durch noch behaftet sind mit den Denk- und Verhaltensweisen der alten Ordnung? Haben wir denn geglaubt, revolutionäre sozialistische Umwälzungen in der Gesellschaft seien das Werk von Volksmassen, die bereits überwiegend bewußt Sozialismus anstreben? Wunschvorstellungen sind das eine, die Wirklichkeit ist das andere. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sozialistische Bewußtseinsentwicklungen größere Zeiträume brauchen als wir uns das vorgestellt haben. Um einen künftigen Sozialismus dauerhaft sicher zu machen, ist eine vergleichbare ökonomische Kraft unerlässlich. Wir haben sie genügend strapaziert, die Leninsche Forderung nach höherer Arbeitsproduktivität. (...)

Die erlittene Niederlage macht es natürlich außerordentlich schwer, wieder einen gemeinsamen Anfang zu finden. Da muß sicher vieles geklärt, gegenseitiges Verständnis geweckt, genau analysiert werden. Das ist schwer genug, zumal uns offenbar der Antikommunismus bis in die eigenen Reihen zu schaffen macht. (...) Bei allem Verständnis, daß Mitgliedern der DKP, die in der DDR einst in verantwortlicher Funktion waren, eine gewisse Skepsis entgegengebracht wird (von Genossen im Westen - R F), oder daß auch der eine oder andere Vorwurf erhoben wird, so rechtfertigt das jedoch keineswegs abwertende Haltungen verschiedenster Art. DKP-Mitgliedern mit DDR-Vergangenheit bestimmte Kompetenz abzusprechen, ihnen keine richtigen Beurteilungen mehr zuzutrauen und sie in gewissem Sinne als Versager zu betrachten, das entbehrt allen politischen Verstandes.

Sicher, diese Thematik ist schwierig und emotionsgeladen. Die Niederlage hat bei Kommunisten in Ost wie West schmerzhaft Wunden geschlagen. Gegenseitiges Verständnis ist unverzichtbar. Bei allen Fehlern, Schwächen, Fehlentwicklungen und subjektiven Falscheinschätzungen, die es gegeben hat und worüber diskutiert werden muß - es wäre ein schwerer Irrtum, wenn Kommunisten der alten Bundesländer glauben sollten, die Niederlage sei allein damit erklärbar, und ihnen wäre all das gar nicht unterlaufen, sie wüßten heute möglicherweise ganz genau, wie der Sozialismus richtig und dauerhaft zu machen sei. Das ist nicht als Vorwurf gemeint gegenüber Kommunisten, die unter Bedingungen des Kapitalismus Großes geleistet haben. Kommunisten, die in der DDR mit Entwicklungsproblemen des Sozialismus unmittelbar konfrontiert waren, haben oft erfahren müssen und zu spüren bekommen, welche ungeheuren Schwierigkeiten in vielen Sachen steckten, die theoretisch völlig klar schienen, aber praktisch kaum oder gar nicht zu lösen waren. Immer

wieder mußte Neuland beschritten werden. Rezepte gab es keine.

Unsere Vordenker haben bei der Bewertung revolutionärer Bewegungen nie nur und vordergründig die Fehler, Schwächen, Mängel und Grenzen herausgearbeitet. Immer und in jedem Fall haben sie vor allem die Leistung, das Fortschrittliche und Revolutionäre gewürdigt. Ich halte es für legitim, wenn die Berliner Nordost-Gruppe der DKP darauf nachhaltig aufmerksam macht und sich gegen alles Abwertende zur Existenz der DDR wendet. Wie aus dem „RotFuchs“ zu entnehmen ist, gibt es diesbezüglich recht merkwürdige Ansichten in unserer Partei, die mir unbegreiflich sind. Warum sollten wir ein Problem damit haben, die Existenz der DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung zu bewerten? Der Antikommunismus hat damit offenbar nach wie vor ein Problem ... (...) Über abweichende Haltungen innerhalb unserer Partei zur DDR müssen wir diskutieren. Ich glaube, je nachdem, zu welcher Auffassung wir gelangen, bleiben wir als Partei auf revolutionärem Boden oder wir gleiten ab in diffuse Sozialismus-Vorstellungen, wie wir sie eigentlich schon zur Genüge kennen und seit geraumer Zeit bei der PDS anschaulich verfolgen können. (...)

Elf Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution besitzen wir noch kein klares, einheitliches Verständnis zur historischen Bedeutung der DDR, zu ihren Leistungen und den Ursachen ihrer Niederlage. Viele richtige Erkenntnisse sind gereift, aber es ist weitgehend Stückwerk. Von einer verallgemeinerungsfähigen Position dürften wir weit entfernt sein. Wie wollen wir uns in nächster Zeit ein neues Programm geben und ein solches erarbeiten, was unserer gegenwärtigen Situation gerecht wird, unsere Strategie und Taktik absteckt, wenn zu dieser grundsätzlichen Frage noch große Unklarheit herrscht.

Da ist zu hören, manche wenden sich gegen den Begriff der Konterrevolution. Was war es sonst? Erst vor wenigen Tagen verkündete ein bekannter Fernsehkommentator der alten BRD in aller Offenheit und Ungenierteit, daß die Medien-Berichterstattung in der sogenannten Wendezeit der Motor der „Revolution“ gewesen sei, ohne den es nicht gelungen wäre, die Menschen auf die Straße zu bringen. Und da müssen wir nach irgendetwelchen anderen Begrifflichkeiten suchen? Weiter las ich, es sei keine Konterrevolution gewesen, weil kein Blut geflossen sei. Wie muß man Ansichten dieser Art beurteilen? Ist die Form der Gewalt, bei der Blut fließt, die einzige Gewaltform? War die 89er „Revolution“ tatsächlich so friedlich, wie gern behauptet wird? Hat sie nicht viele Menschen psychisch gemordet und schwerst beschädigt? Es ist festzustellen, daß es doch recht fragwürdige und vielfach Unwissenheit dokumentierende Auffassungen gibt. (...)

Roland Winkler, Remseck-Aldingen

(Dieser Beitrag wurde einem umfassenden Material entnommen, das der Autor gleichzeitig an den PV der DKP und die Gruppe Berlin Nordost gesandt hat.)

Der „RotFuchs“ schnürte auf dem 12. UZ-Pressesfest

Dortmunder Impressionen

Weit über den Rahmen einer Wiedersehensfeier von Genossinnen und Genossen aus allen Teilen der BRD hinaus, war das 12. UZ-Pressesfest an schon traditioneller Stätte im Dortmunder Revierpark Wischlingen eine geballte Ladung Lebensfreude und Kampfesmut. Auch wenn die Teilnehmerzahl gegenüber den Vorjahren nicht unbedingt zugenommen haben dürfte – der hohe Anteil jüngerer und ganz junger Menschen fiel deutlich ins Auge. Natürlich stand Kulinarisches, da es sich um ein Volksfest handelte, mit im Zentrum des Angebots; doch es war eine durch und durch politische Veranstaltung, bei der richtige und wichtige Akzente gesetzt wurden. Den Auftakt und den Höhepunkt bildete der erste Abend, an dem u. a. Heinz Keßler – der frühere Verteidigungsminister der DDR, der als Deserteur der faschistischen Armee und Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland von der Nazi-Justiz in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, zu den bereits angeererbten Festteilnehmern sprach. Wo in dieser BRD wurde des 60. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion mit diesen politischen Akzenten und auf so bewegende Weise gedacht? Hier ging es auch um Solidarität mit einem anderen Opfer von Völkerrechtsverbrechen – um Jugoslawien, das von der NATO brutal attackiert wurde und dessen durch die Djindjic-Bande feige nach Den Haag verschleppter Ex-Präsident Slobodan

Milosevic heute als mutiger Verteidiger seiner Sache in vieler Munde ist.

Zwei Dinge fielen uns während des UZ-Pressesfestes besonders auf: der Geist des proletarischen Internationalismus, der sich erneut in der regen Beteiligung ausländischer kommunistischer Parteien manifestierte. Und der hohe Stellenwert, den die DKP Literatur, Kunst und Kultur beimißt. Werke der Malerei und Grafik, fortschrittliche Bücher aus verschiedenen Verlagen wurden in der Eishalle ausgestellt und angeboten. Natürlich fehlten weder Degenhardt noch Kittner.

Beim größten Fest der Linken in Deutschland setzte das sozialistische Kuba ein besonderes Signal. Sein Großzelt mit einem vielfältigen Angebot für Gaumen, Ohr und Herz war die besondere Attraktion.

Auch der „RotFuchs“ schnürte in Wischlingen durchs Revier. Nicht nur, daß an unserem Stand unzählige Gespräche – so mit Rainer Rupp, Generaloberst Klaus-Dieter Baumgarten und Genossen aus dem südbayerischen Ebersberg – geführt wurden, auch unsere Zeitung war eine begehrte Trophäe. Die Spendenkasse füllte sich rasch. Überdies lockte eine durch Flugblätter angekündigte Veranstaltung „Der ‚RotFuchs‘ stellt sich vor“, die dank der Gastfreundschaft der Brandenburger Genossen in deren Zelt stattfinden konnte, viele Besucher des Pressesfestes an. So drängten sich am Sonnabend um 17.00 Uhr nicht nur die Interessierten un-

ter dem Dach, sondern auch vor dem Zelt. Nach der Begrüßung durch die Brandenburger Landesvorsitzende Brigitte Müller stellte RF-Redakteur Klaus Steiniger die Macher der Zeitung vor und schilderte deren dreieinhalbjährige Geschichte. Der „RotFuchs“, der als kleines Blatt begonnen habe, sei heute schon längst keine reine Gruppenpublikation mehr, sondern eine kommunistische Zeitung aus dem Osten. Unter seinen ständigen Mitarbeitern befänden sich Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch. Der RF diene der Zusammenführung linker und revolutionärer Kräfte. Gerhard Feldbauer argumentierte zu einzelnen Aspekten der Politik des „RotFuchs“. So wies er exakt nach, daß 1989/90 in Deutschland eine Konterrevolution stattgefunden habe.

In der Diskussion, die wegen einer nachfolgenden Veranstaltung leider vorzeitig abgebrochen werden mußte, ging es fair und sachlich zu. Äußerungen zur historischen Rolle der DDR, die als größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet wurde, fanden besonders starken Beifall. Nicht jeder Redner lobte alles am „RotFuchs“; doch über seine Unverzichtbarkeit und seinen positiven Beitrag zur Stärkung der kommunistischen Bewegung in Deutschland waren sich die meisten einig. **R. F.**

Dr. Gerhard Feldbauer bei Kommunisten in Südbayern

Diskussion über eine „provokante These“

Neben zahlreichen Mitgliedern und Gästen aus dem Landkreis kamen am 26. Mai 2001 auch einige Genossinnen und Genossen aus dem Bezirk Südbayern und eine Genossin des Parteivorstandes in den sonnigen Biergarten der Ausflugsgaststätte Taglaching zum Samstagvormittagsseminar der DKP-Gruppe Ebersberg mit dem Thema: „Die DDR, die bisher größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland“. Dies scheint sogar für einige DKP-Mitglieder inzwischen eine „provokante These“ zu sein – ihre Negierung hätte jedoch, wie der Gruppenvorsitzende einleitend feststellte, noch vor zwölf Jahren zum sofortigen Ausschluß aus der Partei geführt. Als Referenten hatte die Gruppe den Genossen Dr. Gerhard Feldbauer, UZ- und „RotFuchs“-Autor sowie früherer DDR-Diplomat, gewinnen können. Als promovierter Historiker wies er die besondere geschichtliche Dimension und Bedeutung der DDR in den Jahrhunderte andauernden Klassenausinandersetzungen nach: „Zum ersten Mal war 40 Jahre lang die Macht der Ausbeuter in einem Teil Deutschlands gebrochen – welche Errungenschaft kann höher bewertet werden?“ Wenn auch die unterdrückten Klassen immer wieder Niederlagen hätten hinnehmen müssen – sei es im Großen Deutschen Bauernkrieg, in den bürgerlichen Revolutionen in Deutschland und Rußland oder auch bei den „Himmelstürmern“ der Pari-

ser Commune -, die Geschichte werde durch Klassenkämpfe vorangetrieben.

Wie sich die Konterrevolution in der DDR vollzog, schilderte der Referent am Beispiel der NVA: Punkt Null Uhr rückten am 3. Oktober 1990 Kommandos der Bundeswehr in die DDR-Kasernen ein und nahmen die „bedingungslose Kapitulation“ entgegen. Nach Zerschlagung der sozialistischen Eigentums- und Machtverhältnisse in der DDR übte und übt die BRD-Bourgeoisie Rache: Ein gnadenloser Abbau sozialer und demokratischer Rechte geht einher mit chauvinistischer Delegitimierung von Geschichte und Kultur und der Degradierung der DDR-Bevölkerung zu Menschen zweiter Klasse.

Die Bevölkerung Ostdeutschlands hat inzwischen 11 Jahre der bittersten Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus hinter sich – und viele haben nachträglich die Errungenschaften des „realen Sozialismus“ schätzen gelernt. Vor diesem Hintergrund betrachtet Gerhard Feldbauer die von der DKP-Gruppe Berlin Nordost vorgeschlagenen „11 Forderungen für Ostdeutschland“ als berechtigt und notwendig.

Die DDR als die bisher größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland zu begreifen – das ist nach Gerhard Feldbauers Überzeugung die Voraussetzung, um kritisch auch ihre tatsächlichen Fehler und Schwächen benennen zu können (z. B. Verbürgerlichung der SED, re-

formistische und revisionistische Entwicklungen, Unterschätzung des Kapitalismus). In der lebhaften und konstruktiven, bis in die Abendstunden andauernden Diskussion wurde letztlich kein ernsthafter Widerspruch zu der genannten These, dem Thema der Veranstaltung, geäußert.

Gerhard Feldbauer räumte einige Gerüchte über den „RotFuchs“ aus; er wandte sich gegen jede weitere Konfrontation und Polarisierung: Es gehe um die Einheit der Partei. Die weitaus meisten Besucher fanden die Veranstaltung sehr informativ und gelungen. **Manfred Feldmann, Horst Mette** (Mitglieder der DKP-Gruppe Ebersberg)

*Um an die Quelle
zu kommen,
muß man
gegen den Strom
schwimmen.*

Nordost: Eine Gruppenversammlung besonderen Charakters

Betrübliches und Ermutigendes

Am 29. Juni traf sich die DKP-Gruppe Berlin Nordost zu einer Mitgliederversammlung, an der auch eine Reihe eingeladener Gäste teilnahm. Das Interesse war so groß, daß sich weitere Besucher eingefunden hatten. Gruppenvorsitzender Klaus Steiniger nahm zunächst zu einigen Fragen Stellung, die sich aus Entwicklungen der letzten Zeit ergeben hatten. Er hieß die anwesenden Bezirksvorsitzenden Patrik Köbele (Ruhr-Westfalen), Brigitte Müller (Brandenburg) und Olaf Harms (Hamburg) – alle drei Mitglieder des Parteivorstandes –, die die Einladung von Berlin Nordost angenommen hatten, herzlich willkommen. Patrik Köbele, der später mehrfach in der Diskussion sprach, hatte ursprünglich zur programmatischen Diskussion in der Partei referieren wollen. Er faßte seine Gedanken in einem für die UZ bestimmten Artikel zusammen, mit dessen Dokumentation „RotFuchs“ in dieser Ausgabe beginnt. Klaus Steiniger schilderte die in der Berliner Organisation der DKP nach dem „Anstoß“-Putsch (s. RF Nr. 41) entstandene komplizierte Lage, für die er vor allem Nina Hager verantwortlich machte. Der „RotFuchs“ sei seit Jahren das Ziel heftiger und verleumderischer Angriffe gewesen. Ihm würden phantastische Absichten unterstellt, so das Ziel, die Partei zu spalten. Die Kampagne gegen die Zeitung sei auf mehreren Parteivorstandstagen forciert worden. Der Redner nannte als Beispiel unsolidarischen Vorgehens das Auftreten des PV-Mitglieds Wolfgang Teuber auf der RF-Leserkonferenz und die scharfe persönliche Angriffe gegen die „RotFuchs“-Macher enthaltende Rede Heinz Stehrs auf der 5. Tagung des PV. Immer wieder habe der Parteivorsitzende verkündet, der „RotFuchs“ sei keine Publikation der DKP und transportiere nicht deren Politik. Und das, obwohl er eine klare marxistisch-leninistische Linie verfolgt! Es gebe jetzt Anzeichen dafür, daß der RF unter „Austausch“ der Redaktion „gleichgeschaltet“ oder „eingegliedert“ werden solle. Entsprechende Beschlußprojekte würden offenbar erwogen. Es gebe auch Vorbereitungen zur Liquidierung der DKP-Gruppe Nordost durch eine „Umstrukturierung“. Angesichts dieser Situation brachte Klaus Steiniger den Antrag ein, den „RotFuchs“ ohne Abstriche und mit der bisherigen Redaktionspolitik außerhalb der DKP weiterzuführen. Er müsse erhalten bleiben und auch in Zukunft für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten in Deutschland wirken. Um die Urheberschaft der DKP-Gruppe Nordost weiterhin aufzubewahren, solle diese im Untertitel vermerkt werden. Nach dem „Anstoß“-Putsch sei Eile geboten.

Es wurde mitgeteilt, daß die auf der „RotFuchs“-Leserkonferenz durch Genossen Dr. Peter Tichauer vorgeschlagene Gründung eines Fördervereins „RotFuchs“ bereits durch eine Reihe von Genossen in Angriff genommen worden sei, um die finanzielle Absicherung der gegenwärtig in großer Klammer befindlichen Zeitung dauerhaft zu gewährleisten und zusätzliche Kräfte einzubeziehen. Dieser Förderverein werde der Zeitung mehr Rückhalt und Durch-

schlagskraft verschaffen. Klaus Steiniger, der erklärte, den Kampf in den Reihen der DKP fortsetzen zu wollen, verwirklichte seine schon vor Monaten angekündigte Absicht, aus der Leitung der Gruppe auszuschiden, um sich ganz auf den „RotFuchs“ zu konzentrieren.

In der anschließenden Diskussion äußerten sich zahlreiche Mitglieder und Gäste zu dem Antrag, den Status des „RotFuchs“ zu verändern. Nach freimütiger Debatte, in der Für und Wider sachlich erwogen wurden, stimmte die große Mehrheit der Genossen dem Vorschlag zu. Es wurden 5 Gegenstimmen abgegeben.

Die weitere Diskussion wurde von allen Anwesenden aus der Gruppe als schmerzlich empfunden. Genossinnen und Genossen, die sich um die Arbeit der Parteiorganisation und des Berliner Bezirks hochverdient gemacht und als gestandene Kommunisten mit langjähriger Parteizugehörigkeit bewährt haben, erklärten ihren Austritt aus der DKP oder kündigten diesen an. Unter ihnen befinden sich Lena und Kurt André, Prof. Dr. Hans Fischer und Dr. med. Regine Fischer, Prof. Dr. Ulrich Huar, die stellvertretende Bezirksvorsitzende Dr. Annemarie Mühlefeldt und Frank Mühlefeldt und weitere Genossinnen und Genossen. Um kursierenden Gerüchten die Spitze zu nehmen, veröffentlichten wir an dieser Stelle die auch von anderen unterzeichnete Erklärung von Annemarie und Frank Mühlefeldt, aus der ersichtlich wird, wer die Schuld daran trägt, daß die DKP so wertvolle Mitglieder verloren hat. Hier der Wortlaut:

„In der Berliner Parteiorganisation wurde eine unerträgliche Situation herbeigeführt: Der gewählte Bezirksvorstand wurde handlungsunfähig gemacht; seine Beratungen werden von rowdyhaftem Auftreten einer Reihe von Parteimitgliedern begleitet, und seine Beschlüsse, beginnend beim Bezirksvorsitzenden, mißachtet; die durch gültige Beschlüsse eingesetzte Redaktion der Zeitung des Bezirksvorstandes wurde durch ein selbsternanntes „kommissarisches Redaktionskollektiv“ ersetzt; entgegen dem Parteiengesetz fand eine Einmischung in Angelegenheiten der Schiedskommission statt, sie mußte ihre Tätigkeit einstellen; faktisch hat eine fraktionelle Gruppierung die Leitung übernommen, und die Gruppe Nordost soll zerschlagen werden. Dies alles geschah und geschieht mit Wissen und Billigung der Essener Parteiführung, wie die Ausführungen ihres Vorsitzenden auf einer von ihm einberufenen Berliner Funktionärskonferenz am 14. Juni zeigten. Höhepunkt seiner Rede war die Aufforderung zum Parteiaustritt an jene Genossen, die sich für den Zusammenschluß der Erfahrungsströme aus Ost und West zu einer neuen Legierung einsetzten und die sich dem Treiben der fraktionellen Gruppierung entgegenstellen. Er autorisierte damit die gleiche Aufforderung seiner Stellvertreterin vom Dezember vergangenen Jahres.

Wir wissen natürlich, daß hinter diesen Machenschaften tiefe ideologische Meinungsverschiedenheiten stehen: in der Einschätzung des historischen Platzes der DDR, in

der Bewertung der Ereignisse 1989/90 als Konterrevolution, im Parteiverständnis, in der Imperialismustheorie und im Bündnisverhalten gegenüber anderen kommunistischen Organisationen.

Wir wenden uns jedoch scharf gegen die statutenwidrige und ehrabschneiderische Art und Weise der Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten: gegen ideologische Verketzerung, gegen Ausgrenzung, gegen die dem Grundsatz solidarischen Umgangs hohnsprechende Behandlung der Zeitschrift „RotFuchs“ und gegen unsägliche Verleumdungen, wie sie uns in den vergangenen Monaten immer wieder zugemutet wurden.

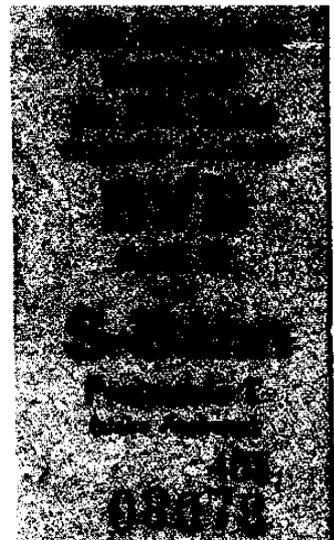
Wir sehen uns nicht mehr in der Lage, ein solches Bild der DKP nach außen und innen mitzutragen und verlassen daher mit Wirkung vom 30. Juni 2001 diese Partei, der wir uns mit großen Hoffnungen zugewandt hatten. Wir bewahren all ihren Mitgliedern unsere Hochachtung, die in Zeiten der Illegalität und des Kalten Krieges, in Zeiten der Berufsverbote und öffentlicher Diffamierungen zu ihrer Partei gestanden haben und die das auch heute tun. Wir werden auch in Zukunft immer unter jenen zu finden sein, die sich dem gemeinsamen Kampf aller Kommunisten verpflichtet fühlen.“

Im Verlauf der weiteren Diskussion wandten sich mehrere Redner, so Heinz Keßler – selbst nicht Mitglied der DKP – gegen einen Austritt aus der Partei. Der ehemalige Buchenwaldhäftling Herbert Thomas, früher Pressesprecher der DDR-Volkskammer, vertrat die Auffassung, daß man sich wegen einer Führung oder deren Politikstils nicht von einer kommunistischen Partei trennen sollte. Genosse Dr. Ewald Butter aus der Gruppe Mitte appellierte an die Anwesenden, jetzt nicht aufzustecken. Uns stehe ein starker und gefährlicher Feind gegenüber, auf den das Feuer gerichtet werden müsse.

Bei allem Betrüblichen kann – und das ist ermutigend – festgestellt werden: Keiner der ausgetretenen Genossen driftet ins Privatleben ab, keiner gibt seine kommunistische Identität auf, keiner läßt den „RotFuchs“ im Stich.

Unsere Arbeit ist komplizierter geworden. Wir werden sie trotz widriger Umstände fortsetzen.

S. R.



**Erinnert
Ihr Euch
noch?**

Frühere SED-Genossen haben selbst einen Kopf zum Denken

Einwurf aus Teterow/Neubrandenburg

Die DKP-Parteilgruppe Teterow/Neubrandenburg hat die 5. Tagung des Parteivorstandes ausgewertet. (...) Den analytischen Aussagen im ersten Teil der Rede von Nina Hager stimmen wir grundsätzlich zu. (...) Angesichts dieser Aussagen verstehen wir nicht, daß im Referat mehrfach der u. E. indifferente Begriff „Anschluß“ der DDR anstelle der eindeutig zutreffenden Definition „Annexion“ bzw. „Okkupation“ benutzt wird. Desgleichen fehlt aus unserer Sicht eine klare Aussage dazu, daß die sogenannte Wende, die Annexion der DDR, einen Sieg der Konterrevolution im Klassenkampf gegen den Sozialismus in Europa einschließlich der DDR ausmacht. (...)

Angesichts der insgesamt zutreffenden Analyse des Prozesses der Annexion der DDR sowie der heutigen Situation in Ostdeutschland bleibt uns unverständlich, warum in anderem Zusammenhang eine Polemik gegen den Begriff „halbkoloniales Territorium“ geführt wird (11 Forderungen der DKP Nordost). Dieser Terminus charakterisiert u. E. völlig zutreffend die Situation in Ostdeutschland, da es sich in der Tat um eine Fremdherrschaft der Elite der Alt-BRD handelt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Politiker in leitenden Positionen auch aus der früheren DDR stammen (Ringstorff, Stolpe, Höppner u. a.). Die von Nina Hager in ihrer Polemik herangezogene Definition des Kolonialismus halten wir in diesem Zusammenhang für irrelevant. (...)

Angesichts der im Referat in verschiedenen Zusammenhängen getroffenen positiven Wertungen der Errungenschaften des Sozialismus in der DDR fehlt hier, wie in anderen aktuellen Dokumenten der DKP, einschließlich derer des 15. Parteitages, die eindeutige Aussage, „daß die DDR die bisher größte Errungenschaft der Arbeiterklasse auf deutschem Boden war“. Eine solche Aussage ist u. E. notwendig, um die Politik der Delegitimierung der DDR und all ihrer Vorzüge ... konsequenter und überzeugender abzuwehren. (...)

Der zweite Teil des Referats, der sich mit Forderungen und Aktionen der DKP für Ostdeutschland beschäftigt, erfuhr in der Diskussion unserer Parteilgruppe eine sehr kritische und in vielem den Aussagen des Referats widersprechende Wertung. Die hier gezogenen Schlußfolgerungen bzw. Forderungen ergeben sich in keiner Weise aus der vorangegangenen Analyse. Dieser gedankliche und politische Bruch ist uns unverständlich. (...)

Die im Referat und insbesondere auch im Diskussionsbeitrag des Genossen Heinz Stehr zum Ausdruck gebrachte Ablehnung der „11 Forderungen“, die Polemik gegen die Zeitung „RotFuchs“ sowie gegen die Kommunisten dieser Gruppe kann von uns in keiner Weise akzeptiert werden. Unsere Parteilgruppe, die in den zurückliegenden Monaten den im „RotFuchs“ veröffentlichten Entwurf diskutierte und Vorschläge zu dessen Ergänzung und Veränderung einbrachte, steht nach wie vor voll und ganz hinter diesen Forderungen. Sie bringen in präziser und knapp gefaßter Form zum Ausdruck, wofür die DKP in Ostdeutschland kämpfen muß.

Sie sind nach unserer Auffassung als Instrument der Agitation und Propaganda sehr gut geeignet. (...)

Die im Referat getroffene Feststellung, „daß es in Berlin Nordost und bei einigen anderen Genossen der DKP in Ostdeutschland andere Überlegungen in der Parteifrage, zum Parteikonzept gibt“, ist aus unserer Sicht ein unqualifizierter, durch nichts begründeter Vorwurf. Und geht es um eine starke, einheitliche kommunistische Partei auf konsequent marxistisch-leninistischer Grundlage. Das schließt die Bündelung der Kräfte und Zusammenarbeit mit anderen Linken, antiimperialistischen Kräften ein. Daraus abzuleiten, daß eine „andere Partei“, ein prinzipienloser Zusammenschluß zu einer „20-Prozent-Partei“ gewollt sei, ist eine durch nichts begründete Unterstellung. (...)

Diffamierende und durch nichts bewiesene Vorwürfe gegen die Gruppe Nordost, die im Referat und insbesondere im Diskussionsbeitrag des Parteivorsitzenden einen breiten Raum einnehmen, dienen nicht der Einheit und Stärkung der Kampfkraft der Partei und nutzen lediglich dem politischen Gegner. (...) Der Diskussionsbeitrag des Genossen Stehr hat uns tief enttäuscht und wird von uns nicht akzeptiert, weil damit der sachliche Boden der in der DKP unbedingt notwendigen Diskussion um die konsequent marxistischen Grundlagen unserer Partei entzogen wird. Wir bitten das Sekretariat zu bedenken, inwieweit ein solcher Beitrag des Vorsitzenden einer kommunistischen Partei würdig ist. Zu zwei Formulierungen erheben wir entschiedenen Einspruch:

Erstens: „Mitglieder der DKP, die früher in der SEW oder SED waren, müssen sich die DKP-Politik und -Organisation aneignen ...“ Ein derartiger Sonderanspruch an ehemalige SED-Mitglieder unterstellt, daß wir keine Kommunisten seien. Eine derartige Formu-

lierung stößt Kommunisten aus der DDR ab, Mitglied der DKP zu werden. Als Mitglieder der DKP haben wir das gleiche Recht und die gleichberechtigte Pflicht, die Politik der DKP zu bestimmen und sie uns nicht nur „anzueignen“. In diesem Sinne erwarten wir auch keine „Solidarität mit Genossen aus der DDR“. Wir bitten das Sekretariat, nicht über uns zu sprechen und zu urteilen, sondern mit uns.

Zweitens: „Ist es zu tolerieren, ... daß Parteigliederungen in Veröffentlichungen andere politische Inhalte darstellen als die beschlossene Politik?“ Dieser Standpunkt ist zu überprüfen: Da der „RotFuchs“ (um den es offensichtlich geht) unbestreitbar marxistische Standpunkte vertritt, zwingt die gewählte Formulierung die Frage auf, ob die „beschlossene Politik“ in jedem Punkt einer Kritik aus marxistischer Sicht standhält. (...)

Aus eigener Erfahrung haben wir gelernt, jeden politischen Standpunkt und Beschluß auf seinen marxistischen Gehalt zu prüfen und niemals wieder zu schweigen, wenn keine Übereinstimmung besteht. Wir beharren daher auf unserem Recht, an der Erarbeitung der Politik der Partei mitzuwirken, unsere Meinung frei zu äußern, Kritik zu üben sowie alternative Positionen in Parteipublikationen zu vertreten (Art. 2 des Statuts). Wir erwarten vom Sekretariat, daß diese Möglichkeit in der UZ uneingeschränkt geschaffen wird.

Während der Diskussion in unserer Gruppe haben wir Einverständnis erreicht, jeden Gedanken auf Verlassen der DKP zurückzuweisen und alles zur politischen Stärkung der Partei zu tun.

(Aus dem Dokument „Auswertung der 5. Tagung des Parteivorstandes vom 24. 3. 2001 sowie daraus abzuleitende Vorschläge an den PV“)



DER DEUTSCHE MICHEL BEI SEINER LIEBLINGSBESCHÄFTIGUNG

„Implosion“ oder Konterrevolution?

Vor einiger Zeit meinte eine Genossin, in der DDR habe es keine Konterrevolution gegeben, denn es sei ja kein Blut geflossen. Offenbar hat sie die geschichtlichen Erfahrungen im Sinn, nach denen die meisten Konterrevolutionen ja tatsächlich blutig verliefen. Dennoch ist diese Auffassung weder historisch noch theoretisch haltbar. Die Konterrevolution läßt sich nicht auf eine ihrer spezifischen Erscheinungsformen reduzieren. Diese zu verallgemeinern führt zu theoretisch falschen Aussagen. Selbst die Häufigkeit einer von ihnen läßt die Verallgemeinerung nicht zu.

Unter sozialer Revolution versteht der Marxismus-Leninismus die Ablösung einer überlebten Gesellschaftsformation durch eine neue, unter Konterrevolution die Zerstörung der neuen und die Wiederherstellung der alten sozialen Ordnung. Mit dieser allgemeinen theoretischen Bestimmung ist noch nichts über die konkreten Formen von Revolution und Konterrevolution ausgesagt. Ob eine Revolution – wie auch eine Konterrevolution – blutig oder unblutig verläuft, ist von den konkreten Bedingungen, vor allem vom Kräfteverhältnis der Klassen im nationalen und internationalen Rahmen abhängig.

In der 45jährigen Geschichte von SBZ und DDR wies die Konterrevolution, die dem revolutionären Prozeß entgegenwirkte, eine Vielfalt von Formen auf, die sich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit ergaben. SBZ/DDR und Westzonen/BRD waren zunächst Besatzungsgebiete der Mächte der Anti-Hitler-Koalition, ab 1949 Bündnispartner der Sowjetunion bzw. der USA, integriert im Warschauer Vertrag bzw. in der NATO. Beide deutsche Staaten hatten auch noch nach ihrer Gründung nur eine begrenzte Souveränität. Der Klassenkampf zwischen beiden Weltssystemen als äußerer Faktor war für die DDR zugleich ein innerer Faktor. Die Konterrevolution vollzog sich also von Anfang bis Ende als Vereinigung von innerer und äußerer Konterrevolution. Sie mußte die Anwesenheit der Sowjetarmee als Verbündetem, ab 1949 zusätzlich noch als Vertragspartner der politisch herrschenden Arbeiterklasse der DDR, in Rechnung stellen, zugleich auch das internationale Kräfteverhältnis.

Unter diesen Bedingungen war eine offene, militärische Konterrevolution nicht möglich. Sie barg das Risiko eines Weltkrieges in sich. Dieser Sachverhalt hinderte die Konterrevolution jedoch nicht daran, durch eine Vielzahl von Aktivitäten zunächst die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, ab 1952 der Grundlagen des Sozialismus zu unterlaufen.

Im Kampf der Konterrevolution fiel Westberlin eine Schlüsselrolle zu. Es war der Brückenkopf des Imperialismus, „Pfahl im Fleische der DDR“, „billigste Atombombe“, „Schaufenster der freien Welt“, Menschen-schleuse für Agenten in die DDR und zur Abwerbung von Bürgern aus der DDR, Zentrum des Wirtschaftskrieges, Ausgangsbasis für subversive Aktionen, Propagandazentrale der imperialistischen Medienkonzerne, Stützpunkt für zeitweilig mehr als 80 Geheimdienste. Von Westberlin aus wurden

Untergrundorganisationen in der DDR aufgebaut und unterhalten.

Die angewandte Taktik variierte vom „Frontalangriff“ – bis etwa Anfang der 60er Jahre, als die Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 erfolgte – bis zur Taktik der „schleichenden Konterrevolution“, einer „Konterrevolution auf Filzlätschen“; allmählicher Destabilisierung der sozialistischen Ordnung durch langfristig angelegte gezielte Diversion.

Die beiden Konzepte wurden nicht in „reiner Form“ angewandt, sondern je nach Lage kombiniert, wobei die einen oder anderen Methoden jeweils überwogen. Diese waren vielfältig:

Erstens: Wirtschaftskrieg: Embargobestimmungen; Nichteinhaltung bzw. Verzögerung vertraglich vereinbarter Lieferungen dringend benötigter Rohstoffe, Ersatzteile und Technik; Steuerhinterziehungen von privaten Unternehmern (1952 betrug die Steuerrückstände der privaten Industrie fast 140 Millionen Mark); Spekulationsgeschäfte, Ruinierung bis zur Zerstörung von Betrieben bzw. technischen Ausrüstungen; Verschiebung von Volkseigentum in die BRD. So „verlagerte“ eine in der Landesregierung Sachsen-Anhalt tätige konterrevolutionäre Gruppe volkseigene Werte in Höhe von 100 Millionen DM in die BRD. Mit der separaten Einführung der DM in Westberlin und der Öffnung von „Wechselstuben“ wurden der DDR Wirtschaft große Schäden zugefügt und nicht wenige DDR-Bürger korrumpiert; gezielte Abwerbung von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, qualifizierten Facharbeitern. Bis zum 13. August 1961 arbeiteten über 100 000 Werktätige aus der DDR in Westberlin, verkauften ihre Arbeitskraft an kapitalistische Unternehmen und genossen in der DDR die großzügigen Sozialleistungen, ohne etwas dafür getan zu haben. In der Landwirtschaft versuchten konterrevolutionäre Kräfte zunächst, die demokratische Bodenreform durch Einschüchterung von Bodenbewerbern, Korruption, Gerüchte, Verschleierung von Eigentumsverhältnissen, Zerstörung von Inventar, Brandstiftungen, Überfälle auf SED-Funktionäre usw. zu verhindern. Das gleiche vollzog sich beim Übergang von der bäuerlichen Einzelwirtschaft zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Zweitens: Ideologische Diversion: Kontinuierliche Propagierung des Antikommunismus als BRD-Staatsdoktrin in nuancierten Formen. Gezielte Desinformation, Aufrufe zur Sabotage („Arbeite langsam!“) Diffamierung von Partei- und Staatsfunktionären. Allein 1956 wurden über der DDR 12 Millionen zu Anschlägen auffordernde Flugblätter von 8 648 Ballons abgeworfen. Verbreitung gegnerischer Ideologien wie Totalitarismuskonzepte, reformistischen Konzepten, Konvergenztheorie, Geschichtsfälschungen, vor allem bezüglich der Geschichte der Arbeiterbewegung, Zwangsvereinigungslüge usw. Dazu zählt auch Chruschtschows voluntaristische und ahistorische Verurteilung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU, die es der internationalen Konterrevolution ermöglichte, ihre Diversion fortan unter der

Losung des „Antistalinismus“ zu betreiben und die kommunistische Weltbewegung zu spalten. Ab Mitte der 80er Jahre wurde der Revisionismus Gorbatschows zum Hauptinstrument der ideologischen Konterrevolution.

Drittens: Die Konterrevolution formierte sich bis in die 50er Jahre zunächst innerhalb der Blockparteien CDU und LDPD sowie in den Landesregierungen. Auch innerhalb der SED gab es konterrevolutionäre Kräfte, die jedoch zurückgeschlagen werden konnten. In den 80er Jahren bildeten sich solche Gruppierungen in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, an verschiedenen Universitäten sowie an der Akademie der Wissenschaften heraus. Sie gewannen an Einfluß unter der Intelligenz. Die Kirchen boten der Konterrevolution zunehmend legale Möglichkeiten zu ihrer Formierung. Unter den Losungen vom „demokratischen Sozialismus“ einer „besseren DDR“, einem „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ sowie des Kampfes gegen „stalinistische Betonköpfe“ wurden der Sozialismus in der DDR zerstört und der Kapitalismus restauriert.

Nachdem Gorbatschow die DDR gegen ein Linsengericht zur Annexion durch das westdeutsche Finanzkapital freigegeben und die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen zur „Zurückhaltung“ verpflichtet hatte, konnte die Konterrevolution „unblutig“ einen vorläufigen Sieg erringen. Bewaffneter Widerstand hätte bei dem nun bestehenden Kräfteverhältnis zu einem sinnlosen Blutbad geführt und die Kommunisten noch weiter zurückgeworfen. Der unblutige Verlauf der Konterrevolution bedeutete jedoch nicht, daß sie keine Gewalt anwandte. Hier sei nur auf den Einsatz juristischer Repressionsmittel gegen SED- und Staatsfunktionäre, Generale, Offiziere und Soldaten der NVA und der Grenztruppen, Mitarbeiter der DDR-Justiz und des MfS verwiesen. **Ulrich Huar**

LESEEMPFEHLUNG:

GERHARD NIEBLING: *Zur Strategie der verdeckten Diversion des Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten.*

WILLI OPITZ: *Ich bin ein General außer Dienst, aber ich werde niemals ein Kommunist außer Dienst sein!*

BEIDE IN: *Imperialismus und antiimperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert. Protokollband der gleichnamigen Konferenz von „RotFuchs“ und „offensiv“ am 28./29. Oktober 2000 in Berlin, S. 107-155*

Zum Haager Reichstagsbrandprozeß gegen Slobodan Milosevic

Der Angeklagte als Ankläger

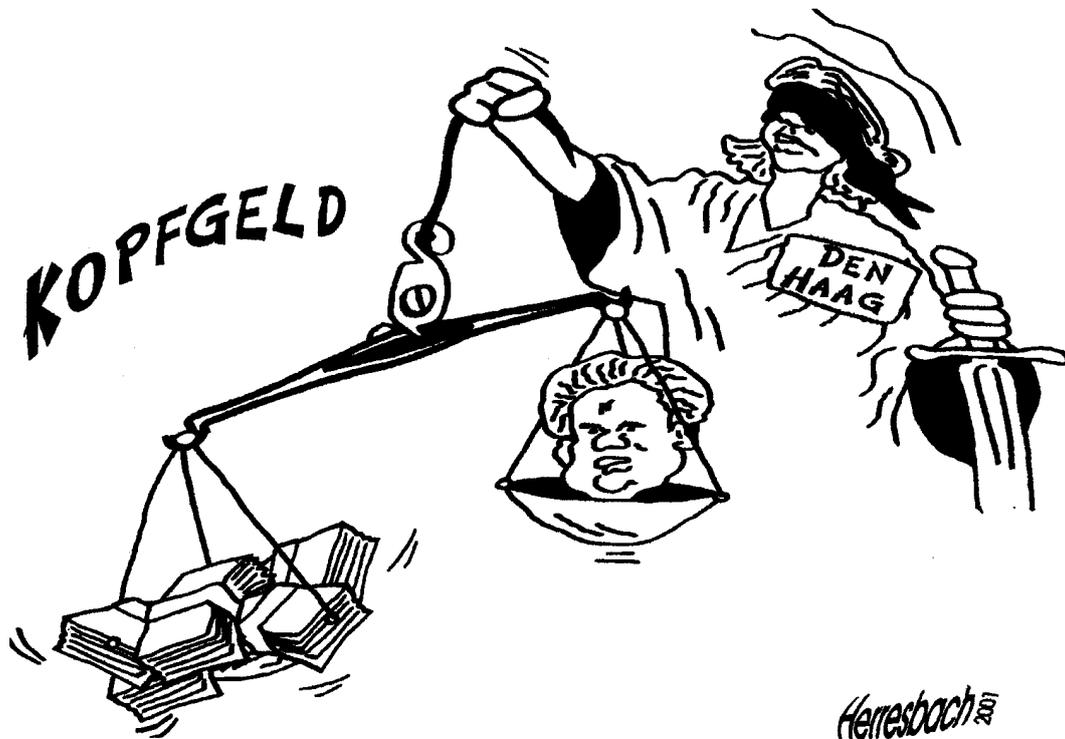
1933 haben Hitlers braune Banditen, die den Deutschen Reichstag anzündeten, um einen Vorwand für ungezügelte Kommunistenhatz zu schaffen, den Bulgaren Georgi Dimitroff und eine Reihe anderer Männer wegen eines Verbrechens in Leipzig angeklagt, das sie selber begangen hatten. Bekanntlich ist die blutige Farce geplatzt. Dimitroff – der spätere Generalsekretär der Kommunistischen Internationale – wurde zum Ankläger auf der Anklagebank und demontierte mit Leidenschaft und revolutionärem Geist das Lügengebäude der deutschen Faschisten. Den preußischen „Regierungschef“ Hermann Göring demaskierte er vor versammelter Mannschaft mit den Worten: „Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident!“ In diesen Tagen hat ein zweiter Reichstagsbrandprozeß – inszeniert von Kriegsverbre-

chern, die nach der Devise „Haltet den Dieb!“ ihr eigenes „Kriegsverbrechertribunal“ installiert haben – in Den Haag begonnen. Vor diesem Hohn auf ein Gericht steht der frühere Präsident der Föderativen Republik Jugoslawien und Führer der serbischen Sozialisten Slobodan Milosevic. Durch ein böses Bubenstück von Belgrader Banditen und politischen Achtgroschenjungen, die ihr Opfer – die Entscheidung des jugoslawischen Verfassungsgerichts verhöhnend – in einer Nacht- und Nebel-Operation in die Niederlande verschleppten, ist der Held des Widerstandes gegen die NATO-Aggression auf die Anklagebank derer geraten, die selbst dorthin gehören. Es handelt sich um die alte Geschichte von den Wölfen im Schafspelz: Die NATO-Aggressoren, deren Bomber Tausende Serben ermordeten, wollen jetzt den

Mann ans Kreuz schlagen, der ihnen mutig entgegentrat und damit die Würde seines Volkes verteidigte.

Mit der selben Würde ist er nun bei seiner Anhörung, die der erst für nächstes Jahr geplanten Eröffnung des Haager Reichstagsbrandprozesses vorausging, den juristischen Lakeien im Dienste der NATO und des internationalen Kapitals gegenübergetreten. Die Damen und Herren in den schwarzen Roben einer zur Vernichtung von Milosevic entschlossenen politischen Lynchjustiz müssen wissen, daß sie diesen Mann ebenso wenig vernichten können wie die Nazis einst Georgi Dimitroff in Leipzig. Menschen aus diesem Holz werden die Sieger der Geschichte sein, selbst wenn sie zeitweilig die Verlierer sind.

K. S.



72 Australier gedachten der 3. Weltfestspiele

Im August, im August blühn die Rosen ...

Am 6. Juni 2001 gedachten 72 Delegierte der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft, die 1951 in Berlin stattfanden, im Cypriot Club von Sydney dieses herausragenden Ereignisses der Nachkriegszeit. Bei der Zusammenkunft umarmten und küßten sich die Abgesandten von einst. Sie lachten und vergossen sogar einige Tränen, als sie sich im Saal umtaten. Sie starrten auf die Identitätskarten der anderen, um ihre australischen Landsleute wiederzuerkennen, die vor 50 Jahren gemeinsam mit ihnen die Regierung herausforderten und nach Berlin reisten. In jenem Jahr hatte Winston Churchill den Kalten Krieg mit seiner berühmten Rede in Fulton (USA) eröffnet. Er rief zum Kampf gegen die Sowjetunion auf – den früheren

Verbündeten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Krieg gegen den Faschismus.

Ungeachtet der Hysterie des Kalten Krieges schlossen sich 141 Australier den jungen Menschen aus aller Welt an, um sich in Berlin die Hände für den Frieden zu reichen. Auf dem Treffen versuchten nur einige brüchige Stimmen, die Festivallieder zu singen – „Jugend aller Nationen ...“, aber alle Anwesenden bekräftigten ihre Zustimmung zu einer Resolution für den Weltfrieden. Leider ist eine Anzahl von Delegierten bereits verstorben. Andere waren zu krank, um die Reise nach Sydney anzutreten; Bezieher einer schmalen Rente konnten das Geld nicht zusammenbekommen, um ein Ticket zu bezahlen.

Das Ereignis wurde durch Teams des Rundfunks und des Fernsehens aufgezeichnet. Delegierte, die man interviewte, berichteten von Verfolgung, Rauswurf vom Arbeitsplatz und anderen Härten, die auf ihre Reise für den Frieden gefolgt waren. Alle stimmten darin überein, daß das Berliner Festival ein wichtiges Treffen war, das in jener Zeit zur Bewahrung des Friedens beitrug.

Dem Eröffnungslunch im Cypriot Club folgten zwei Tage voller Erlebnisse. Inzwischen sind die alten Leute – die Jugendlichen von damals – wieder in ihre Heimatorte in Australien und Neuseeland zurückgereist. Den Stolz auf ihren Beitrag zum Weltfrieden haben sie mitgenommen.

Aus der australischen KP-Wochenzeitung „The Guardian“, Sydney

Warum es um „Klassenkampf statt Rassenkampf“ geht

Marxismus und Zionismus

„Oh, diese erhabene Stille der Unendlichkeit, in der so viele Schreie ungehört verhallen, sie klingt mir so stark, daß ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Ghetto habe: Ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschenrassen gibt!“

Rosa Luxemburg 1917 an Mathilde Wurm

Marxismus ist Theorie und Praxis zur Befreiung der Arbeiterklasse, davon ausgehend unterjochter Minderheiten und schließlich der gesamten Gesellschaft. Dank umwälzend neuer Technik war im 19. Jahrhundert der Kapitalismus in der nun aufgeteilten Welt in seine hochaggressive imperialistische Entwicklungsstufe übergegangen. Parallel dazu kam es im Hinblick auf Juden zu einem einschneidenden obrigkeitlichen Ideologiewechsel: An die Stelle des christlich-religiös motivierten Antijudaismus trat, vor allem in Europa, völkisch-rassistischer Antisemitismus, der auf Ausschaltung zielte.

In der Folge fanden alarmierende Pogrome im Zarenreich sowie der Dreyfus-Prozess im von Deutschland 1870/71 besiegten Frankreich statt. Betroffene gelangten entsprechend ihren Klassenpositionen zu gegensätzlichen Schlußfolgerungen: 1896 preschte der großbürgerliche Journalist Theodor Herzl mit dem jüdisch-nationalistischen Zionismus vor. Kernthese war, einen absichernden eigenen jüdischen Staat auf noch zu besetzendem fremden Territorium zu gründen. Dagegen traten sogleich jüdische Mehrheiten hart antizionistisch auf. Diese reichten von Sozialdemokraten bis zu Religiösen. Entsprechend unterschiedlich interpretiert war ihr Ziel der Assimilation im jeweiligen Land unter Rassismus zurückdrängenden Vorzeichen.

Zu den Antizionisten gehörten Ber Boroschov als einer der Vertreter der mächtigsten jüdischen Organisation, des kulturalautonomistischen „Arbeiterbundes“, vor allem aber auch Austromarxisten mit O. Bauer und V. Adler oder Linksozialisten wie Rosa Luxemburg. Diese vertrat allerdings eine streng internationalistische Position, lehnte

Nationales ab, auch die Arbeiterbewegung entzweieidenden Separatismus. Weit vorwärtsweisend war ihre Erkenntnis, daß der rassistische Antisemitismus keineswegs eine Art Neuauflage von Gestrigem war, wie viele Linke glaubten, sondern eine neue, gefährliche Ausgeburt des aufsteigenden erobersüchtigen, daher verdrängungsgierigen Imperialismus. Rosa rief zum Gegenhalten: „Sozialismus oder Barbarei!“

Wichtige Unterstützung kam von Nichtjuden, so vom SPD-Theoretiker Karl Kautsky bis hin zum Bolschewiken Lenin. Kautsky setzte sich früh gegen Bürgerlich-Nationales ein und wies lange auf die Bedeutung des Klassenkampfes hin. Das im Gegensatz zu seinem Freund Bernstein, dem prozionistischen Revisionisten, der Härte gegen „wilde Völker“ billigte, die „unterworfen werden, um ihnen das Recht auf höhere Zivilisation aufzuzwingen“. Dagegen warnte Kautsky ungeachtet zunehmenden Schwankens 1921 u. a. in „Rasse und Judentum“: „Der Zionismus ist eben keine fortschrittliche, sondern eine reaktionäre Bewegung.“ Er werde letztlich Antisemitismus begünstigen. Unter der Schlagzeile „Nochmals der Zionismus“ betonte er im „Vorwärts“ vom 15. Dezember 1929: „Welches immer die Absichten der Zionisten sein mögen, die Grundlage der Heimstätte, die ihnen in Palästina geboten wird, ist ausschließlich in der militärischen Macht zu finden, die England (nun die USA – F. T.) dort entfaltet, nicht dem Judentum, sondern der eigenen imperialistischen Bestrebung zuliebe.“ Dazu kam immer wieder sein Hinweis auf den Zusammenhang von jüdischem Nationalismus und Kolonialismus. Lenin trat unermüdlich und mit großer Schärfe gegen den Antisemitismus auf. Nicht Rassenkampf, sondern Klassenkampf! Was die Arbeiterbewegung betraf, wies er stets auf die lähmende Wirkung des Separatismus hin. Bezeichnend war das Beispiel Österreich, wo die Sozialdemokratie sich 1897 auf ihrem Parteitag in nationale Gliederungen umorganisiert hatte. Die Verbände – deutsch, tschechisch, polnisch, slowenisch, ukrainisch-ruthenisch und italienisch – wa-

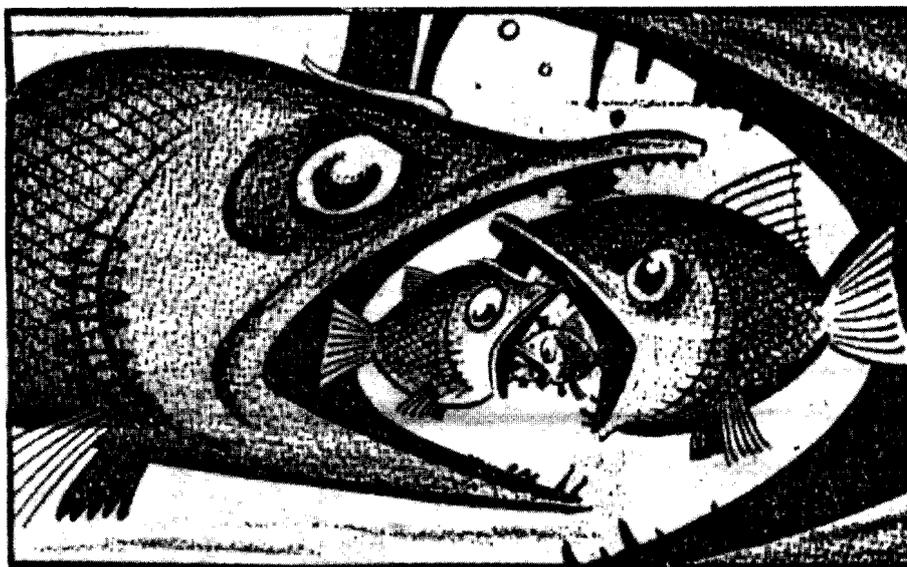
ren kaum auf einen Nenner zu bringen. So kritisierte er auch den zwar antizionistisch ausgerichteten, jedoch weiter kulturalautonomistischen „Bund“.

Was den Antisemitismus betraf, wies Lenin u. a. 1918 über Schallplatten die Rotarmisten an den verschiedenen Fronten auf dessen zutiefst reaktionären Klasseninhalt hin. Er betonte: „Die Zarenpolizei im Bunde mit Gutsbesitzern und Kapitalisten organisierte Judenpogrome. Sie bemühten sich, den Haß der von Not zermürbten Arbeiter und Bauern gegen die Ausbeuter auf Juden abzulenken ... Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter Juden gibt es Arbeiter, Werktätige, sie sind (damals in Osteuropa – F. T.) die Mehrheit. Sie sind unsere Brüder ... Unter Juden gibt es aber, wie unter uns allen, auch Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten. Die Kapitalisten sind darauf aus, Feindschaft zwischen den Arbeitern verschiedener Glaubens, unterschiedlicher Nationen und Rassen zu entfachen ... Schmach und Schande dem, der Feindschaft gegen die Juden, der Haß gegen andere Nationen sät!“ In Deutschland war unterdessen die Novemberrevolution abgewürgt worden. Treffend kennzeichnete der Schriftsteller Plivier die Lage: „Der Kaiser ging, die Generale blieben.“ Antisemitismus griff heftig um sich. Die Masse der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Juden in Deutschland blieb politisch weitgehend passiv. Mit der konservativen „Harzburger Front“ kamen die Nazis an die Macht. Ihre Kombination von rassistischer Ideologie und Eroberungskrieg mündete technologiebegünstigt in Judenmord am laufenden Band, in Auschwitz.

Nach jener grausigen Shoa alles anders in der BRD? Mit Beginn des Kalten Krieges wurde hier unter Oberhoheit der Westmächte das Gros der bisherigen Nazibeamten per Artikel 131 Grundgesetz wieder in Amt und Würden gebracht, bis in höchste Staatspositionen. Hinter den Kulissen konnte Antisemitismus erneut Wurzeln schlagen. Gleich nach der Rückwende von 1990 traten Neonazis aus dem Schatten. Brennend, prügelnd, Fremde tottrampelnd. Die von Rechten durchsetzte Bundeswehr begann im Ausland wieder Krieg zu führen. Das zionistisch-aggressive Israel wird von der BRD finanziell unterstützt, ihm liefert man auch Waffen. Von Israel aus – Juden wie Araber sind Semiten – wird der antisemitische Spieß gegen heimatverteidigende Palästinenser umgekehrt.

Wie die Antizionisten bereits vor über 100 Jahren vorausgesehen hatten, torkelt Israel in selbstmörderische Sackgassen. Von Deutschlands Regierenden wieder befördert, droht alles letztlich in eine weitere Shoa zu münden. Nach den erschreckenden Erfahrungen während der vergangenen fünfzig Jahre bestätigt der jüdisch-britische Denker Eric J. Hobsbawm, was von Rosa Luxemburg und vielen anderen Weitsichtigen zum Zionismus warnend festgestellt worden war: „Unsere eigene Vision von Blut- und Boden-Nationalismus“. Wohin das führt, dürften wir in Deutschland leider am allerbesten wissen.

Fritz Teppich



„The Guardian“, Sydney

Was führte 1943 zur Auflösung der Kommunistischen Internationale?

Rat holen bei Dimitroff

In einer Diskussion mit namhaften Genossen der DKP über die 1965 erfolgte Auflösung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien durch Chruschtschow, in der ich diesen Schritt als eine Maßnahme bezeichnete, um anstelle des marxistisch-leninistischen Prinzips des proletarischen Internationalismus dem von der Tito-Partei propagierten „Nationalkommunismus“ Eingang in die kommunistische Bewegung zu verschaffen, wurde mir entgegnet: „Dann mußt Du diesen Vorwurf erst recht gegen Stalin erheben, denn der hat, ohne jemanden zu fragen, 1943 eigenmächtig die Auflösung der Kommunistischen Internationale angeordnet.“

Diese Sicht hat mit der Wahrheit nichts zu tun und wird mit Hilfe der unlängst veröffentlichten Tagebucheintragungen Georgi Dimitroffs als Legende widerlegt.

Zur Vorgeschichte gehört ein USA-Gesetz, das von Präsident F. D. Roosevelt am 17. Oktober 1940 unterzeichnet wurde. Es verbot Organisationen der USA jegliche internationale Einbindung. Damit drohte der KP wegen ihrer Zugehörigkeit zur Komintern das Verbot. So richtete die Partei eine Anfrage an das EKKI (Exekutivkomitee der Komintern), ob es nicht angebracht sei, dieser Gefahr durch die Lösung der Zugehörigkeit der KP der USA zur KI zu entgehen. Hierzu schrieb Dimitroff am 16. 11. 1940 in sein Tagebuch:

„Ercoli (Togliatti), Marty und Gottwald bei mir wegen der Anfrage der KP Amerikas im Zusammenhang mit deren außerordentlichem Parteitag. Einigten uns auf folgende Antwort: ‚Wenn es unbedingt erforderlich ist, einen Beschluß in der Frage der Zugehörigkeit zu fassen, dann muß ein solcher die Treue der Partei zum Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus gerade in dem Moment unterstreichen, in dem die Partei gezwungen ist, die formellen Beziehungen zur KI zeitweilig abzubauen, um die Möglichkeit zu wahren, legal zu arbeiten.‘“

Fünf Monate später, am 20. April 1941, berichtet Dimitroff über eine Äußerung Stalins im Kreise führender Genossen:

„Es wurde auch auf meine Gesundheit getrunken. Aus diesem Anlaß sagte J. W.: ‚Bei Dimitroff in der Komintern treten Parteien aus. Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, Marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen ... Denn die Situation und die Aufgaben sind in den verschiedenen Ländern völlig unterschiedlich. ... Wenn die kommunistischen Parteien auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation



wiederherstellen. Die Internationale wurde zu Marx' Zeiten in Erwartung der nahenden internationalen Revolution gegründet. Die Komintern wurde unter Lenin geschaffen, ebenfalls in einer solchen Periode. Jetzt rücken nationale Aufgaben für jedes Land in den Vordergrund. Daß jedoch die kommunistischen Parteien als Sektionen einer internationalen Organisation dem Exekutivkomitee der KI unterstehen, ist ein Hindernis. Halten Sie nicht an dem fest, was gestern war. Berücksichtigen Sie konsequent die neu entstandenen Bedingungen. ...“

Zur Beratung dieser Frage setzte sich Dimitroff mit Genossen des EKKI zusammen: Am 21. 4. 1941 vermerkte er: „Habe Ercoli und Maurice (Thorez) mit der Frage konfrontiert, ob das EKKI seine Tätigkeit als führende Instanz für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und den einzelnen kommunistischen Parteien völlige Selbständigkeit gewährt werden solle. ... Beide meinten, diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung.“

Wenig später führte Dimitroff weitere Beratungen über diese Frage durch: „12. 5. 1941: Im ZK (bei Shdanow). Haben über die Komintern gesprochen. 1. Der Beschluß muß prinzipiell begründet sein, da man dem Ausland wie auch unseren sowjetischen Kommunisten gegenüber eine stichhaltige Erklärung für einen solchen Schritt liefern muß. Die Komintern hat eine große Geschichte, und plötzlich hört sie auf, als einheitliches internationales Zentrum zu existieren und zu handeln. In dem Beschluß mußte man im voraus alle möglichen Schläge des Gegners in Betracht ziehen, z. B., daß es sich hierbei angeblich um ein Manöver handle oder die Kommunisten dem Internationalismus und der internationalen proletarischen Revolution abgeschworen hätten. Unsere Argumentation muß so sein, daß sie zu einem Aufschwung bei den kommunistischen Parteien führt und nicht etwa Grabesstimmung und Unsicherheit auslöst. ... 2. Dieser Schritt muß absolut ernsthaft und konsequent sein. Man darf nicht die Kleidung wechseln, alles andere aber beim Alten lassen, d. h., daß das EKKI zwar aufgelöst wird, tatsächlich

jedoch in anderer Form als international leitendes Zentrum weiterbesteht. 3. Sehr wichtig ist die Frage, auf wessen Initiative hin das geschieht: auf eigene Initiative der Leitung oder auf Vorschlag einer Reihe kommunistischer Parteien. Letzteres ist wahrscheinlich besser. 4. Die Sache ist nicht eilig; man sollte sie ... ernsthaft diskutieren und vorbereiten.

... 5. Auf jeden Fall kann die kommunistische Bewegung mit diesem Schritt große Vorteile erreichen: a) Alle Antikominternpakte verlieren ihre Grundlage; b) Der größte Trumpf der Bourgeoisie wird hinfällig: daß nämlich die Kommunisten einem ausländischen Zentrum unterstünden und damit ‚Verräter‘ seien. c) Die KP wird in jedem Land ihre Selbständigkeit stärken und sich in eine wirkliche Volkspartei ihres Landes verwandeln. ...“

Sechs Wochen vor dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion war also, wie man sieht, die Auflösung der KI schon so gut wie beschlossen. Der Beginn des Vaterländischen Krieges gegen das faschistische Deutschland rückte begrifflicher Weise nun ganz andere Fragen in den Vordergrund. Erst nach dem großen Sieg der Roten Armee in der Stalingrader Schlacht, mit dem das faschistische Deutschland endgültig auf den Weg der militärischen Niederlage gezwungen worden war, findet sich in Dimitroffs Tagebuch (am 8. 5. 1943) wieder die erste Eintragung seit dem faschistischen Überfall, die sich mit der Auflösung der KI beschäftigt:

„Nachts mit Manuilski bei Molotow. Haben uns über die Zukunft der Komintern unterhalten. Sind zu dem Schluß gekommen, daß die Komintern als Führungszentrum für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis ... ist. Ein Schriftstück zur Auflösung dieses Zentrums wird erarbeitet.“

Vom 8. bis zum 22. Mai vergeht kaum ein Tag, an dem in Dimitroffs Tagebuch keine Notiz über Beratungen zu dieser Frage verzeichnet ist. Am 11. Mai wurde ein von ihm und Manuilski verfaßter Entwurf einer Erklärung des EKKI-Präsidiums Stalin zur Kenntnis gebracht, der damit einverstanden war. Dieser Entwurf wurde im EKKI-Präsidium mehrfach beraten und am 20. Mai in die endgültige Fassung gebracht. Am 21. Mai stimmte das Politbüro der KPdSU einstimmig zu, am 22. Mai 1943 veröffentlichte die „Prawda“ das Dokument im Wortlaut.

Am 8. Juni hielt Dimitroff in seinem Tagebuch fest: „Habe die letzte Sitzung des Präsidiums des EKKI durchgeführt. 1. Habe festgestellt, daß alle Sektionen den Vorschlag zur Auflösung der Komintern einstimmig begrüßt haben und daß keine einzige Sektion einen Einwand gegen diesen Vorschlag erhoben hat. 2. Haben die Auflösung des Exekutivkomitees der Komintern, seines Präsidiums und des Sekretariats sowie der Internationalen Kontrollkommission erklärt.“

Soweit also die Dokumentation der Notizen Dimitroffs. Sie zerstören gründlich die Legende von der „plötzlichen Auflösung der Kommunistischen Internationale durch einen einsamen Beschluß Stalins“.

Dr. sc. Kurt Gossweiler

Vor 65 Jahren putschten in Spanien die Faschisten

Die Herren Generale ...

Als am 18. Juli 1936 verräterische Generäle und Offiziere ihren Aufstand gegen die Regierung der Spanischen Republik begannen, eilten die Volksmassen den loyalen Einheiten zu Hilfe. Mit wenigen Waffen, teils mit Knüppeln, Äxten, Sensen und bloßen Händen schlugen sie in Madrid, Barcelona und an vielen anderen Orten die Revolte nieder. Aber ... gestern wie heute: Hinter dem Faschismus steht das Finanzkapital. Und hinter den Generälen um Francisco Franco y Bahamonde stand der deutsche Imperialismus in vorderster Reihe, um der für Grundbesitzer, Kirche und Großbourgeoisie angetretenen finstersten Reaktion zum Sieg zu verhelfen. Das aber begann lange vor dem Einsatz der berühmten „Legion Condor“ mit ihren Mordpiloten. Wenn die Bundeswehr so manchen von denen verherrlicht – nun, warum auch nicht? Schließlich sind „die Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen und der Schutz der Verkehrswege“ ganz offiziell der „verteidigungspolitische Auftrag“ der heutigen BRD-Streitkräfte – und nach den Erzen Andalusiens und der Extremadura, den Kohlegruben Asturiens, den Werften und Stahlwerke des Baskenlandes, den Mittelmeer- und Atlantikhäfen und den Seewegen gierte das deutsche Kapital schon zu Zeiten von Reichswehr und Wehrmacht. Hinzu kam in den Jahren 1931–1936 der große Aufschwung des Freiheitskampfes der Völker Spaniens, der in der damals jungen Republik – sie hatte am 14. April ihren 70. Geburtstag – den Boden bereitete für revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen. Die verhaßte Volksfront zu ersticken war ein zweites Hauptinteresse der deutschen Faschisten, das, wie die Blockade durch die „demokratischen“ Nichteinmischungs-Verfechter des Westens zeigen sollte, alle imperialistischen Mächte in schändlicher Weise teilten. Und Franco? Seit 1924 Kommandeur der Fremdenlegion, unterhielt er ebenso wie der Falange-Boß Primo de Rivera und andere Mitverschwörer schon zu Weimarer Zeiten enge Kontakte zum Spionageapparat der Reichswehr, wo er als deren Agent galt. Dieser Dienst – nach der Machtübergabe an die Hitlerfaschisten in OKW-Amt Ausland/Abwehr umbenannt – wurde von dem in der BRD gern als „Widerstandskämpfer“ glorifizierten Diversions- und Terrorspezialisten Admiral Wilhelm Canaris geleitet. Aus seinem Marinedienst im iberischen Raum mit Sachkunde und Kontakten sehr gut ausgestattet, befaßte er sich persönlich intensiv mit der Entwicklung in Spanien und deren operativer Beeinflussung im Sinne des deutschen Imperialismus. Entscheidende Vorbereitungshandlungen zum Putsch wurden durch ein von ihm direkt geleitetes Netz deutscher „Abwehr“-Agenten in den spanischen Afrikakolonien unternommen. Dort hatten Franco und einige seiner Komplizen Kommandos über ihnen absolut ergebene spanisch-marokkanische und Legionärseinheiten. Sie lösten am 18. Juli 1936 den Aufstand aus. In Spanien selbst spionierten Agenten der „Abwehr“ des Admirals Canaris Militärflugplätze, Munitionsdepots, republiktreue Garnisonen und andere Militärprojekte aus und versorgten die Feinde der

Republik mit diesen Informationen. Noch drei Tage vor dem Putsch wurde der Spion Eberhard Funk mit entsprechendem Material in Madrid verhaftet.

Doch es gab keine wirksame Unterbindung solcher Vorbereitungen, weil führende Kräfte der Republik in teils feigem, teils ungläubigem Zaudern verharren. Schon im Juni hatte sich indessen Canaris in Rom mit dem Chef des militärischen Geheimdienstes Mussolinis, Oberst Roata, getroffen, um die Hilfeleistungen für den kommenden Putsch zu vereinbaren. Ein Ergebnis war die Gründung der „Hispano-Marocqui des Transportes Ltda.“ mit 20 deutschen Transportflugzeugen vom Typ JU 52, die am „Tag X“ die Truppen Francos von Nordafrika nach Spanien zu verlegen hatten ...

Aber nach einer Woche vermochten die Putschisten das Land nicht unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie wurden von gemeinsam mit den loyalen Einheiten der Republik kämpfenden Volksmilizen zunehmend zurückgedrängt. Diese Lage veranlaßte die deutschen und italienischen Faschisten, offen und massiv zu intervenieren. Nach Vortrag von Canaris erteilte Hitler am 25. Juli den Befehl zur Auslösung von „Zauberfeuer“ – jener Operation, die Franco in großer Zahl Kriegflugzeuge samt deutschen Piloten und Panzer, modernste Kampftechnik und damit eine materielle Überlegenheit gegenüber den heldenhaften Verteidigern der Republik verschaffte. Dennoch brauchten die Faschisten fast drei blutige Kriegsjahre sowie den Verrat der Rechtssozialisten und einer Anarchistenclique in Madrid, um die abgeschnittene, nur von der Sowjetunion und Mexico unterstützte Republik zu zerschlagen.

Und wie bezahlte Franco seine Rechnung? Der Kriegseintritt oder die Besetzung des britischen Gibraltar, die damit gleichbedeutend gewesen wäre, wurde zwar in Verhand-

lungen mit Canaris wiederholt erwogen und operativ bereits geplant, jedoch schließlich wegen der weitreichenden strategischen Konsequenzen verworfen. So kam eine spanische „Blaue Division“ unter General Munoz Grandes nach Osten zum Frieren und Sterben im Feuer der Roten Armee ... Als aber 1945 der deutsche Faschismus geschlagen war, blieben nicht nur Tausende Abwehr-, Gestapo-, SD- und SS-Spezialisten, die aufgrund einer Abmachung mit Himmler Francos Terrorapparat aufgebaut hatten, sicher im sonnigen Lande. Auch noch manch flüchtiger Nazischerge konnte sich zu ihnen gesellen, einige bis heute in weißer Villa am Meer die Rente verzehrend ...

So bleibt zu diesem Putsch vor 65 Jahren nur noch anzumerken: Ähnlichkeiten mit lebenden Personen wie Genscher, Kinkel, Fischer und anderen sowie solchen „Vorgängen“ wie der Zerstückelung Jugoslawiens über die Bombardierung Belgrads bis zur Verschleppung von Slobodan Milosevic sind nicht zufällig, sondern beabsichtigt. Ebenfalls nicht zufällig war die Auswahl und Ausbildung von Felipe Gonzales – dem „großen Demokratisierer“ nach Francos Tod – durch die von früheren Agenten des Ost-Büros der SPD wie Grezkowiak geleitete Friedrich-Ebert-Stiftung in Münstereifel. Und von solcher NATO-Regie gewollt, war die Konspiration des spanischen „Sozialistenführers“ und seiner PSOE-Spitze mit den Putschisten von 1981; jenen francistischen Offizieren, denen die „Demokratisierung“ außer Kontrolle zu geraten schien. Sie hatten Gonzales schon Rang 2 auf ihrer Kabinettsliste reserviert. Ihr Scheitern brachte ihm dann bei den folgenden Parlamentswahlen sogar Rang 1, den des Premiers. Als der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, konnte er gehen.

Werner Hoppe



Die Geschichte ist klar – der Dieb hält den Beweis seines Verbrechens ja in der Hand!

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Erster Bericht unseres Beijinger Korrespondenten Prof. Dr. Eike Kopf

Als Marx-Engels-Forscher in China

Nach drei Jahren Unterbrechung traf ich am 10. Juni d. J. wieder in der chinesischen Hauptstadt Beijing ein, um am hiesigen Institut für die Sammlung, Übersetzung und Herausgabe der Werke von Marx und Engels zu helfen. In China gibt es bereits eine 55 Bände umfassende derartige Ausgabe. Sie stellt eine Übersetzung der 2. russischen Werkausgabe und damit die Übersetzung einer anderen Übersetzung dar. Welchen Wert die Kommunistische Partei Chinas dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels beimißt, zeigt sich u. a. darin, daß sie es jahrelang und kostenaufwendig einer ganzen Institutsabteilung ermöglicht, eine 2. chinesische Ausgabe auf der Grundlage der seit 1975 erscheinenden und nun auf 117 Bände berechneten akademischen, historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zu bearbeiten. Acht Bände dieser neuen Ausgabe sind bereits erschienen, zwei sollen noch in diesem Jahr folgen. Nun wird also das schriftliche Erbe aus den originalen Sprachen (vor allem deutsch, englisch, französisch u. a.) direkt ins Chinesische übersetzt. Solch eine weltliterarisch bedeutsame Arbeit wird z. Z. in keinem zweiten Land der Erde geleistet! Das Festhalten an der Auswertung der Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin gehört zu den wichtigsten Grundprinzipien der politischen Führung dieses 1,24-Milliarden-Volkes und seiner nun 64 Millionen Mitglieder zählenden Kommunistischen Partei.

Betritt man die reichhaltige Forschungsbibliothek „meines“ Instituts, so fällt der Blick zuerst auf einen mit Blumen geschmückten Schrank. Ein goldenes Schild weist darauf hin, daß es sich bei dem Inhalt um ein Geschenk handelt, das der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, 1959 der KPCh gemacht hat. Im Schrank befinden sich grundlegende Werke von Marx und Engels sowie Schriften weiterer Vertreter der deutschen Arbeiterbewe-

gung, soweit sie bis zu jenem Jahre in der DDR erschienen waren. (Zur Erinnerung: Die Herausgabe der inzwischen weltweit bekannten blauen Bände der Werke von Marx und Engels war 1956 begonnen worden.)

Auf der Fahrt vom Flughafen mit seinem neuen Empfangsgebäude in die 12 Millionen Einwohner beherbergende Metropole erkannte ich viele Gegenden und ganze Stadtviertel nicht wieder. Wieviel hat sich im positiven Sinne sichtbar verändert! Auch „mein“ Viertel, in dem ich zuvor schon ein Jahr lang unter den Einheimischen gelebt hatte, ist jetzt fast vollständig einem neuen, großzügig und komplex geplanten und angelegten Wohngebiet „zum Opfer gefallen“. In der Zeit zwischen 1978 und heute ist es unter der politischen Führung der KP gelungen, daß sich das in China lebende Viertel der Erdbevölkerung, dem jedoch zu seiner Ernährung nur 7 % der Ackerfläche der Welt zur Verfügung steht, aus eigener Kraft beköstigen und kleiden kann. Nun geht es darum, auch ausreichend gesunden Wohnraum zu schaffen.

Seit der Niederlage des Sozialismus in Europa und Nordasien hat das europäische und insbesondere das deutsche Kapital seinen dritten großen Vormarsch gen Osten seit Anbruch des 20. Jahrhunderts begonnen. Dieser wurde auch unter der derzeitigen Berliner Regierungskoalition nicht verlangsamt – im Gegenteil. Gravierende Osterweiterungen von NATO und EU stehen bevor, die Bundeswehr kämpft bereits auf dem Balkan und wird strategisch zu einer Interventionsarmee modernisiert. Gleichzeitig meint die USA-Administration im deutlichen Unterschied zur Zeit der Existenz des Warschauer Vertrages, daß sie das politische Leben global bestimmen könne – als einzige verbliebene „Supermacht“.

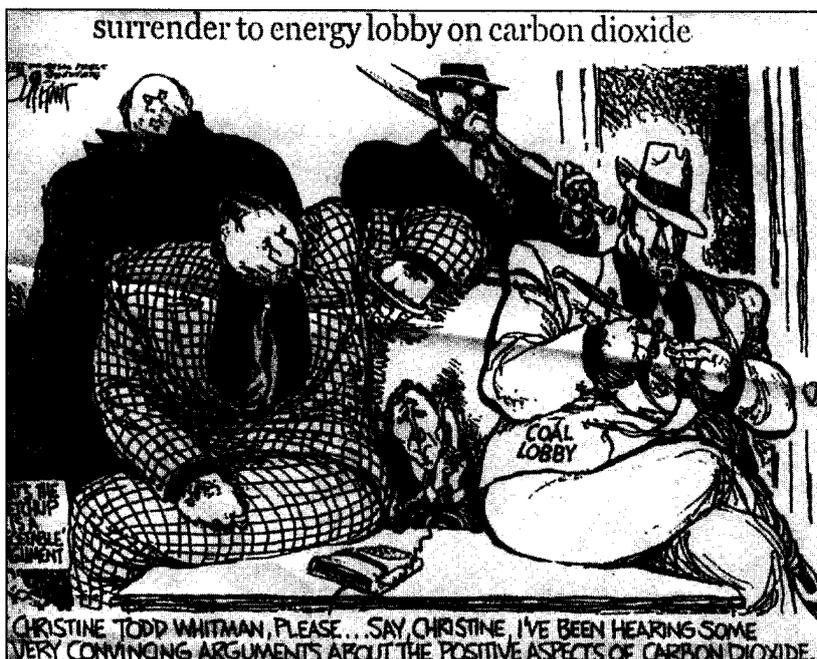
Angesichts dieser Entwicklung halte ich die außenpolitische Aktivität Beijings für bemerkenswert. Im April 1996 hatte der Staats-

chef Chinas und Vorsitzende der KPCh, Jiang Zemin, die Präsidenten jener Länder nach Schanghai (also klugerweise nicht in die Hauptstadt) eingeladen, die als Republiken der UdSSR mit der VR China eine gemeinsame Grenze hatten. Er schlug damals vor, alles dafür zu tun, daß es an dieser Grenze nicht wieder zu in mehrfacher Hinsicht verlustreichen Konflikten kommt, den Grenzverlauf gemeinsam zu dokumentieren und die militärischen Aufwendungen in dieser sensiblen Region deutlich zu verringern. Die chinesische Initiative wurde allseits begrüßt. Jedes Jahr veranstaltete man in einem anderen Teilnehmerland ein Gipfeltreffen, das mit der Unterzeichnung gemeinsamer Abkommen beendet werden konnte. Diese betrafen außer der schrittweisen Vereinbarung des Grenzverlaufs zum Beispiel auch die gemeinsame Erkundung, Förderung und Nutzung von Rohstoffen, vor allem Energieträgern.

Vom 12. bis 17. Juni 2001 fand – wiederum in Schanghai – das 6. Gipfeltreffen der von ihren Außen- und Verteidigungsministern begleiteten Präsidenten Rußlands, Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Chinas statt. Die Teilnehmer entsprachen einer Bitte des Präsidenten Usbekistans, sein Land unter Anerkennung aller bisher gefaßten Beschlüsse als gleichberechtigtes Mitglied in die Staatengruppe aufzunehmen. Dann beschlossen sie in einer Erklärung, die „Organisation der Schanghai-Kooperation“ zu gründen, deren zweites Gipfeltreffen 2002 in Rußland stattfinden wird. Schließlich nahmen sie eine Konvention zur Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus an, wofür die Zentrale auf Vorschlag Jiang Zemin in Bishkek, der Hauptstadt Kirgistans, eingerichtet werden soll. Durch regelmäßige Konsultationen zwischen den Gipfeltreffen sollen weitere anstehende Probleme friedlich gelöst werden. Daß es während des jüngsten Gipfels wiederum zu nützlichen bilateralen Treffen gekommen ist, versteht sich von selbst.

Es handelt sich nun um fünf Länder, die mit China eine 7 000 Kilometer lange gemeinsame Grenze haben. Sie entwickeln einen neuen Typ kooperativer Beziehungen. Die jetzt geschaffene regionale Körperschaft will Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Beziehungen fördern. Die (bis jetzt) 6 Teilnehmerländer umfassen 30 Millionen km² und damit über 60 % der Fläche der Kontinente Asien und Europa. In ihnen leben 1,5 Milliarden Menschen.

Am 19. Juni 2001 telefonierten die Präsidenten Chinas und Rußlands miteinander, wobei W. Putin über sein Treffen mit dem USA-Präsidenten in Ljubljana informierte und sich nochmals für die Gastfreundschaft während des Schanghaier Gipfels bedankte. Jiang Zemin wird im Juli zu einem Staatsbesuch nach Moskau reisen und dort ein gemeinsames Abkommen über gutnachbarliche Freundschaft unterzeichnen.



Warum US-Präsident George W. Bush den Klimagipfel von Kyoto ignorierte ... „Ich höre ein paar sehr überzeugende Argumente über positive Aspekte von Kohlendioxid.“ Aus: „Guardian Weekly“

E.Kopf
埃柯普夫

Wir berichten vom Kampf türkischer Kommunisten

SIP und KP: Den Bann brechen

Am 13. Mai 2001 fand in Ankara unter zeitweiliger Teilnahme tausender Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der 5. Kongreß der Partei für Sozialistische Macht (SIP) statt. Die UZ berichtete darüber. Nach gründlicher Durchsicht der Dokumente des Parteitag, der Aydemir Güler als Vorsitzenden und Kemal Okayan als Generalsekretär wiederwählte, wollen wir die Leser des RF über wichtige Ergebnisse dieser Beratung standhafter türkischer Kommunisten informieren. Immerhin gehört die SIP zu jenen Parteien der kommunistischen Weltbewegung, die in den letzten Jahren deutlich an Einfluß gewonnen und ihr marxistisch-leninistisches Profil weiter geschärft haben. Am 5. Kongreß nahmen neben einem Vertreter der kubanischen Botschaft Abgesandte der KP Griechenlands, der AKEL (Zypern), der Coordination des Militants Communistes in der FKP, der KP Böhmens und Mährens, der DKP (UZ-Redakteur Manfred Idler) und der Volksfront für die Befreiung Palästinas teil. Weitere Parteien sandten Grußbotschaften. Generalsekretär Kemal Okayan, der die Notwendigkeit der Politisierung der türkischen Arbeiterklasse hervorhob, stellte in seiner Rede fest, die SIP habe „eine Phase ihrer Entwicklung abgeschlossen“. Diese Periode sei zunächst mit wenigen Kadern bewältigt worden; jetzt gehe es darum, sich an weite Sektoren der Gesellschaft zu wenden, um sie zu organisieren und für den Kampf zu mobilisieren. In ihren Parteitagsdokumenten bekennt sich die SIP eindeutig zum wissenschaftlichen Sozialismus und zum Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesell-



schaft in der Türkei. Sie wendet sich gegen die religiöse Reaktion. Das bestehende Gesellschaftssystem nähre und reproduziere ständig fundamentalistische Auffassungen. Die Partei für Sozialistische Macht setzt der bürgerlichen Ideologie ihre revolutionären Positionen entgegen. Vielerorts unterhält sie Kulturhäuser, um zur Aufklärung der Werktätigen beizutragen. Zugleich hat sie etwa 30 „Arbeiterschulen“ in mehr als 20 Städten des Landes eingerichtet, um Kämpfer der Arbeiterklasse und Gewerkschaftsführer mit Kenntnissen zu historischen und aktuellen Problemen auszurüsten. Die offizielle Gewerkschaftsbürokratie habe die Arbeiterklasse unorganisiert gelassen und predige die Klassenharmonie. Derzeit gehörten von einem 70-Millionen-Volk nur 1,5 bis 2 Millionen Arbeitende den Gewerkschaften an, erklärte Kemal Okayan.

Unter äußerst komplizierten und gefährlichen Bedingungen entfaltet die SIP den Kampf für die Verteidigung des Namens „Kommunist“ in der Türkei, der durch ein Gesetz für politische Parteien verboten ist.

Am 19. Juli 2000 sind die Genossen in die Offensive gegangen. An jenem Tag wurde die Kommunistische Partei durch 30 SIP-Mitglieder, die zu diesem Zweck aus ihrer bisherigen Partei ausgeschieden waren, offiziell gegründet. Einige Monate später wurde der Name der SIP-Wochenzeitung „Sozialistische Macht“ in „Kommunist“ geändert, um auch auf diese Weise den gegen das Wort gerichteten Bann zu durchbrechen. Natürlich setzt das türkische Innenministerium seine Bemühungen fort, die alte Situation wiederherzustellen. An die „Frevler“ wurde inzwischen eine entsprechende „Warnung“ gerichtet, die mit Drohungen verbunden war. KP und SIP erklärten daraufhin, sie würden den Namen nicht ändern.

Ein anderes wichtiges Aktionsfeld war die Unterschriftenkampagne der SIP für die Wiedereinbürgerung des größten türkischen Dichters, des Kommunisten Nazim Hikmet, die im Juni 2000 begonnen und nach Sammlung von 500 000 Unterschriften im November abgeschlossen wurde.

KP und SIP stehen in vorderster Front für die Verteidigung und den Schutz der politischen Gefangenen in der Türkei. Deren Leben ist aufs äußerste gefährdet. Allein im Dezember 2000 wurden 21 Revolutionäre in 20 Gefängnissen binnen dreier Tage ermordet. Hungerstreiks bis zum Tode haben die demokratische Weltöffentlichkeit alarmiert. Jetzt richtet sich der Widerstand der türkischen Kommunisten gegen ein neues Modell der Schaffung von kleinen Haftzellen, mit dem das Zusammenwirken der politischen Gefangenen erschwert und deren Terrorisierung

durch die Wächter erleichtert werden soll.

Zu einem Höhepunkt des Kampfes von KP und SIP wurde der 1. Mai 2001. Zum ersten Mal wurden bei den Demonstrationen tausende Plakate mit der Bezeichnung „Kommunistische Partei“ durch die Straßen der Städte getragen. „Die KP ist die Ehre des Landes“, stand auf einigen.

Die türkischen Kommunisten brauchen in dieser schweren und kampferfüllten Zeit die Solidarität und Unterstützung ihrer Weggefährten in aller Welt. Wir deutschen Kommunisten und Sozialisten bringen ihrem Mut, ihrer Treue zur Sache und ihrer Opferbereitschaft Bewunderung entgegen.

Der Bann muß gebrochen werden!

Es lebe die Kommunistische Partei in der Türkei! S. R.



Kämpferinnen der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC)
(Siehe Artikel auf Seite 20)

Urlaub in Kolumbien (1)

„Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Armee des Volkes (FARC-EP) wenden die grundsätzlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf die kolumbianische Realität an...“ (aus dem Artikel 2 des Statutes der FARC-EP)

Zunächst ein Wort zur politisch-militärischen Lage: Nach 37 Jahren Kampf kontrollieren die FARC-EP heute 450 der 1075 Landkreise Kolumbiens. In weiten Gebieten dominiert eine zweite Guerillaorganisation, die ELN. Real beherrscht die Regierung in Bogotá etwa ein Drittel des Staatsgebietes. Als „dritte Kraft“ haben sich die Paramilitärs etabliert. Diese kolumbianischen Ableger des Neofaschismus werden von Drogenbaronen und Großgrundbesitzern finanziert. Die Armee unterstützt bzw. toleriert sie.

Seit zwei Jahren stehen Regierung und FARC-EP in direkten Friedensverhandlungen. Dazu wurde eine entmilitarisierte Zone geschaffen, flächenmäßig etwa so groß wie die Schweiz. In den anderen Teilen des Landes gehen die Kampfhandlungen weiter. Die USA-Administration versucht die Lage in ihrem Sinne in den Griff zu bekommen. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenanbaus stieg die Militärhilfe für Kolumbien von 65 Mill. US-Dollar (1996) auf 1,7 Mrd. US-Dollar (2000). Bei den europäischen Regierungen wirbt Washington für seinen „Plan Colombia“. Der Krieg in Kolumbien hat einen Charakter internationaler Dimension angenommen, der sich jeden Tag verstärkt.

Hier ist mein Erlebnisbericht: Unterwegs im FARC-Land. Die Fahrt wird mehrere Stunden dauern. Auf der Strecke immer wieder Losungen wie: „No plan Colombia!“ oder „Die USA liefern die Waffen, die Kolumbianer die Toten!“

Aber auch solche: „Wasser bedeutet Leben, companeros haltet die Gewässer sauber!“ Unsere Fahrt endet in einem Guerillacamp. Mein „Urlaubsort“ für längere Zeit. Der Wachhabende Julio empfängt mich. Zeigt mir meine Unterkunft. Eine caleta. Eine Liegefläche, zwei mal ein Meter, bestehend aus 4 Brettern, die sich ungefähr 40 cm über den Boden des tropischen Regenwaldes erhebt. Eine Decke und ein Moskitonetz. Darüber ein Folienzelt. Ich stelle erst einmal meinen Rucksack ab. Julio macht mit mir einen Lagerdurchgang. Wir schreiten alle wichtigen Örtlichkeiten ab. Küche, Speisesaal, den Versammlungsraum kurz „die Aula“ genannt. „Räume“ sind nach allen Seiten offen. Nur oben befindet sich das obligatorische Zelt. Waschen, sich selbst und seine Wäsche, wird am Fluß erledigt. Toiletten sind ungefähr 200 m vom Lager entfernt. Die Einheit hält eigene Schweine und Hühner. Reis, Bohnen, Kartoffeln, Yuka werden geliefert. Fische im Fluss gefangen. Schützen- und Verbindungsgräben durchziehen das Lager im Dschungel. Mir fällt auf, verglichen mit der Anzahl der „caletas“, daß nur wenige Guerilleros im Lager sind. Auf Wache oder auf einer „Mission“, antwortet Julio auf meine diesbezügliche Frage. Mission ist die Umschreibung für alle Aktivitäten außerhalb des Camps. Beim Abendessen lerne ich weitere Guerilleros kennen. Sie tragen Gefechtsausrüstung und haben ihre Handfeuer-

waffen am Mann. Sie leben in permanenter Gefechtsbereitschaft. Auch bei „nichtmilitärischen Tätigkeiten“ haben sie ihre Waffen immer in Griffweite. Sie sind höflich und aufmerksam zu mir, wissen aber noch nicht wo sie mich hinstecken sollen. Später erfahre ich, dass schon öfter Ausländer im Lager waren. Journalisten, Vertreter diverser bürgerlicher Organisationen und natürlich auch Unterstützer und Sympathisanten der FARC-EP auf aller Welt. Ich bin noch nicht vorgestellt worden. Sie wissen also nicht, ob ich zu den senores oder companeros gehöre.

Ich lasse mir eine Kalaschnikow geben, nehme sie auseinander und setze sie wieder zusammen. Die Genossen erklären mir die beiden anderen Modelle. Das israelische Gail und das amerikanische AR, Beutewaffen von der kolumbianischen Armee.

Meine Fragen scheinen sie zu nerven. Aber irgendwie wird ihnen klar, daß ich zu den companeros gehöre. Eine Genossin gibt mir das Statut. Ich soll erst mal lesen. Das Statut ist ein Grundsatzdokument der FARC-EP und regelt alle Fragen in bezug auf das Selbstverständnis der Organisation und ihrer Normen. Ich studiere es. Mich interessieren vor allem strukturelle Fragen. Also: Die Basiseinheit ist die Escuadra (Gruppe). Sie besteht aus 12 Mann. Zwei Escuadras bilden eine Guerilla (Zug) mit 26 Mann. Zwei Guerillas wiederum bilden die compania (Kompanie) mit 54 Mann. Und zwei companias eine columna (Bataillon) mit 110 Mann. Die nächsthöhere Form ist die Frente (Front), sie muss mindestens zwei columnas haben. Mindestens 5 Frentes oder mehr bilden einen Bloque (Block). Diese unterstehen dem Oberkommando und seinem Sekretariat. Meine bisherigen Beobachtungen sagen mir, daß ich mich im Lager einer Kompanie befinde. Die Kämpfer der FARC verstehen sich als Berufsrevolutionäre und sind Mitglied der Organisation ein Leben lang. Sie erhalten keinen Wehrosold. Es gibt keine militärischen Dienstgrade, nur Dienststellungsbezeichnungen (z.B. Gruppenführer, Zugführer). Die Stärke der FARC wird auf 20-30 000 Mitglieder geschätzt.

Nachtruhe. Es ist 20 Uhr. Bin aber nicht unzufrieden damit. Die zurückliegenden Tage waren etwas anstrengend. 4.30 Uhr ist Wecken. 5.00 Uhr beginnt der Frühsport, eine Stunde lang, amerikanische Gymnastik, eine Mischung aus Sport und Exerzierausbildung. Für Außenstehende bestimmt sehr eindrucksvoll. 6.00 Uhr ist Frühstück. Die Kämpfer bekommen unter Lagerbedingungen 3x täglich ein warmes Essen. Früh, Mittag und am Abend Reis, Bohnen, Linsen, Fleisch. Ich bekomme ein reichhaltig gefülltes Kochgeschirr. Nur nicht auffallen, alles aufessen. Nach Messer und Gabel frage ich nicht, alle essen mit dem Löffel. Die Küchenkräfte wechseln täglich. Jeder kommt mal dran, auch die Gruppen- und Zugführer.

Morgenappell. Aufgabenverteilung für den Tag. Heute ist Arbeitsdienst angesagt. Instandhaltungsarbeiten, weiterer Ausbau der Schützen- und Verbindungsgräben. Vorher aber in der Aula Politinformation. Immer zwei Kämpfer bereiten sich vor. Die anderen ergänzen. Keiner weiß so richtig mit mir was

anzufangen. Ich gliedere mich selbständig in eine Arbeitsgruppe ein. Arbeit verbindet. Es spricht sich auch in den anderen Arbeitsgruppen rum. Zum Mittagessen bin ich schon bei allen „compa“.

Das Gros der Einheit trifft im Lager ein. Die Kämpfer der Kompanie sind im Alter von 17-25 Jahren. Der Kompaniechef weiß auch nichts Rechtes mit mir anzufangen. Der Zufall kommt mir zu Hilfe. In der Einheit ist seit längerer Zeit ein ausländischer Mitkämpfer. Er spricht sehr gut deutsch. Ich werde ihn im weiteren „Dolmetscher“ nennen. Jetzt geht vieles leichter. Die Einheit ist aus der gewöhnlichen Befehlsstruktur herausgelöst und steht zur besonderen Verfügung eines „comandante“, der zu den ständigen Sekretariatsmitgliedern gehört. Der Kompaniechef ist nicht zu beneiden. Die Aufgaben kommen in der Regel sehr kurzfristig, was sich auf die Planung des Dienstes und der Ausbildung der Kompanie auswirkt. Ohne den „comandante“ läuft hier nichts.

Die FARC-EP befindet sich in einem Transformationsprozess vom Guerillaheer zu einer regulären Armee. Ich kann hier wirksam werden. Was ich beibringen will ist notwendig und für die meisten Genossen neu.

Meine Vorschläge bezüglich der Ausbildung der Einheit finden beim „comandante“ offene Ohren. Er erteilt mir einen Auftrag. Mit „Dolmetscher“ bereite ich die Ausbildung vor. Mein Spanisch ist nicht perfekt und besonders beim Einführungsvortrag bin ich voll auf ihn angewiesen. „Dolmetscher“ selbst ist begeistert und mir eine große Hilfe. Eine Weile passiert gar nichts. Der „comandante“ scheint mich vergessen zu haben. Vorgesetzte lieben Papier. Ich entwerfe einen Ausbildungsplan, auf spanisch. Berücksichtige das Dienstregime der Einheit. Am Abend lege ich dem „comandante“ den Plan vor. Er bemängelt die geringe Ausbildungszeit für die Gruppen. Ich erkläre ihm, daß es bei der jetzigen Dienstorganisation nicht anders geht. Er versteht. Also, pro Gruppe zwei Tage je Ausbildungskomplex. Das Dienstregime wird verändert. Das ist mehr als ich zu hoffen wagte.

Es beginnt der effizienteste Teil meines Hiereins. Einführungsvortrag in der Aula. Viele Genossen schreiben nicht mit, zeichnen aber eifrig das Tafelbild ab. Mitschreiben ist ein Problem, viele haben erst mit 16 Jahren (Eintrittsalter bei den FARC) schreiben und lesen gelernt. „Also, ! Hört erst zu, dann stellt eure Fragen und die letzten 15 Minuten könnt ihr das Tafelbild abzeichnen.“ Bei den anderen Gruppen werde ich es auch so machen. Das Tafelbild bereitet mir keine Sorgen. Noch am gleichen Tag wird es von den anderen Angehörigen der Kompanie in der Freizeit abgezeichnet.

Praktisches Training im Gelände. Einmal erklären, zweimal vormachen, hundertmal trainieren. Mein alter Grundsatz kommt voll zur Anwendung. Leistungswille und -bereitschaft der Genossen sind hoch. Das physische Leistungsvermögen ist enorm. Zwischen Männern und Frauen gibt es keine Unterschiede. Jede Armee der Welt würde sie nehmen, die meisten ließen aber die Finger davon – wegen ihrer kommunistischen Weltanschauung.

„Compa“

Am Rande bemerkt

■ **Stephan Hermlin** antwortete am 17. August 1961 auf eine Anfrage der Westberliner Schriftsteller Wolf Dietrich Schnurre und Günter Grass vom 16. August:

„Das Unrecht vom 13. August? Von welchem Unrecht sprechen Sie? Wenn ich Ihre Zeitungen lese und Ihre Sender höre, könnte man glauben, es sei vor vier Tagen eine große Stadt durch eine Gewalttat in zwei Teile auseinandergefallen. Da ich aber ein ziemlich gutes Gedächtnis habe und seit vierzehn Jahren wieder in dieser Stadt lebe, erinnere ich mich, seit Mitte 1948 in einer gespaltenen Stadt gelebt zu haben, einer Stadt mit zwei Währungen, zwei Bürgermeistern, zwei Stadtverwaltungen, zweierlei Art von Polizei, zwei Gesellschaftssystemen, in einer Stadt, beherrscht von zwei einander diametral entgegengesetzten Konzeptionen des Lebens. Die Spaltung Berlins begann Mitte 1948 mit der bekannten Währungsreform. Was am 13. August erfolgte, war ein logischer Schritt in einer Entwicklung, die nicht von dieser Seite der Stadt eingeleitet wurde. ...

Ich erinnere mich noch sehr genau an das ekelerregende Schauspiel einer sogenannten nationalen Erhebung, das ich am 30. Januar 1933 als ganz junger Mensch am Brandenburger Tor erlebte. Zehntausende von Hysterikern teilten einander damals tränenüberströmt mit, Deutschland sei endlich von der Knechtschaft erlöst. Hätten damals am Brandenburger Tor rote Panzer gestanden, wäre der Marsch nach dem Osten nie angetreten worden und brauchten keine Eichmann-Prozesse stattzufinden ...“

Antwort von **Bruno Apitz** an Schnurre und Grass:

„Sie behaupten, daß es bei uns Schriftsteller gibt, die mit den Ereignissen des 13. August 1961 nicht einverstanden sind und die man deswegen nicht zu Wort kommen läßt. Ich weiß nicht, welche Schriftsteller Sie meinen, vielleicht sagen Sie es mir? – Sicher aber dient die Behauptung dem Vorwurf, daß bei uns das freie Wort, die Freiheit der Persönlichkeit und des Gewissens unterdrückt werden. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo Schriftsteller gegen Globke und Schröder [CDU-Politiker, WM] und gegen den autoritären Klerikalismus schreiben können, ohne mit dem Verfassungsschutz in Konflikt zu geraten. Diese Freiheit ist Ihnen Beweis gegen die kommunistische Diktatur und Unterdrückung. Habe ich Sie recht verstanden? Sicher haben Sie Ihre Behauptung nicht bis zu Ende durchgedacht, sonst würden Sie auf einen Widerspruch stoßen, der Sie zwingen müßte zu erkennen, daß man in der Bundesrepublik die von Ihnen erwähnte Freiheit

ungestraft nur bis zu einer gewissen Grenze genießen kann. Wer diese Grenze überschreitet, wird verfolgt, verboten und eingesperrt. ...

Bevor Sie mit mir über das „Unrecht“ des 13. August sprechen, möchte ich Ihnen den Rat geben, über die historischen Ursachen nachzudenken, die zu den Maßnahmen meiner Regierung an diesem Tage geführt haben. Vielleicht – wenn Sie sich Mühe geben, auch hier bis zu Ende zu denken – werden Sie sich veranlaßt sehen, Ihr festumrissenes Weltbild doch ein wenig zu korrigieren.“

Und **Paul Dessau** schrieb:

„Wir wollen Frieden auf lange Dauer! Nieder mit Strauß! Nieder mit Adenauer!“ Diese Worte setzten die Hamburger Arbeiter auf ihr Panier, als sie im April 1958 demonstrierend durch ihre Stadt zogen. Die tatsächliche Beherzigung dieser Worte würde unser Hauptproblem lösen; wir wären dem Frieden um einen Riesenschritt näher.

Ein großer Teil der westdeutschen Bevölkerung aber akzeptiert lethargisch, wie das grauenvolle, verdammenswerte Erbe des Dummkopfs und des Schlächters wuchert – von Ministern und Generalen geschürt –, wie der Faschismus, durch den Millionen und aber Millionen Menschen umgekommen sind, vor den Türen unseres Staates wiederersteht. Wer wundert sich noch, wenn die Menschen unserer Republik einen dicken Trennungstrich ziehen zwischen faschistischer Unnatur und sozialistischem Aufbau! Die Tatsachen von heute sind die Folgen eures Versagens von gestern, Landsleute im Westen! Ilja Ehrenburg sagt: ‚Man muß das Feuer löschen, ehe das Haus zerstört ist.‘ Ihr drüben wißt nicht einmal, daß euer Haus brennt. Von Löschen kann gar keine Rede sein.

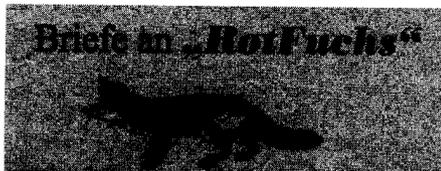
Wie viele von euch haben geduldet, daß die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, verboten wurde, faschistische Jugendorganisationen aber erlaubt wurden; ihr habt die Wehrpflicht geduldet und den Ruf nach Atombomben; die vielen Nazis, die bei euch in hohen Ämtern sitzen, habt ihr geduldet; die Soldatenverbände laßt ihr wieder aufleben, und man singt bei euch: ‚Deutschland, Deutschland über alles‘. Das alles habt ihr geduldet und duldet es noch. ...“

Alle Zitate sind entnommen dem Taschenbuch „Die Mauer oder Der 13. August“, Rowohlt-Verlag, Reinbek 1961. Ergänzend sei hingewiesen auf das antikommunistische Machwerk „Stacheldraht“ von Matthias Walden (1961, 60 Min.) und vier nach wie vor sehenswerte Filme des Fernsehens der DDR: „Schaut auf diese Stadt!“ (1962, 75 Min.) von Gass/Schnitzler; „Drei Jahre danach“ (1964, 30 Min.) von Lufer/Bleiweiß; „13. August 1961“ (1978, 25 Min.) von Rummel/Radziwill und „Sonntag, der 13.“ (1981, 30 Min.) von Seehafer/Wittenbacher.

■ Vor 90 Jahren geboren (am 29. Juli 1911), vor 25 Jahren verstorben (am 23. Dezember 1976): der Schriftsteller Eduard Claudius. Claudius war Sohn eines Bauarbeiters. Er trat 1932 in die KPD ein, war 1934–45 im Exil in der Schweiz und in Frankreich, nahm teil am spanischen Freiheitskampf in den Internationalen Brigaden, kämpfte 1945 in der Partisanenbrigade „Garibaldi“ in Oberitalien, war ab Juli Pressechef im bayerischen Ministerium für Entnazifizierung und siedelte 1948 nach Potsdam über. 1956–59 war er Generalkonsul der DDR in Syrien, 1959–61 Botschafter der DDR in Vietnam. Er schrieb den Spanienroman „Grüne Oliven und nackte Berge“ (1944), den ersten Roman über den sozialistischen Aufbau in der DDR: „Menschen an unserer Seite“ (1951), ferner „Von der Liebe soll man nicht nur sprechen“ (1957), „Aus den nahen und den fernen Städten“ (1964), zahlreiche Erzählungen, Nachdichtungen vietnamesischer Märchen („Als die Fische die Sterne schluckten“, 1961), Reportagen sowie die wegen ihres dokumentarischen Gehalts auch heute noch wichtige Autobiographie „Ruhelose Jahre“ (1968).

■ Vor 25 Jahren (am 14. August 1976) starb der Schriftsteller Werner Bräunig. Der am 12. Mai 1934 als Sohn eines Kraftfahrers Geborene arbeitete im Steinkohlenbergbau in Oelsnitz, bei der Wismut-SDAG, in einer Papierfabrik und als Journalist; 1958–61 Studium am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig, seit 1967 lebte er als freischaffender Schriftsteller in Halle-Neustadt. Bräunigs Weg zur Literatur ist charakteristisch für zahlreiche Schriftsteller der DDR, die aus der Arbeiterklasse kamen; erste literarische Versuche unternahm er als Volkskorrespondent der sozialistischen Presse und in Literaturzeitschriften.

Aufschluß über Bräunigs ästhetische Konzeption gibt der Essayband „Prosa schreiben. Anmerkungen zum Realismus“ (1968). Einen Höhepunkt seines Schaffens (in dessen Mittelpunkt die Darstellung von Problemen stand, die sich aus dem Übergang vom alten zu einem neuen Leben auf der Basis des sozialistischen Aufbaus ergaben) erreichte Bräunig mit dem Erzählungsband „Gewöhnliche Leute“ (1969). Auch die „Kollektivreportage“ über Halle-Neustadt „Städte machen Leute“ (1969) zeigt die neue Beziehung des Schriftstellers zur sozialistischen Wirklichkeit. Nicht vergessen werden darf Bräunigs Tätigkeit als Mitherausgeber der Anthologie „Vietnam in dieser Stunde“ (1967), als Autor des Buches „Luftbilder aus der DDR“ (1968; Fotos: Lothar Willmann) und als Drehbuchautor einer Episode (1968, 3. Teil, „Materna“; Regie: Frank Vogel) des Films „Geschichten jener Nacht“ – gemeint ist die Nacht vom 12. zum 13. August 1961, womit wir wieder am Anfang dieser Randbemerkungen angelangt sind ... **W. M.**



Unter dem Titel „Der 13. August und seine Folgen“ veröffentlichte das ND schon am 18. Mai 2001 die Ankündigung des damaligen Berliner Kultursenators Christoph Stölzl (CDU), daß allein in der Hauptstadt mit mehr als 100 Veranstaltungen „an den Bau der Mauer vor 40 Jahren erinnert“ werden solle. Darüber wurde seit 1962 in jedem Jahr um den 13. August viel gesprochen und geschrieben. Führende Politiker der BRD und Westberlins, die Medien und nicht zuletzt die „Arbeitsgruppe 13. August“ haben sich vor und nach der sogenannten Wende nicht geschont. Grenzverletzer, Sprengstoffattentäter, Schleuser, Tunnelgräber und auch die Mörder von Grenzsoldaten wurden zu Freiheitskämpfern hochstilisiert und die legitimen Maßnahmen der DDR zur Sicherung ihrer Staatsgrenze nach allen Regeln der Kunst verteuelt. Die Angehörigen der Grenztruppen der DDR wurden als schießwütige „Mauerschützen“ diffamiert. (...)

Für die jetzt anstehenden Veranstaltungen könnte es die verschiedensten Motive und Zielstellungen geben. Folgende sind denkbar: 1. Die Vielzahl der geplanten Vorhaben soll dazu führen, daß der Haß auf den „Unrechtsstaat DDR“ und dessen pauschale Verurteilung zu neuem Leben erweckt werden. 2. Die Regierenden, die Leitungsgremien der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der (alten) BRD und Westberlins sowie führende Vertreter der Medien sind zur Erkenntnis ihrer Mitverantwortung und Mitschuld gelangt, wozu sie sich nunmehr bekennen und wofür sie sich entschuldigen möchten. 3. Spitzenpolitiker und Historiker der BRD sind nach 40 Jahren bereit, die Bevölkerung wahrheitsgemäß darüber zu informieren, daß die von der DDR auf Beschluß der Staaten des Warschauer Vertrages am 13. August 1961 zur Sicherung der damaligen Staatsgrenze eingeleiteten Maßnahmen ganz wesentlich dazu beigetragen haben, die Eskalation des Kalten Krieges zum allgemeinen Krieg und dessen mögliche Ausweitung zu einem weltweiten Kernwaffenkrieg zu verhindern. 4. Die Öffentlichkeit soll über die Vielzahl der Grenzprovokationen und völkerrechtswidrigen Anschläge gegen die ehemalige Staatsgrenze, die Angehörigen der Grenztruppen und die Grenzsicherungsanlagen der DDR, die von der BRD und von Westberlin aus unternommen wurden, informiert werden. Veranstaltungen mit einer solchen Zielstellung könnten den Staatsanwaltschaften und Gerichten helfen, Morde an Grenzsoldaten der DDR, die bis heute ungesühnt sind, aufzuklären und zu ahnden. (...)

Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt, Berlin,
ehemaliger Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen der DDR

Die Erklärung des PDS-Parteivorstandes zum 13. August 2001 kann ich nur mit Zorn oder mit Trauer lesen - oder mit Verachtung! Das schlimmste ist die Sprache, die den freiheitlich-westlichen Wortmüll aufnimmt und bedenkenlos reproduziert: „Hinter Mauern“, „im Schatten von Panzern“, „unter Bajonetten“. Selbst der „Ostblock“ kommt den Damen und Herren dieser Parteiführung über die Lippen. In einer Warschauer Vertragsgemeinschaft oder in einem sozialistischen Lager möchten sie auch rückblickend nie gelebt haben!

Wichtiger ist noch, was sie in ihrer „Geschichtsbetrachtung“ verschweigen. Daß die Spaltung Deutschlands eine Folge des faschistischen Vernichtungskrieges war, und daß „der Westen“ mit dieser Spaltung beizeiten gut zu leben lernte (separate Spalter-Währung, separate NATO-Einbindung, separate BRD-Gründung), kann man dem Text nicht entnehmen. Solch eine einseitige Zerknirschung über die Beteiligung am Kalten Krieg ist einfach würdelos. Die Damen und Herren der PDS-Führung lassen bei ihrer Gedankenführung (soweit man davon sprechen kann) unbeabsichtigt erkennen, daß sie dem westlich dominierten Zeitgeist erlegen sind. Indem sie die Grenzsicherung 1961 als Zeichen der „Unterlegenheit“ des DDR-Sozialismus interpretieren, konstatieren sie beindruckt die Überlegenheit des kapitalistischen Systems. Und zu den Unterlegenen möchten sie auf keinen Fall mehr gehören. Schon zur Zeit der DDR waren sie von einer anderen „Überlegenheit“ restlos überzeugt - nur daß es damals die realsozialistische war. Heute sind sie von der Überlegenheit des realkapitalistischen Systems überzeugt. Doch sind das überhaupt Überzeugungen? Sind es nicht einfach nur Demutsgesten von Besiegten? Die damals schon besiegt waren von der Macht? Die immer beeindruckt sein werden von der „Überlegenheit“ der jeweiligen Sieger? Da halte ich es lieber mit dem Wanderprediger Jesus aus Nazareth, der

sich zu den Unterlegenen gestellt und sie gestärkt und ermutigt hat. Denn mit dem Fall der „Mauer“ wurde eben nicht „das Tor zur deutschen Einigung ...“ aufgestoßen, wie der PDS-Vorstand wahrheitswidrig behauptet, sondern die Trennung in Besizende und Verarmende, in Herrschende und Beherrschte, in Triumphierende und Angeschissene vertieft. Freiheitlich, demokratisch und pluralistisch, versteht sich! Nicht „die Mauer in den Köpfen“, von der eine verlogene Polityrik süßt, sondern die unsichtbaren Mauern, die ein verbrecherisches Kapital- und Profitsystem durch die Erfindung von Konten, Aktien und Gewinnen errichtet hat, sind zu überwinden! Aber wie? Mit dieser PDS leider nicht. Wenn sie doch wenigstens vorher Kästner gelesen hätten:

„Was auch immer geschieht. / Nie dürft ihr so tief sinken, / von dem Kakao, durch den man euch zieht, / auch noch zu trinken!“

Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Weimar

Ihr habt es nicht leicht. Es ist gut, daß es Euch gibt. Anbei eine sehr bescheidene Gabe für den „RotFuchs“. Bleibt gesund und weiterhin munter. PS: Heute vor 60 Jahren ...!!! Ich schreibe Euch am 22. 6. 2001 In Verbundenheit

Prof. Dr. med. Moritz Mebel, Berlin

Die beteiligten Genossen der DKP und der PDS im Freiberger und Chemnitzer Raum erwarten immer ungeduldig „ihre Zeitung“. Anbei unser bescheidener finanzieller Beitrag für das weitere Gedeihen dieses vielgeliebten, von diesen oder jenen zu Unrecht geschmähten, vom Gegner be(ob)achteten und nicht nur für den kolonialisierten Osten unverzichtbaren konsequent kommunistischen Blattes. (...) Wir dürfen keine weiteren Positionen aufgeben, müssen unsere Kräfte sammeln und dürfen eine Verwässerung der Parteilinie im Zuge der nötigen Suche nach Bündnispartnern nicht zulassen. Diese Partner können wir im engen Sinne nur von der linken Flanke der PDS linkwärts finden, wobei wir auch Christen und Gläubige einbeziehen sollten. Nichts scheint mir dringlicher, als daß der Parteivorstand diesen Prozeß, der an der Basis vielfach bereits funktioniert, schleunigst aufgreift und unverzüglich in Gespräche eintritt. Nutzlosen Briefverkehr sollten Kommunisten der Bürokratie überlassen. Ohne Vorbedingungen auf allen Seiten! Wir sollten als Basis den Vorstand nicht nur bitten und dazu ermutigen, sondern diesen Arbeitsstil einfordern. (...)

Ich weiß, daß wir von heute auf morgen keine einheitliche kommunistische Partei in der BRD haben werden. Vielleicht ist das auch nicht das erforderliche Nahziel. Aber Arbeitskontakte und gemeinsame öffentliche Aktionen müssen vorstandsseitig gewollt, unterstützt und schließlich vereinbart werden. Das kann nicht nur in die entgegengesetzte Richtung, zum PDS-Vorstand hin erfolgen ... Wahrscheinlich müssen wir von unten und vom Osten her den Druck auf unseren Vorstand verbreitern und erhöhen.

Dieter Rosenberg, Freiberg

Meinungsverschiedenheiten in der DKP sind nicht beunruhigend, im Gegenteil, sie sind natürlich, und es wird sie immer geben. Wichtig ist allerdings, daß sie sachlich ausgetragen werden und daß schließlich die im Interesse der Partei richtige Lösung gefunden wird. Leider muß festgestellt werden, daß Mitglieder des Parteivorstandes gegen die Gruppe Berlin Nordost seit geraumer Zeit keinen Meinungsstreit, sondern einen Meinungskampf mit sehr unfairen Mitteln führen. Er richtet sich gegen Auffassungen in Grundfragen, die von der Gruppe vertreten werden, und gegen den „RotFuchs“. Die Reaktionen waren Austrittserklärungen einiger Genossen der Gruppe Nordost. Eine verständliche Reaktion, doch eine falsche Entscheidung. Warum?

1. Diese Genossen machen faktisch die Partei zum Sündenbock und kehren ihr zur Strafe den Rücken. Aber Mitglieder des Parteivorstandes sind nicht die Partei. Sie wirken nur zeitweilig, und Fehler werden früher oder später korrigiert. Meine Mutter, Funktionärin der KPD in der Weimarer Republik, machte nach Differenzen mit Mitgliedern des Parteivorstandes im Bezirk Hannover den gleichen Fehler, die Partei zu verlassen. Aber kurze Zeit später wurde Ernst Thälmann Vorsitzender der KPD. Und damit wurde manches anders.

Also: Die Menschen verändern sich, machen anderen Platz, treten ab. Die Partei aber bleibt, läßt sich auch nach Niederlagen nicht in die Knie zwingen. Mit ihren Austrittserklärungen haben die betreffenden Genossen a) der Partei einen Schaden zugefügt und b) den betreffenden Mitgliedern des Parteivorstandes geholfen, die froh sind, einige „Störenfriede“ los zu werden.

2. Aufgabe eines Kommunisten ist, für seine Meinung zu kämpfen. Diese Möglichkeit erlischt wesentlich durch den Parteiaustritt. Der Kampf um

marxistisch-leninistische Auffassungen in der Partei muß nun von den verbliebenen Mitgliedern der Gruppe Nordost geführt werden, ist also noch schwerer. Das haben doch die aus der Partei ausgeschiedenen Genossen nicht gewollt oder nicht bedacht.

Mein Appell als Parteiveteran an sie: Überlegt Euren Entschluß, aus der Partei auszutreten, noch einmal. Ihr verliert nicht das Gesicht, wenn ihr nach reiflicher Überlegung zum Schluß kommt, Eure Austrittserklärung zurückzunehmen. Anerkennung und Achtung den Genossen, die sich nicht scheuen, eine falsche Entscheidung zu revidieren.

Herbert Thomas, Berlin

Bemerkung der Redaktion:

Der ehemalige Buchenwaldhäftling Herbert Thomas hat in diesen Tagen sein 70. Parteijubiläum begangen. Wir gratulieren herzlich!

Mich beschäftigt das Schicksal der DKP sehr. 1990 nahm ich an, wie viele andere auch, daß es möglich wäre, ein Bündnis von PDS und DKP zu erreichen. Bei uns in Prenzlau gab es zu dieser Vorstellung eine positive Resonanz in der Basis. Das ist heute vorbei. Es ist ein Trugschluß anzunehmen, die PDS hätte in der Basis rebellische Elemente. Pragmatiker und Reformverächter verschließen sie von Wahlkampf zu Wahlkampf. Sie hat aufgehört, eine sozialistische Partei zu sein. Deshalb trat ich aus.

Kann die DKP eine marxistisch-leninistische Partei werden? Den Marxismus-Leninismus begreife ich nicht nur als Lehre, sondern vor allem als Methode. Mich interessiert weniger, wie oft und nachdrücklich jemand Marx, Engels und Lenin zitiert. Mich interessiert mehr, ob sie verstanden wurden. Es ist keine Leistung, sich auf den Marxismus-Leninismus zu berufen. Es ist eine, ihn anzuwenden. Tut das die DKP? Die Vereinigung von Marxisten-Leninisten in einer DKP wäre eine neue Chance. Wie soll sie jedoch genutzt werden, wenn Verletzungen zu Parteiaus-treten führen? Ich lese seit Jahren die UZ. Die Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS und den „Roten Brandenburger“ kenne ich. Auf dem Pressefest der UZ fiel mir zum ersten Mal der „RotFuchs“ in die Hände. Ich verstehe, warum Ihr Wert auf diese Zeitung legt. Sie reflektiert eindeutig ostdeutsche Zustände. So las ich das noch nicht in der UZ. (...)

Zu den in der Bundesrepublik veröffentlichten Schriften, die für sich in Anspruch nehmen, kommunistische zu sein, gehören noch mehr: „Die Rote Fahne“ und die „KAZ“ zum Beispiel. Ich verstehe, daß unterschiedliche Herangehensweisen zu unterschiedlichen Darstellungen führen. Was ich nicht verstehe, ist, daß der Streit mit den Gleichgesinnten in der Sache mitunter erbitterter geführt wird als der gemeinsame Kampf gegen den hauptsächlich politischen Gegner. Kommunismus ist für mich unteilbar. Warum sind wir noch nicht gemeinsam in Ziel und Weg? Gemeinsam das Ziel zu bestimmen und den Weg zu gehen, ist mit Vertrauen verbunden. Die Haltung des Parteivorstandes stimmt mich bedenklich. Kennt die Geschichte ein Beispiel, wo die Vielfalt der Kampfmethoden eine Partei oder Bewegung spaltete? Es gibt wohl mehr Fälle, wo die Unbeweglichkeit der Oberen dafür sorgte. Gerade die Erfahrungen des Endes der SED überzeugen mich davon, daß eine Führung ausgleichen muß und nicht polarisieren darf. (...)

Mit meiner Entscheidung werde ich wohl noch warten.

Wolfgang Herrmann, Grünow

Eure Gruppe ist sicher schon auf dem Weg nach Dortmund zum UZ-Pressefest. Hoffentlich trägt dieses traditionelle Treffen dazu bei, die Reihen enger zu schließen. Mir scheint, die Ereignisse entwickeln sich so, daß wir keine Zeit zu verlieren haben. Die großdeutsche Politik setzt zu neuen Attacken an, da wird eine starke Opposition gebraucht, und bis diese wächst, bleibt noch etliches zu tun in Ost und West. Viele begreifen nicht, was da auf den Schultern der Arbeiterklasse, der Bauern und anderer Schichten abgeladen und ausgetragen werden soll. Die Medien beherrschen die Manipulierung der Massen hervorragend. Und wer sich wehrt, sich dem entgegenstellt, hat es schwer. Aber es ist nötig und nicht umsonst. Sagt bitte der Genossin Dr. Scholz meinen Dank für ihre Grübe, die ich herzlich erwidere.

Margot Honecker, Santiago de Chile

Mir möchten uns recht herzlich für Eure wohlwollenden Worte und das Bild zu unserem „Rundbrief 2001“ der Willi-Bredel-Gesellschaft im „RotFuchs“ bedanken. Wir haben uns sehr gefreut. Auch Euren eigenen Beitrag zu Willis Hunderstem fanden wir sehr gut.

Heute senden wir Euch unsere jüngste Publikation, eine reich illustrierte Arbeit über Willi Bredels Prager Exil 1934. Wir würden uns freuen, wenn Ihr im „RotFuchs“ auf das Heft hinweisen könntet.

René Senenko, Hamburg

Für die wichtigen Informationen und anregenden Gedanken in der Juni-Nummer, die für mich wertvolle Ergänzungen z.B. zu ND und UZ sind, bedanke ich mich. Besonders die Beiträge von Klaus Steiniger in den letzten beiden Ausgaben sind mir aus dem Herzen gesprochen, wenn ich an die Entwicklung der PDS seit 1990 denke. Nach über 50 Jahren aktiver Parteiarbeit bin ich seit dem 18. April 2001 - dem Tag des Auftretens der beiden Frauen Zimmer und Pau und ihrer Entschuldigung für die Vereinigung von SPD und KPD - parteilos. Das kann nicht mehr meine Partei sein, in die ich als junger Antifaschist und Sohn eines Kämpfers gegen den Faschismus eingetreten bin. Die Zustimmungserklärung des Parteivorstandes und der Artikel von Gysi dazu im ND bestärkten meinen Entschluß.

Als ich mich in einer Versammlung meiner bisherigen PDS-Basisorganisation verabschiedete, fand ich viel Verständnis, aber auch Ermahnung, mir das doch noch einmal zu überlegen. Was soll denn aus der PDS werden, wenn die aktivsten Mitglieder gehen? Das weiß ich nicht. Ich weiß aber auch nicht, was unter dieser pseudosozialistischen Führung aus der Partei wird, wenn die Alten von ihr für ihre Politik ausgenutzt werden können.

Ich sollte mich wenigstens einer kommunistischen Partei anschließen, wurde mir gesagt. Der Gedanke liegt nahe. Wenn ich aber die Auseinandersetzungen zwischen DKP und KPD, zwischen UZ und RF in der DKP sehe, dann verstehe ich gar nichts mehr. Für mich sind alle ehrlichen Sozialisten meine Genossen, ob mit oder ohne Parteibuch. Im übrigen: Der Beitrag von Rolf Berthold über die KP Chinas zeigt, daß der Sozialismus nicht verloren ist!

Anbei, lieber „RotFuchs“, ein kleiner Beitrag für die Futterkosten.

PS: Viele Grüße an Regine Fischer, alles Gute nachträglich zu ihrem 65. Geburtstag. Vielleicht kann sie sich an mich noch aus vergangenen Zeiten erinnern. In enger Verbundenheit

Dr. Werner Ettelt, Berlin

Ich hoffe, Ihr seid gut vom Pressefest wieder in Berlin angekommen. Mit diesem Schreiben möchten wir uns als Parteigruppe der Wohngebietsgruppe Eller, Lierenfeld und Vennhausen der DKP Düsseldorf in die Abonnementliste des „RotFuchs“ aufnehmen lassen. Bitte veranlaßt, daß künftig ein Exemplar an meine Adresse gesandt wird. Zu Beginn füge ich eine Spende von 20 Mark bei.

Herbert Schedlbauer, Düsseldorf

Recht schönen Dank für die Einsendungen Ihrer Zeitschrift. Als sehr bescheidene Kompensation schicken wir Ihnen eines unserer Materialien - nur damit Sie von unserer Tätigkeit erfahren. Es ist leider auf tschechisch. Die Schrift enthält u. a. einen Artikel von Hans Heinz Holz, der von uns aus dem Deutschen und Italienischen übersetzt wurde, sowie Beiträge von K. Pavlik, K. Intera und K. Pomaisl. In Vorbereitung sind weitere Originalmaterialien und Übersetzungen. Wir bitten um die weitere Übersendung des „RotFuchs“. Wir wollen die Zeitschrift nach Möglichkeit auswerten.

Karel Pomaisl, Praha

Ich bin ein DKP-Mitglied aus Wuppertal und begrüße Euch sehr herzlich. Öfter schaue ich mal in Eure Internetseite hinein und lese auch die Zeitung „RotFuchs“. Ich möchte ganz ehrlich sagen, daß ich beides wirklich gut finde, und daß ich mit vielen Meinungsäußerungen von Euch bzw. von Eurer Zeitung übereinstimme. Ich würde den „RotFuchs“ gerne abonnieren. Wenn Ihr mir eine positive Antwort geben könntet, würde ich mich sehr freuen. Mit freundlichen, revolutionären und kommunistischen Grüßen!

Nazim Hikmet Tekin, Wuppertal

Herzlichen Dank für den RF 41 mit der ganz wichtigen Castro-Beilage. Sehr bedeutsam für uns auch

der Bericht von Annemarie Mühlefeldt über die ostdeutsche Funktionskonferenz. Er sagt etwas ganz anderes als als der UZ-Bericht zum gleichen Ereignis. Wir sind über alles informiert, was sich z. Z. in Berlin tut. Wir stehen fest hinter dem RF und unterstützen jeden Schritt, der unternommen wird, um ihn als kommunistische Zeitung zu erhalten.

Was wir nicht verstehen ist, daß einige Genossen wegen der Auseinandersetzungen mit H. Stehr, N. Hager u. a. die Partei verlassen haben oder das noch tun wollen. Sie sollten sich daran erinnern, was Kommunisten alles ausgehalten haben bei innerparteilichen Auseinandersetzungen und im Kampf gegen den Klassenfeind. Wir müssen alles tun, um die DKP im Osten zu stärken. Nur das erweitert unseren Einfluß auf die Politik der Gesamtpartei. (...) Wir sind fest davon überzeugt, daß sich unsere Auffassungen durchsetzen werden, wenn wir „unseren Weg“ kon-

sequent weitergehen - ganz gleich, wer dann im PV an der Spitze steht. Sonst hat die DKP im Osten keine Perspektive.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Nach Wegfall meiner bisherigen Lieferquelle (ich war Drittleser) bitte ich, mich in den Verteiler für den „RotFuchs“ aufzunehmen - wenn möglich, noch mit Nachlieferung der Hefte Mai und Juni 2001. Anbei eine Spende.

Prof. Dr. K.-H. Bintig, Weissenborn

Seid gegrüßt, Ihr fleißigen Bienen im Fuchsbau! Mir wird immer mehr zum Rätsel, weshalb die „Westhunde“ den „Ostfuchsen“ das Fell über die Ohren ziehen wollen. Die Fettnäpfe, um die sich alle Welt streitet, können es doch bei bekennenden Kommunisten nicht sein, wenn schon Briefmarkenspenden wie ein Weihnachtsbraten genossen werden, Genossen. Deshalb bin ich auch so angetan, daß Klaus Steiniger im Zusammenhang mit der 5. PV-Tagung auf eine entscheidende Wurzel, auf die Kardinalfrage des innerparteilichen Konflikts, verwiesen hat: auf das Verhältnis deutscher Kommunisten zur DDR. Doch nach meinem Empfinden ist dieser Radius zu eng bemessen. Die Haltung zur DDR ist für die gesamte Linke der Prüfstein, ob sie es wirklich politisch links meint, wenn sie links sagt. Dabei verlange ich von niemandem, daß er die DDR unbedingt in dem Maße lieben muß, wie wir das getan haben oder weitläufig noch tun. Doch auf gerechte Behandlung und Bewertung im Kontext zu Zeit und Ort möchte ich schon pochen.

In einer Zeit jedoch, in der man den Verdacht nicht los wird, daß die PDS in ihrem peinlichen Bestreben, wenigstens ins Beiboot der Regierungsparteien zu gelangen, sogar die Hühneraugenhöhe als gleiche Augenhöhe akzeptiert, scheint mir das traditionelle Links-Rechts-Schema überhaupt sehr erklärungsbedürftig. Denn leider sehe ich - die Kommunisten ausgenommen - nur noch rechte und linke Stützpfiler des heutigen Gesellschaftssystems. Daß aber darin die Sinnstiftung der politischen Linken liegen soll, bezweifle ich doch arg. Wer sich dennoch unter Verwendung der anheimelnden Vokabel links und sozialistisch in diese Rolle schickt, der betreibt nach meiner Meinung zumindest Tarnung, Trug und Täuschung im Zuge eines unwürdigen Theaters. (...)

Torsten Preußing, Berlin

Es ist höchste Zeit, den „RotFuchs“ wieder mit einem bescheidenen Beitrag finanziell zu unterstützen. Die Wahrheit zu verkünden, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erläutern und die verlogene Politik der „Rechtsstaaten“ zu entlarven, ist heute besonders wichtig.

Es ist schon in Deutschland nicht gut gelungen, die Gerichtsurteile gegen DDR-Politiker, Angehörige der Grenztruppen und der NVA, Juristen und Mitarbeiter des MfS zu begründen. (...) Im Falle der Verschleppung des jugoslawischen Ex-Präsidenten Slobodan Milosevic aber unterzieht man sich einer solchen Mühe schon gar nicht mehr. Mit Hilfe willfähriger Vasallen wird nach dem NATO-Krieg ein zweiter Feldzug gegen Personen geführt, die sich dem Imperialismus nicht beugen. Meine Kenntnisse sind nicht ausreichend, um das Wirken von Milosevic im Detail zu bewerten. Doch was mühte er getan haben, um einen NATO-Krieg und all die anderen Maßnahmen gegen die Menschen in Jugoslawien und Serbien zu rechtfertigen!

Vor diesem Hintergrund erscheinen mir auch kontroverse Auseinandersetzungen innerhalb der DKP nicht unwichtig - aber klein. Ich denke, sie lassen sich mit vernünftigen Gesprächen aus der Welt schaffen. Die Kenntnisse der Genossen in Ost und West sind eine große Erfahrung. Man sollte auf keine Seite verzichten.

Dr. Horst Franz, Eichwalde

Vielen Dank für die Nr. 40 des RF in gewohnter Güte, auch mich hat Ihr wieder angeregt! Zum Artikel des Genossen Manfred Feldmann: Offenbar ist Nina Hager gar nicht bekannt (?), das ist SPD-Mitglieder bzw. der SPD nahestehende Wissenschaftler waren, die zur Beschreibung der Situation in den neuen Bundesländern - zurecht! - den Kolonialismus-Begriff breit und begründet in die einschlägige Literatur eingeführt haben. (Dümcke/Vilmar: Kolonialisierung der DDR, agenda Verlag, Münster 1995 (!)) Will N. H. ausgerechnet diesen - wenn auch gesellschaftspolitisch m. E. nicht mit letzter Klarheit unternommenen - SPD-determinierten Ausfluß in die Wahrheitssuche bremsen? Ab S. 12 kann sie müheless nachlesen, was in diesem Zusammenhang der Begriff „Kolonialismus“ tatsächlich bedeutet.

Und noch eine Bemerkung zur Haltung des PV gegenüber dem RF: Man kann doch wohl nicht ignorieren, daß die Kommunisten in den neuen Bundesländern jedenfalls etwas sehr Wesentliches für sich in Anspruch neh-

men können. Sie haben beides in der täglichen Praxis erlebt! Ich habe den Marxismus-Leninismus einigermaßen gründlich studiert, aber meine erarbeiteten Vorstellungen waren nur ein ganz schwacher Abglanz der in den letzten 11 Jahren erlebten ebenso zynischen wie raffinierten Barbarei. Was ist daran Arroganz oder Überheblichkeit? Wenn die „RotFuchs“ verantwortungsbewußt und bei gründlicher marxistisch-leninistischer Bildung aus diesem Fundus schöpfen, ist es schlicht verantwortungslos (unkommunistisch!), ihnen dafür spalterische Aktivitäten oder Tendenzen vorzuwerfen. Übrigens bin ich durch den RF Mitglied der DKP geworden! Anbei meine Spende.

OMR Dr. med. Günther Lange, Neuenhagen

Wenn Eure - unsere - Zeitung kommt, bleiben erst einmal alle anderen Dinge liegen ... Bei den Entschuldigungsgorgien der Führung der PDS ist eine marxistisch-leninistische Zeitung wie der „RotFuchs“ absolut notwendig. (...)

Was soll das ständige Geschwätz, keiner wolle die DDR wiederhaben. Diejenigen, die diese Meinung als „linke“ Politiker vertreten, sollten einmal ein paar Stunden auf dem Arbeitsamt warten; da könnten sie masenhaft eine andere Meinung hören.

In der PDS ist eine Funktionärschicht entstanden, die vom bestehenden politischen System korrumpiert wird und deshalb von einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kaum noch etwas wissen will. Sozialismus ist für sie keine neue Gesellschaftsordnung, sondern nur noch eine ethische Kategorie. (...) Wer wie Herr Holter am 17. 6. 2001 gegenüber n-tv erklärt, man müsse sich „mit Meinungen auseinandersetzen“, nach denen die DDR der bessere deutsche Staat“ gewesen sei, der ist „angekommen“ und entlarvt sich selbst.

Die soziale Kluft besteht nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Oben und Unten, wobei der Riß nun auch durch die PDS geht.

Damit der „RotFuchs“ weiter die Ohren steif hält, eine kleine Spende.

Manfred Meyer, Rudolstadt

Man kann die Auseinandersetzungen um den „RotFuchs“ nicht nur inhaltlich betrachten, sondern auch unter dem Aspekt, wie die Diskussion geführt wird. Dabei zeigt sich, daß alle Streitenden noch mehr Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit entwickeln sollten. Dieser Aufruf betrifft dabei weniger die Macher des „RotFuchs“. (...)

Tausendmal schlimmer aber ist die Antiwissenschaftlichkeit. Arthur Schopenhauer hat ein Büchlein mit dem Titel „Eristische Dialektik oder Die Kunst, Recht zu behalten“ geschrieben, in dem die Kunst des Rechtsbekommens oder Rechthabens in 38 Variationen dargestellt wird. (...) Nach meiner Einschätzung hatte sich in der DKP und ihren befreundeten Organisationen als einer von mehreren Funktionärstypen der des eristischen Dialektikers entwickelt. Sein kennzeichnendes Merkmal war die Fähigkeit, jede beliebige These „marxistisch“ zu begründen und zu „beweisen“. (...)

Erfreulicherweise ist die Lage heute viel besser. Eristisches dialektisches Argumentieren findet aber immer noch statt. Bei der Diskussion auf dem UZ-Pressefest mit den „RotFuchs“-Machern wandte sich ein Genosse des Parteivorstandes gegen die 11 Forderungen der Gruppe Nordost mit folgendem „Argument“: Er kenne aus seiner beratenden Tätigkeit als Rechtsanwalt Betriebsräte aus Magdeburg (also aus dem Osten). Wenn er denen die 11 Forderungen vorstellen würde, dann würden diese damit nichts anfangen können. Dieses „Argument“ lasse man sich einmal auf der Zunge zergehen. Der Genosse hat seinen Betriebsräten aus Magdeburg die 11 Forderungen nicht vorgestellt. Er argumentiert mit seinen puren Vermutungen über fiktive Meinungen Dritter. Am Ende dürften auch die subjektiven Befindlichkeiten von Betriebsräten, von denen es im Osten nicht allzu viele gibt, in keiner Weise repräsentativ für die Bewußtseinslage der Menschen sein. Betriebsräte haben nämlich 1. Arbeit und sind 2. praktisch unkündbar. Das kann im Osten kaum jemand von sich sagen.

Was wir in der DKP noch mehr brauchen ist Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Wissenschaftlichkeit beim Streit um unterschiedliche Standpunkte.

Wilhelm Heinrich Rettler, Lutherstadt Wittenberg

Die Würde der Ostdeutschen resp. der früheren DDR-Bürger zu erhalten, wird von der DKP Berlin Nordost eingeklagt. Dazu hat es aus irgendeinem Grunde Mißverständnisse und Fehlinterpretationen gegeben. Von welcher Würde denn die Rede sei, wurde gefragt. Der Kommunismus stellt die Frage der Würde für den Einzelnen, aber er stellt sie auch allgemein, als Würde einer Gesellschaft. Ist diese würdig oder unwürdig, schützt sie den Menschen oder tut sie es nicht. Ist die Würde der Gesellschaft hergestellt, kann sich der Mensch auf sie orientieren. Ob die Menschen unter den Bedingungen der DDR eine andere gesellschaftliche Würde besaßen, ist

gemeint, und ob diese zumindest im Sinne des Erinnerns, Bewahrens und Aufbewahrens, d.h. im Sinne einer anderen gesellschaftlichen Moral erhalten bleiben kann. Dann bliebe nämlich ein Stück DDR erhalten, auch wenn sie als Staat nicht mehr existiert. (...) Heinz Stehr befürchtet wegen der Verwendung des Begriffs „halbkolonial“ durch die DKP Berlin Nordost „unabsehbare praktische Schlußfolgerungen“. (RF 41) Doch wir brauchen den treffenden Begriff. Wenn nicht dieser, welcher ist es denn? (...) Aus eben kolonialem oder halbkolonialem Status kann man sich auf nationale oder auf soziale Weise befreien, d. h. allein und national, oder im Zusammenhang mit einem Mutterland, und daher international.

Hermann Jacobs, Berlin

Aufrichtigen Dank für die wissenschaftlich fundierte Information, die Ihr uns mit dem „RotFuchs“ zukommen läßt. Mich hat u. a. der Artikel des Genossen Wolfgang Clausner zur Programmdebatte besonders berührt. Er hält den Marx-Verbesserern im PDS-Vorstand den Spiegel vors Gesicht. Bei den von diesen geäußerten Vorstellungen gehen Menschen, die ihr Leben bewußt durchlebt haben, die Haare hoch! Von wegen Verzicht des Kapitalismus auf Gewinnmaximierung, demokratische Entscheidung über Wirtschaftsentwicklung oder gerechte Verteilung, die der Profitgier der Kapitalisten schon ein Ende setzen sollen! Für mich sind das Phrasen, solange die Grundfrage - gesellschaftliche Produktion und private Aneignung - nicht gelöst wird. Heute hört die sogenannte Demokratie am Werkort auf. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Auffassungen der Programm-Autoren von großen Teilen der PDS-Mitgliedschaft mitgetragen werden.

Es geht gar nicht anders, liebe Genossen, Ihr werdet mit Eurer Zeitschrift gebraucht. Kämpft weiter auf marxistisch-leninistischer Grundlage für die Einheit aller Kommunisten.

Anbei Briefmarken für Eure Arbeit.

Manfred Hohe, Grimma

Ohne den „RotFuchs“ wäre es noch schwerer, sich zu finden in dieser Zeit der notwendigen Auseinandersetzungen über Fragen und Aufgaben in Gegenwart und Zukunft unter Berücksichtigung der Erfahrungen und des Wissens aus vergangenen Jahrzehnten. In der Juni-Ausgabe waren für mich die Beiträge von Erich Köhler und Peter Franz sehr wichtig. Peter Franz ist Mitglied des Landesvorstandes des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, dem auch ich angehöre. So haben wir - seit Jahren übrigens schon - immer wieder die Möglichkeit, unsere Gedanken auszutauschen.

Veröffentlichungen von Erich Köhler gehören für mich zu dem, was Kraft vermittelt - wenn ich nur an seine „Sentenzen kontra Schwarzbuch“ denke. Einen Leserbrief von Armin Stolper zu finden, gehörte für mich gleichfalls zu den Freuden beim Lesen des „RotFuchs“ vom Juni 2001. Wir hatten in Suhl schon Begegnungen mit Armin, und eines seiner mir gewidmeten Bücher nimmt auf meine MULTIPLIKATOR-„Funktion“ (es handelt sich hierbei um eine von J. P. herausgegebene Flugschriftenreihe) Bezug.

Als kleines Dankeschön heute eine Beilage: Die Erklärung KPD/DKP/KPF hatte ich entworfen, ihr wurde in unserer zweiten Begegnung zugestimmt, und am 22. Juni 2001 waren wir gemeinsam auf dem Fischmarkt mit einem Info-Stand. Abschließend: Ich denke, wenn ich immer mal wieder Briefmarken beifüge, dann seid Ihr einverstanden.

Jochen Peters, Suhl

Der „RotFuchs“ wird immer interessanter. Ich hatte zwei Leserbriefe geschrieben und darin erwähnt, daß mich die Zeitung stets erst ca. 5 Tage nach dem Poststempel erreicht. Nachdem diese veröffentlicht wurden, kommt der „RotFuchs“ nun genau am nächsten Tag. Haben der alte RAF-Anwalt und vom Grünen zum leicht rosa Sozialdemokraten gewandelte Innenminister und das von ihm beaufsichtigte Grüppchen plötzlich kein Interesse mehr?

Aufschlußreich an der gegenwärtigen konservativen Diskussion über Kommunismus und die „Rote Gefahr“ (von roten Socken bis zu Kohls „rotangestrichenen Faschisten“) finde ich, daß wieder einmal die christlichen Demokraten die größte Hetze betreiben. Vertreter jener Partei also, in der nach 1945 die meisten Nazis untertauchten und die von 1966 bis 1969 einen Altnazi zum Kanzler machte.

Heinz Denné, Berlin

Ich bin Mitglied der DKP in Frankfurt am Main und interessiere mich für Euren „RotFuchs“. Möchte ihn abonnieren, da ich finde, daß er eine hervorragende informative kommunistische Zeitung ist.

Bernd Müller-Weathersby, Frankfurt am Main

Herzliche Kampfesgrüße. Euer Kurs ist goldrichtig. Weiter so. Viel Erfolg für die beste Sache der Welt. Anbei meine Spende.

Günther Ellguth, Potsdam

Aufmerksame Leser des „RotFuchs“ von Anfang an werden sich an einen Artikel „Deutschlands größtes Dorf/Berlins Naherholungsgebiete in Gefahr“ vom September 1998 erinnern. Zur Diskussion stand damals die Absicht, über „markt- und zukunftsorientierte Reformen“ in bezug auf die Stadtgüter „nachzudenken“. Der inzwischen abgewählte Dieppen versicherte seinerzeit, niemand erwäge trotz der akuten Finanzkrise, die Güter zu verschern. Doch jetzt ist es soweit. Der bereits seit langem angekündigte Verkauf des größten Teils der Stadtgüter hat begonnen. Acht Agrarbetriebe wurden bereits veräußert. Der Senat braucht Geld. Da genießen Traditionsbetriebe, die seit 125 Jahren im Besitz der Stadt Berlin waren, keinen Schutz mehr. Zahlreiche Interessenten, die über das notwendige Kapital verfügen, haben sich schon gemeldet. Für die Bewirtschaftung der Güter an den Standorten Jakobsdorf, Schönerlinde, Birkholz, Wansdorf im Norden Berlins sowie Sputendorf, Großbeeren und Waßmannsdorf im Süden mit insgesamt 13 000 ha und 6 000 Milchkuhen sorgen 260 Beschäftigte, deren Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind. Die Bilanzsumme der Stadtgüter beläuft sich auf 50 Millionen DM; das Eigenkapital beträgt 43 Mio DM.

Ausländischen Investoren und in der Zeit nach 1945 Enteigneten bzw. deren Erben werden gute Chancen eingeräumt. Die Schilder „Privatbesitz! Betreten verboten!“ sind für die Berliner, die es ins Grüne zieht, schon in Arbeit.

Hans Kopistecki, Frankfurt/Oder

Bin feste am Lesen. Danke! Unterbreche meine Lektüre nur wegen des Einkaufs fürs Wochenende. Anbei ein Scheck über 50 Mark. Eure dankbare Ursula Siegmayer, Pforzheim

Habe den „RotFuchs“ mit Freude gelesen und halte ihn für interessant und sehr informativ. Am regelmäßigen Bezug bin ich interessiert. Weiterhin viel Erfolg. Anbei eine kleine Spende.

Rolf Petzold, Berlin

Herzlichen Dank für die „RotFuchs“-Ausgaben Nr. 40 und 41. Es ist sehr wohlthuend, Meinungen zu lesen, die - ausgehend von marxistisch-leninistischen Positionen - den sozialistischen Aufbau in der DDR, die führende Rolle der SED, den uns aufzuzwingenden Kalten Krieg sowie den Staat der westdeutschen Monopole realistisch bewerten. Wenn man täglich im ND den Schwachsinn liest, den Führungskräfte der PDS zur Delegitimierung der DDR von sich geben, um politisch und moralisch immer näher an die SPD heranzurücken, dann ist der „RotFuchs“ mit seinen prinzipiellen Beiträgen sehr nützlich für die Bestärkung der eigenen Meinung. Ich bitte, mir auch weiterhin den RF zuzusenden und möglichen auch die „11 Forderungen“. Anbei eine Spende.

Werner Reuther, Eichwalde

Am 15. 5. führte die DKP-Gruppe Leipzig eine öffentliche Mitgliederversammlung durch, auf der Heinz Stehr sprach. Anwesend waren Genossen aus den DKP-Parteigruppen Sachsens sowie Genossen und Freunde der PDS, von ISOR und der GRH. (...) Nach dem Referat Heinz Stehrs zum Thema „Die DKP im Kampf für Frieden, gegen Sozialabbau und Neofaschismus“, das zustimmend aufgenommen wurde, fand die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller linken Kräfte durch Diskussionsbeiträge lebhaft Unterstützung. Die Anwesenden brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, an weiteren öffentlichen Veranstaltungen der DKP-Gruppe teilzunehmen, wobei die Artikel des RF in die Diskussion einbezogen werden sollen.

Vielen Dank für das regelmäßige Erscheinen des „RotFuchs“. Möge er weiterhin so interessant, informativ und tiefgründig sein. Anbei einen Beitrag zur Unterstützung.

Kurt Krak, Leipzig

Dem Artikel des Genossen Steiniger, „Der zweite Parteiputsch“ (RF Nr. 40) ist nur zuzustimmen. Wenn demnächst in Berlin wieder Wahlen ins Haus stehen sollten, kann ich für die Entschuldigungspartei PDS wirklich nicht mehr ernsthaft votieren. Da ich nicht weiß, ob die DKP antritt, bleiben für mich nur zwei Alternativen. Entweder ich entscheide mich für die immer größer werdende Gruppe der Nichtwähler oder ich mache mein Kreuzchen dann doch bei der PDS. Wie gesagt, eine ernsthafte politische Meinungsäußerung per Stimmzettel wäre das natürlich nicht. Ich läge also konsequent im Trend der vermeintlichen „Spaß-

gesellschaft“, in der Wahlen, wenn sie wirklich etwas am Zustand der Gesellschaft verändern würden, ohnehin verboten wären. Allerdings: Arbeitslose, Obdachlose, Straßenkinder, Schmiergelder, Schwarzkonten, Parteienfilz, Spendenaffären en masse, angebliche Sparzwänge in einem Staatsgebilde, in dem Reiche immer reicher und Arme immer mehr und immer ärmer werden, Bankenskandale aus übersteigter Raffigier - da ist das Wort „Spaßgesellschaft“ glatte Blasphemie.

Es ist gut, daß mir der „RotFuchs“ Orientierungshilfe vermittelt. Entscheiden muß ich selber. Und obwohl ich mich in diesem Monat kurzfristig in einer „Schieflage“ befinde, wenigstens ein bescheidener Obolus. Der „RotFuchs“ muß leben. Unter allen Umständen.

Joachim Loeb, Berlin

Mit unterschiedlicher Aufmerksamkeit lese ich den „RotFuchs“. Vor allem spielen wohl Zeitfragen eine Rolle. Ich muß diesmal aber beim Genossen Wolfgang Clausner haltmachen, der etwas von „Melange aus Anwaltschläue und Demagogie“ bei Genossen Gysi festzustellen beliebt („Über Köche und über Kellner, RF 41). Seine Meinung - die ich aber nicht teile. Allein der Zusammenhang „Anwaltschläue“ (ist hier negativ gemeint!) und Demagogie könnte doch wohl eine ganze Berufsgruppe verunglimpfen. Oder? Wir haben in Deutschland über 110 000 Anwälte - soll denn auf diese von den Kommunisten ganz und gar „verzichtet“ werden? Zum Glück lesen noch nicht alle Rechtsanwälte den RF! Schwach kann ich mich erinnern, daß es in den vergangenen Jahrzehnten Rechtsanwälte gegeben haben soll, die sich für und nicht gegen den sozialen Fortschritt eingesetzt haben.

Wenn Ihr meine Zeitschrift veröffentlichen wollt, bitte ohne Namen, da sonst „schlaue“ Anwälte eine versteckte Werbung für mein Millionäreinkommen erblicken könnten. Ich bin selbstverständlich bereit, meine Anwaltschläue bei Notwendigkeit für den RF zur Verfügung zu stellen. Der Fuchs ist doch auch schlau! Anbei eine Spende.

Zuschrift aus Mecklenburg-Vorpommern

(Der Name ist der Redaktion bekannt.)

Beiliegend etwas Materielles sowie die Anschrift eines weiteren Interessenten für den „RotFuchs“. Neben vielen anderem hat mich in der Mai-Ausgabe besonders der Leserbrief von Günther Wassenaar berührt und nachdenklich gestimmt. Was er schreibt, unterstütze ich vollinhaltlich. Es gab sie doch tatsächlich in allen Bereichen - die Karrieristen, die mit ihrem vorausseilenden Gehorsam nach „oben“ und Unterdrückung kritischer Denksätze nach „unten“, oft getrieben von egoistischen Motiven, bei vielen Menschen zur Resignation und schließlich zur gesellschaftlichen Stagnation beigetragen und so denen in die Hände gearbeitet haben, für die der Untergang der DDR politisches Ziel war. Nicht wenige von ihnen haben sich längst im neuen System eingerichtet, sich mit der jetzigen politischen Elite arrangiert. Sie scheuen selbst nicht davor zurück, das Wort Sozialismus zur Kaschierung ihrer egoistisch-karrieristischen Interessen, diesmal im kapitalistischen System, und zur Täuschung einer immer noch gutgläubigen, oft schon betagten Wählerklientel zu mißbrauchen. Ich würde es begrüßen, wenn sich der „RotFuchs“ auch mit dieser Seite unserer Vergangenheit stärker auseinandersetzen könnte.

Gerhard Schröter, Strausberg

Wie hochaktuell ist doch die Beilage zum Juni-„RotFuchs“: Die Rede Fidel Castros vom 16. April in Havanna. Mit seinem Hinweis auf die sozialistischen Errungenschaften Cubas und deren weltweite Bedeutung hat er nicht nur den Imperialismus beschämt, sondern auch die Kapitulantenstaaten des einstigen Warschauer Vertrages, der einmal ein starkes Bündnis in Europa war. Unterstreichen möchte ich seine Einschätzung: „Ohne Sozialismus wäre Cuba nicht ein Land, in dem man seit 42 Jahren keine Repression oder Polizeibrutalität kennt ... Die westlichen Länder haben Mühe zu verstehen, warum bei uns nichts dergleichen geschieht. Sie haben nicht einmal die geringste Idee davon, zu welchem Beitrag für die menschliche Gesellschaft die Einheit, das politische Bewußtsein, die Solidarität, die Selbstlosigkeit und Großzügigkeit, der Patriotismus, die moralischen Werte und die Verpflichtung fähig sind, die aus der Bildung, der Kultur und der gesamten von einer wahrhaften Revolution erkämpften Gerechtigkeit hervorgegangen sind.“

Davon sprechen die bürgerlichen Medien natürlich nicht. Sie zeichnen Castro nach wie vor als üblen „Diktator“ und warten auf seinen Tod, so als mache er allein und ohne Hilfe seines Volkes den Sozialismus in Cuba aus. Die supermenschlichen Ultrademokraten verhängen deshalb ihre Blockaden über das kleine Land in der Karibik und machen dem Volk das Leben schwer. Das alles ist westliche Freiheit auf „pluralistischer“, Basis.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Es geht zwei treuen Kommunisten gegenwärtig gesundheitlich nicht gut: **Erika Correns** und **Prof. Dr. Dr. Fred Müller**. Liebe Genossin Erika, lieber Genosse Fred, wir wollen Euch auch auf diesem Wege sagen, wie eng wir uns mit Euch verbunden fühlen. Wir denken oft an Euch.

Eure „RotFüchse“

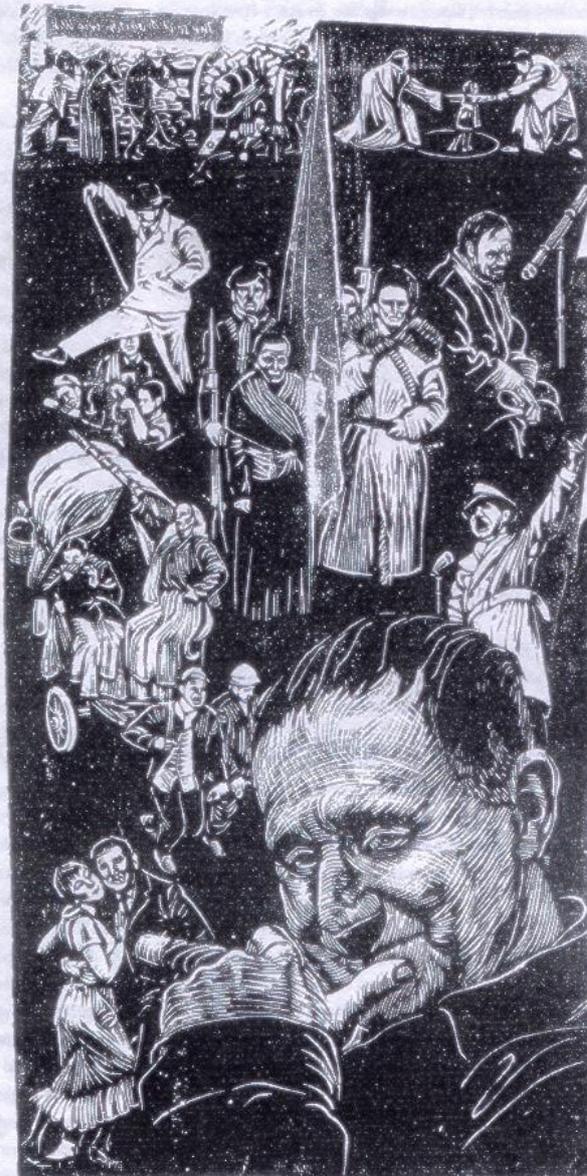
Die Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V., Im Grünen Grunde 1, 22337 Hamburg, hat eine reich bebilderte Arbeit „**Willi Bredels Exil in Prag**“ von René Senenko herausgebracht. Sie kann bei der Gesellschaft bestellt werden, kostet 6 DM, wobei ab zwei Exemplare ein Nachlaß gewährt wird.

Ein schöner Tag in der Umgebung Berlins

Die DKP-Gruppe Berlin Nordost lädt Mitglieder, Sympathisanten und Freunde mit ihren Angehörigen für Sonnabend, den 18. August 2001, ab 10.30 Uhr auf den Reithof Helenenau (von der Verbindungstraße zwischen Blumberg und Bernau bei Elisenau/Sendeturm abbiegen) herzlich ein. Gelegenheit zu gemeinsamen Spaziergängen. Delikates Mittagessen und Kaffeebuffett im legendären „Schafstall“. Unkostenbeitrag 30 DM pro Person. Anmeldung bei Jürgen Thiele (9 81 56 74)

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Redaktionsschluß ist jeweils der **8.** Tag eines Monats



Bert Brecht

Arno Fleischer

Der „RotFuchs“ dankt

Lena und Kurt Andrä

für ihre dreieinhalbjährige aufopferungsvolle Arbeit in Vertrieb und Redaktion. Unterstützt von anderen Genossinnen und Genossen haben sie dafür gesorgt, daß alle Leser Monat für Monat in den Besitz unserer Zeitung gelangt sind. Sie trugen wesentlich dazu bei, daß die Spendenbereitschaft unserer Bezieher ständig zunahm und die Zeitung allein aus diesen Mitteln existieren konnte. Das altersbedingte Ausscheiden der beiden Genossen stellt uns vor die Aufgabe, die bisher von ihnen geleistete Arbeit Jüngeren zu übertragen.

MARX-ENGELS-CLUB

Montag, 13. August 2001, 19.00 Uhr

„Ohne Entschuldigung!“

Veranstaltung zum **40. Jahrestag der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls**. Unter Teilnahme von Oberstleutnant a. D. Günter Gansauge und Dr. Georg Grasnick. ■

Die Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges

dokumentiert die Veranstaltung

„Karl Marx, Friedrich Engels und die politische Strafjustiz der Bundesrepublik Deutschland“

die am 17. März 2001 in Berlin stattgefunden hat. Die Broschüre ist zum Preis von 17,80 DM plus Porto bei Karl Stiffel, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen erhältlich.

Am 15. August 2001 begeht unser Grafiker und treuer Mitarbeiter, **Genosse Arno Fleischer**, – ein namhafter Künstler der DDR – seinen **75. Geburtstag**. Erst vor wenigen Tagen sahen wir eine breite Palette seiner Arbeiten auf dem Pressefest der UZ in Dortmund. Erneut beteiligte er sich dort am Kunstmarkt. Wir kennen und schätzen Arno als einen standhaften Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus. An seinem Ehrentag grüßt ihn das Kollektiv der Zeitung in fester Verbundenheit.

IMPRESSUM

Herausgeber und Chefredakteur (Vi S.d.P.): Dr. Klaus Steiniger, Teterower Ring 37, 12619 Berlin, Tel. 030/561 3404 (Redaktionsadresse, an die alle Post zu richten ist)

Layout: K. Uwe Langer (Nr. 42 Egon Schanker)

Autorenkreis:
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Ernst Heinz
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott

Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Beijing)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein
Dr. Ing. Peter Tichauer
Herbert Thomas
Rolf Vellay
Künstlerische Mitarbeit:
Arno Fleischer,
Heinz Herresbach, SHAHAR
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann,
Bernd Koletzki, Monika Kauf

Die ständige oder gelegentliche Mitarbeit weiterer Autoren ist ausdrücklich erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.